

Vorlage an den Landrat

Nr. 2006 / 220

Jahresprogramm des Regierungsrates

2007



Kanton Basel-Landschaft
Regierungsrat

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Stand der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP)	3
2. Finanz- und Kirchendirektion	8
3. Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	20
4. Bau- und Umweltschutzdirektion	34
5. Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	54
6. Bildungs-, Sport- und Kulturdirektion	64
7. Landeskanzlei	82
8. Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft	87
9. Antrag	94
Anhang 1: Laufende Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete)	96
Anhang 2: Sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindliche Landratsvorlagen	100

Impressum

Inhalt, Redaktion

Finanz- und Kirchendirektion, Generalsekretariat
und Finanzverwaltung
mit Unterstützung der vier anderen Direktionen
und der Landeskanzlei

Gestaltung

vista point, Basel

Fotografie

Thomas Becks, Bottmingen

Druck

Gissler Druck AG, Allschwil

1 Einleitung

Wie in der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft (§ 73 Absatz 3) verankert, hält der Regierungsrat die jährlichen Ziele und Massnahmen der Regierung und der Verwaltung im Jahresprogramm fest und legt dieses dem Landrat gleichzeitig mit dem Budget zur Kenntnisnahme vor.

Das vorliegende Jahresprogramm 2007 ist das vierte und letzte Programm der laufenden Legislaturperiode. Es enthält die kurzfristigen Zielsetzungen und Massnahmen der Verwaltung, gegliedert nach den fünf Direktionen und der Landeskanzlei. Die übergreifenden Legislaturziele und die politischen Schwerpunkte der Regierung sind im Regierungsprogramm 2004 – 2007 festgehalten und publiziert.

Die normale kundenorientierte Verwaltungstätigkeit, also die so genannte Routinearbeit, die aber in der Sache eben keine Routine ist, weil jeder Geschäftsfall eine spezifische Situation beinhaltet, ist nicht Gegenstand des vorliegenden Jahresprogramms. Das Programm zeigt vielmehr diejenigen Massnahmen auf, die im kommenden Jahr zusätzlich zu den eigentlichen Dienstleistungskernbereichen in die Wege geleitet und umgesetzt werden.

Wie schon in den vergangenen drei Jahren werden verschiedene Projekte und Vorhaben des Jahresprogramms 2007 mit Daten aus dem Budget 2007 ergänzt. Bei den Massnahmen sind wiederum die finanziellen Auswirkungen im Jahr 2007 aufgeführt, sofern es solche gibt. Das Kapitel «Entwicklung der Finanzen des Kantons Basel-Landschaft» enthält detaillierte Informationen zum Finanzplan und zum Investitionsplan. Wie schon im Vorjahr enthält das Jahresprogramm ein Kapitel zum Stand der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP). Neu in das Jahresprogramm 2007 aufgenommen worden sind zudem Übersichtstabellen zu den laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete) und zu den sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen.

Erläuterung		
Programmpunkt:	3.03	Wirtschaft
Strategische Zielsetzung:	<i>Verbesserung der Standortattraktivität</i>	
Massnahme:	3.03.01	Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes

Überblick über die Generelle Aufgabenüberprüfung

Das vorliegende Jahresprogramm stellt das dritte Jahr der Wirkungsperiode der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) dar, die im Sommer 2005 vom Landrat verabschiedet worden ist. Im Budget 2007 sind insgesamt Entlastungen durch GAP-Massnahmen im Umfang von 22.7 Mio. Franken eingestellt. Dabei konnte das ursprünglich geplante Entlastungsvolumen für das Jahr 2007 von 50.6 Mio. Franken nicht vollumfänglich umgesetzt werden, da die Umsetzung einzelner Massnahmen entweder eine zeitliche Verzögerung erfahren hat oder aufgrund von neuen Erkenntnissen und Entwicklungen nicht realisiert werden kann. Es handelt sich dabei um folgende Massnahmen:

- Die Einführung der Fall orientierten Abgeltung in den Spitälern (Globalbudgets) wird auf 2008 verschoben. Eine Entlastung (im gesamten Spitalwesen) von 3 Mio. Franken wird frühestens im Jahr 2010 erzielt werden können.
- Auf die Entnahme aus dem Wohnbauförderfonds (2 Mio. Franken) wird definitiv verzichtet.
- Die geplanten Gebührenerhöhungen (3.7 Mio. Franken) bei den Bezirksschreibereien fallen weg. Gegenwärtig wird ein neues Gebührenmodell erarbeitet, welches die bestehenden Promillegebühren durch Aufwandgebühren ersetzt. Das neue Gebührenmodell wird zu einer Senkung der Gebührenerträge führen.
- Die Prüfung der Neustrukturierung der Sekundarschulreise (15 Mio. Franken) lässt sich kurzfristig nicht verwirklichen und beansprucht einen grösseren Zeitraumen. Finanzielle Entlastungen werden erst in den kommenden Jahren erwartet.

Zusammen mit den bereits in den Vorjahren realisierten Entlastungen von 74.9 Mio. Franken beläuft sich das kumulierte Entlastungsvolumen nun auf 97.7 Mio. Franken. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entlastungsbeiträge der einzelnen Direktionen.

Mit dem Budget 2007 ist das Projekt Generelle Aufgabenüberprüfung nun abgeschlossen. Die zwei Restanzen «Globalbudget Spitäler» und «Überprüfung Neustrukturierung Sekundarkreise» werden weiter bearbeitet.

Im Rahmen der GAP kommt es zu einem Stellenabbau. Dabei ist für Mitarbeitende zwischen 50 und 60 Jahren eine Abfindung und für Mitarbeitende über 60 Jahren eine vorzeitige Pensionierung geplant. Zu diesen so genannten flankierenden Massnahmen ist eine separate Landratsvorlage «Flankierende Massnahmen bei Stellenabbau im Rahmen des Projektes Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP)» vom Landrat verabschiedet worden (Nr. 2005 / 077). Im vorliegenden Budget ist insgesamt ein Aufwand für flankierende Massnahmen von 2.8 Mio. Franken eingestellt. Zusammen mit dem bereits in den Vorjahren enthaltenen Aufwand von 6.5 Mio. Franken beläuft sich der kumulierte Aufwand für flankierende Massnahmen nun auf 9.3 Mio. Franken.

Gesamtübersicht GAP im Budget 2007

	Bereits 2005 und 2006 realisierte Entlastungen	Im Budget 2007 enthaltene Entlastungen	Entlastungen bis Budget 2007 insgesamt
Allgemeine Verwaltung	Fr. 180 000.–	Fr. 0.–	Fr. 180 000.–
Finanz- und Kirchendirektion ¹	Fr. 44 890 000.–	Fr. 10 550 000.–	Fr. 55 440 000.–
Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	Fr. 5 660 000.–	Fr. 2 870 000.–	Fr. 8 530 000.–
Bau- und Umweltschutzdirektion	Fr. 10 340 000.–	Fr. 4 280 000.–	Fr. 14 610 000.–
Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	Fr. 9 190 000.–	Fr. 4 770 000.–	Fr. 13 960 000.–
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	Fr. 3 760 000.–	Fr. 250 000.–	Fr. 4 010 000.–
Gerichte	Fr. 920 000.–	Fr. 0.–	Fr. 920 000.–
Gesamttotal	Fr. 74 930 000.–	Fr. 22 720 000.–	Fr. 97 650 000.–

1 Die Entlastungsbeträge aus Querschnittsmassnahmen sind in den Entlastungen je Direktion enthalten bzw. nach Direktionen aufgeschlüsselt. Ausnahme: Der teilweise Verzicht auf den Teuerungsausgleich von je 8 Millionen Franken für die Budgets 2005, 2006 und 2007 ist jeweils voll im Entlastungsbetrag der Finanz- und Kirchendirektion enthalten.

Direktionen: Entlastungen aus der GAP und Beispiele von Massnahmen im Budget 2007

Finanz- und Kirchendirektion: GAP-Entlastungsmassnahmen	Netto-Entlastungen
• Einführung Lohnmeldepflicht für Arbeitgebende	Fr. 500 000.–
• Anstellung zusätzlicher Revisorinnen und Revisoren bei der Steuerverwaltung	Fr. 1 220 000.–
• Wegfall Host	Fr. 408 000.–
• Reorganisation im Zusammenhang mit neuer Steuersoftware NEST	Fr. 400 000.–
• Teilweiser Verzicht auf den Teuerungsausgleich	Fr. 8 000 000.–
Übrige Massnahmen im Budget 2007	Fr. 20 000.–
Realisierte Massnahmen im Budget 2007 Total*	Fr. 10 550 000.–

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion: GAP-Entlastungsmassnahmen	Netto-Entlastungen
• Reorganisation Vermessungs- und Meliorationsamt	Fr. 346 000.–
• Reduktion der Jahresverpflichtungen beim Verpflichtungskredit Amtliche Vermessung 93	Fr. 328 000.–
• Abbau der Beiträge an landwirtschaftlichen Hochbau und Tierzüchter	Fr. 420 000.–
• Anpassung der Baurechtszinsen bei den Rheinhäfen	Fr. 580 000.–
• KS Liestal: Akkreditierung von Belegärzten in der Geburtshilfe	Fr. 300 000.–
• KS Bruderholz: Übernahme Radiologie vom Spital Dornach	Fr. 300 000.–
Übrige Massnahmen im Budget 2007	Fr. 600 000.–
Realisierte Massnahmen im Budget 2007 Total*	Fr. 2 870 000.–

Bau- und Umweltschuttdirektion: GAP-Entlastungsmassnahmen	Netto-Entlastungen
• Überwälzung des Vollzugsaufwandes im Abwasserbereich auf die Verursacher	Fr. 2 800 000.–
• Erhöhung der Einnahmen durch Verkauf von Objekten aus dem treuhänderischen Liegenschaftsbesitz	Fr. 1 000 000.–
Übrige Massnahmen im Budget 2007	Fr. 480 000.–
Realisierte Massnahmen im Budget 2007 Total*	Fr. 4 280 000.–

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion: GAP-Entlastungsmassnahmen	Netto-Entlastungen
• Pauschale Reduktion der Gesamtdirektion	Fr. 1600 000.–
• Pauschale Reduktion beim Sachaufwand der Gesamtdirektion	Fr. 450 000.–
• Reduktion der IT-Konten	Fr. 950 000.–
• Ablösung der HOST-Applikation MFK	Fr. 1 000 000.–
• 4 Pensionierungen beim Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Fr. 414 000.–
Übrige Massnahmen im Budget 2007	Fr. 360 000.–
Realisierte Massnahmen im Budget 2007 Total*	Fr. 4 770 000.–

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion: GAP-Entlastungsmassnahmen	Netto-Entlastungen
Übrige Massnahmen im Budget 2007	Fr. 250 000.–
Realisierte Massnahmen im Budget 2007 Total*	Fr. 250 000.–

* Total inklusive anteilmässige Beträge aus Querschnittsmassnahmen ausser der Entlastung aus dem teilweisen Verzicht auf den Teuerungsausgleich im Umfang von 8 Millionen Franken, die voll im Entlastungsbetrag der FKD berücksichtigt ist.



**«Wo der Gewinn ist, ist
der Verlust nicht weit.»**

2. Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Adrian Ballmer, Regierungsrat



Wie in den meisten anderen Kantonen ist auch im Kanton Basel-Landschaft der Abschluss der Staatsrechnung für das Jahr 2005 durch die einmalige Ausschüttung der Erlöse aus dem Verkauf der Goldreserven durch die Schweizerische Nationalbank entscheidend verbessert worden. Aus

einem sehr guten Abschluss ist durch die Goldmillionen und auch andere Sonderfaktoren ein ausserordentlich erfreulicher Rechnungsabschluss geworden.

Wir Baselbieter haben von unseren Vorfahren ja einiges gelernt. Und so wissen wir von unserem berühmten General Johann August Sutter (1803 bis 1880), wie verheerend sich ein ungebremster Goldrausch auswirken kann. Bleiben wir also nüchtern und vorausschauend!

Die ausserordentlichen Erträge aus dem Verkauf der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank im Betrag von 372.6 Mio. Franken sind vollumfänglich für den Abbau der Schulden des Kantons Basel-Landschaft verwendet worden. Dabei sind Schulden nicht nur im engen Sinn als Fremdkapital (wie Anleihen) zu begreifen; Schulden sind auch etwa die Deckungslücke der Pensionskasse. Viele andere Kantone sind in dieser Frage ebenso vorgegangen. Die Goldmillionen konnten im übrigen nicht budgetiert werden, weil bei der Zusammenstellung des Budgets 2005 im Sommer und Herbst 2004 sich die Ausschüttung der Goldreserven zwar bereits abzeichnete, der genaue Zeitpunkt der Auszahlungen an die Kantone und vor allem die genaue Höhe der Beträge aber noch nicht abschätzbar waren.

Das gute Betriebsergebnis der Staatsrechnung 2005 und die ausserordentlichen Erträge dürfen Regierung und Parlament keineswegs dazu verleiten, die Ausgabendisziplin aufzuweichen. Das Betriebsergebnis ist erfreulich gut, wenn wir uns erinnern, woher wir kommen! Das Be-

triebsergebnis ist aber bloss gut, wenn wir bedenken, dass der Finanzhaushalt gemäss § 129 Abs. 1 der Kantonsverfassung auf die Dauer ausgeglichen sein soll, in welcher Bandbreite wir uns in einem mittelfristigen Zyklus also bewegen müssten. Wir haben immer noch strukturelle Probleme und es wirken gewichtige externe Faktoren, welche wir kaum beeinflussen können (wie Bundesrecht und die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)). Eine Lockerung der Ausgabenpolitik widerspräche somit den Grundsätzen einer nachhaltigen Finanzpolitik.

Die von der Regierung geplante und demnächst im Landrat zur Diskussion stehende Defizitbremse soll dazu beitragen, die markante Verbesserung der Ausgangslage zu konsolidieren und damit die nachhaltige Finanzpolitik der Regierung wirksam zu unterstützen. Ein Blick auf das Budget 2007 zeigt, dass die Defizitbremse trotz Goldmillionen nichts von ihrer Aktualität eingebüsst hat.

Dass die Finanzstrategie der Regierung richtig ist, unterstreicht zum Beispiel auch der Bericht der Ratingagentur Standard & Poor's. In ihrer Begründung für das Triple A des Kantons Basel-Landschaft erwähnt die Agentur folgende Stärken: eine gute finanzielle Entwicklung über die letzten Jahre, eine bestens qualifizierte Verwaltungsführung, welche die notwendigen Entlastungsmassnahmen eingeleitet hat, die Situation als Nettozahler im Schweizer Finanzausgleichssystem, ein im nationalen und internationalen Vergleich relativ hohes Wohlstandsniveau sowie eine zunehmend diversifizierte Wirtschaft mit guten Wachstumsperspektiven.

2.01 Finanzwesen

Im Finanzhaushalt sollen Ausgaben und Einnahmen weiterhin im Gleichgewicht gehalten werden. Nach Beschluss der Defizitbremse muss deren Einführung vorbereitet werden.

Es ist eine Daueraufgabe, die Führungsinstrumente schrittweise weiterzuentwickeln, so dass die Ausgaben und Leistungen wirksamer gesteuert, enger miteinander verbunden und zusammenhängend dargestellt werden können. Im Hinblick auf die Ablösung der Rechnungswesensoftware soll das Finanzhaushaltsgesetz revidiert werden.

2.01.02 Einführung einer kantonalen Defizitbremse

Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2008 geplant.

2.01.04 Umsetzung und Konkretisierung der Standards BL/BS in den einzelnen Aufgabenbereichen

Nach Beendigung der Verhandlungen zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität Basel werden die Verhandlungen vor allem im Bereich der Kultur weitergeführt.

2.01.05 Revision des Finanzhaushaltsgesetzes

Mit der Gesetzesrevision soll das Finanzhaushaltsrecht an die neuen Entwicklungen im öffentlichen Bereich (an das revidierte Harmonisierte Rechnungsmodell der Finanzdirektorenkonferenz, HRM2) angepasst werden. Weiter werden im Rahmen der Vorarbeiten zur Ablösung der Rechnungswesensoftware Optimierungen in der Organisation und bei den Prozessen geprüft.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.1 Mio. Fr.

2.02 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV)

Im Rahmen der Vorbereitung der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) gewinnt dieser Punkt an Bedeutung.

2.02.03 Vorbereitung der Umsetzung der NFA

Dem Landrat soll im Laufe des Jahres 2007 eine Vorlage mit allen Gesetzesanpassungen zur Umsetzung der NFA unterbreitet werden. Die Inkraftsetzung ist auf den 1. Januar 2008 geplant.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 15.0 Mio. Fr.

2.03 Sozialwesen

- Die Bestimmungen im Sozialhilfegesetz betreffend die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen werden im Bereich der Lohnkostenbeiträge (§ 19 SHG) ab dem 1. Januar 2007 auf nicht-steuerbefreite und nicht-gemeinnützige Arbeitgebende ausgedehnt. Entsprechend sind Rahmenbedingungen und Kontrollmechanismen auszuarbeiten.
- Für die Aus- und Fortbildung von Behördenmitgliedern werden Jahr für Jahr neue Angebote konzipiert, die neue Entwicklungen, Trends und Anforderungen aufzeigen.
- Permanente Aktualisierung des Handbuchs Sozialhilferecht, das eine einheitliche Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Basel-Landschaft gewährleistet und eine grosse Rechtssicherheit anbietet, die auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft in seinen Entscheiden berücksichtigt.
- Mit der Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft – ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes – wird ein fundiertes und aussagekräftiges Führungsinstrument einmal pro Jahr erarbeitet und veröffentlicht.
- Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) ist Anfang 2006 im ganzen Kanton von den beteiligten Institutionen (Sozialhilfe, IV, KIGA, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung) umgesetzt worden. Im Jahre 2007 soll die IIZ ausgebaut und verbessert werden, insbesondere sollen weitere IIZ-Projekte, wie Medizinisch-arbeitsmarktliche Assessments im Rahmen des Case-Managements (MAMAC), IIZ Plus und jugendliche Arbeitslose, initialisiert und umgesetzt werden.
- Eine weitere Zielsetzung besteht darin, möglichst alle in Frage kommenden externen Sozialhilfestellen der Gemeinden EDV-mässig mit dem KSA zu vernetzen.

Koordination Asylwesen

- Controlling bezüglich der weiteren innerkantonalen Szenarien im Hinblick auf eine mögliche, zukünftige Bundesvergütung in Form einer Globalpauschale und der möglichen Änderungen infolge des revidierten Asylgesetzes (inkl. Sozialhilfestopp für abgewiesene Asylbewerber), insbesondere Überprüfung der Quotenzuteilung, der Organisationsstruktur, der Rentabilität in Bezug auf die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens – dies angesichts der für das Asylwesen anstehenden, nicht unwesentlichen Änderungen im KVG – und Sicherstellung der Kostenneutralität für den Kanton und die Gemeinden im Bereich der Personen des Asylrechts und der Personen mit dem Status B-Flüchtlinge.
- Sicherstellung geeigneter Massnahmen und Strukturen bei einer allfälligen Ausdehnung des Sozialhilfestopps auf alle abgewiesenen Asylsuchenden.
- Regelmässige Schulungen und ERFA-Gruppen zu ausgesuchten Themen (zum Beispiel Gesundheit, Abrechnung, Anpassungen durch Gesetzesänderungen).
- Periodische Überprüfung aller kommunalen Kollektivunterkünfte hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften und Auflagen.

Fachstelle für Familienfragen

- Fertigstellung des Gesetzesentwurfes «Familienergänzende Kinderbetreuung» (FEB) zur Behandlung im Landrat, in Beantwortung der Motion 1999/074 vom 15. April 1999.
- Ausarbeitung von Grundlagen für ein kantonales Familiengesetz (KFG) zuhanden des Regierungsrates.

2.03.01 Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen

Die Bestimmungen im Sozialhilfegesetz betreffend die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen werden im Bereich der Lohnkostenbeiträge (§ 19 SHG) ab dem 1. Januar 2007 auf nicht-steuerbefreite und nicht-gemeinnützige Arbeitgebende ausgedehnt. Um zu gewährleisten, dass ausschliesslich sozialverträgliche Programme berücksichtigt werden, und eine wettbewerbsverzerrende Konkurrenzierung (mit nicht marktkonformen Kosten bzw. Preisen) der weiteren Marktteilnehmer verhindert werden kann, arbeitet das KSA in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und dem Verband für Sozialhilfe (VSO) Rahmenbedingungen aus und sorgt für gut funktionierende Kontrollmechanismen.

Planungsstand: Die beteiligten Stellen sind vorinformiert.

Datum der Zielerreichung: 31. März 2007

Finanzielle Auswirkungen
2007: 1.5 Mio. Fr.

2.03.02 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Einzelne Blöcke

Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) ist Anfang 2006 im ganzen Kanton von den beteiligten Institutionen (Sozialhilfe, IV, KIGA, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung) umgesetzt worden. Im Jahre 2007 soll die IIZ ausgebaut und verbessert werden, insbesondere sollen weitere IIZ-Projekte, wie MAMAC, IIZ Plus und jugendliche Arbeitslose, initialisiert und umgesetzt werden.

Planungsstand: Initiiert.

Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2007

2.03.05 Spezifische Schulungen für Behördenmitglieder

Diverse Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung werden ausgearbeitet, auch als einzelne Module zu spezifischen Themen. Die Angebote erfolgen teilweise zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe Basel-Landschaft.

Planungsstand: Planung erfolgt.

Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2007 / 30. November 2007

2.03.06 Kantonale Sozialhilfestatistik

Die Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft – ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes – erscheint einmal pro Jahr in einer höheren Auflage. Sämtliche der Sozialhilfestatistik zugrunde liegenden Daten werden vom Kantonalen Sozialamt in den Gemeinden erhoben (siehe dazu § 43 des Sozialhilfegesetzes).

Planungsstand: Laufende Bearbeitung der Datenbestände.

Datum der Zielerreichung: 31. Mai 2007

2.03.07 Handbuch Sozialhilferecht Basel-Landschaft

Die vom Regierungsrat eingesetzte Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH) überprüft laufend das Handbuch Sozialhilferecht und aktualisiert und ergänzt es bei Bedarf. Das Handbuch Sozialhilferecht gewährleistet eine einheitliche Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Basel-Landschaft und hat zu einer grossen Rechtssicherheit geführt. Auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft berücksichtigt in seinen Entscheiden das Handbuch Sozialhilferecht.

Planungsstand: Laufende Überarbeitung.

Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2007

2.04 Asylwesen

Der Kanton weist den Gemeinden die Asylsuchenden anteilmässig direkt ab Empfangsstelle zu. Die Zuweisungen erfolgen aus ökonomischen Gründen prioritär in die kommunalen Kollektiv-Unterkünfte. Er richtet den Gemeinden die bundesrechtlichen Vergütungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich aus und sorgt für die Bereitstellung der entsprechenden Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Asylsuchende. Er sorgt für die Bereitstellung der Nothilfe gemäss BV 12 für Personen mit einem Nichteintretensentscheid (NEE).

Die bestehende, bewährte Organisation des Asylwesens ist entsprechend weiterzuführen und muss zukunftsorientiert den Entwicklungen angepasst werden.

2.04.02 Steuerung der Finanzierung des Asylwesens

Controlling bezüglich der weiteren innerkantonalen Szenarien im Hinblick auf eine mögliche, zukünftige Bundesvergütung in Form einer Globalpauschale und der möglichen Änderungen infolge des revidierten Asylgesetzes – inkl. Sozialhilfestopp für abgewiesene Asylbewerber.

- Überprüfung der Quotenzuteilung bei rückgängigen Asylzahlen;
- Überprüfung der Organisationsstruktur aus mittelfristiger Optik;
- Sicherstellung der Kostenneutralität für den Kanton im Bereich der Personen des Asylrechts und der Personen mit dem Status B-Flüchtlinge;
- Überprüfung der Rentabilität in Bezug auf die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens, dies angesichts der für das Asylwesen anstehenden, nicht unwesentlichen Änderungen im KVG.

Planungsstand: Controlling erfolgt permanent.

Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2007 / 31. Dezember 2007

2.04.03 Nichteintretensentscheide (NEE)

Ausrichtung der Nothilfeunterstützung gemäss RRB Nr. 1848 vom 21. September 2004. Koordination der Massnahmen mit dem Amt für Migration und der Gemeinde MuttENZ. Steuerung der NEE-Kosten in allen Bereichen. Die Vereinbarung mit der Gemeinde MuttENZ über den Betrieb der Notunterkunft läuft per Ende 2008 aus. Sicherstellung geeigneter Massnahmen und Strukturen bei einer allfälligen Ausdehnung des Sozialhilfestopps auf alle abgewiesenen Asylsuchenden.

Planungsstand: Das Controlling wird laufend fortgeführt.

Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2007 / 31. Dezember 2007

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.74 Mio. Fr.

2.04.04 Aufsicht über die kommunalen Kollektivunterkünfte im Asylwesen

Periodische Überprüfung aller kommunalen Kollektivunterkünfte hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften und Auflagen.

Planungsstand: Laufende Kontrolle (Routinegeschäft).

Datum der Zielerreichung: 31. Oktober 2007

2.04.05 Schulungen

Regelmässige Schulungen und EREA-Gruppen zu ausgesuchten Themen (zum Beispiel Gesundheit, Abrechnung, Anpassungen durch Gesetzesänderungen).

Planungsstand: Planung erfolgt.

Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2006 / 31. Dezember 2006

2.04.06 Datenaustausch mit externen Sozialhilfestellen der Gemeinden

In der Vergangenheit konnte das Meldewesen zwischen den Gemeinden und dem Kantonalen Sozialamt erheblich vereinfacht werden. Nach § 27 der Sozialhilfeverordnung teilen die Sozialhilfebehörden jede ergangene Unterstützungsverfügung innert zwei Wochen dem Amt mit und ergänzen diese mit den Angaben über Personalien, Familienstand, vormundschaftliche Massnahmen, Nationalität und Aufenthaltsstatus sowie allfällige verfügte familienrechtliche Unterhalts- und Unterstützungsbeiträge (Grundmeldung).

Der Datenaustausch mit der Anwendung «KLIB» erfolgt in sieben Gemeinden, welche 26% aller Fälle betreuen. Nachdem das Pilotprojekt mit der Anwendung «VIS» im 2006 erfolgreich abgeschlossen wurde, werden bis Mitte 2007 gesamthaft zehn Gemeinden mit dem KSA vernetzt sein, welche 40% aller Fälle betreuen. Gleichzeitig ist vorgesehen, bis Mitte 2007 eine weitere Agglomerationsgemeinde mit einem Volumen von 12% der Falleinheiten mit der Anwendung «KLIB» zu vernetzen.

Planungsstand: Die Koordination der Arbeiten erfolgt in der Arbeitsgruppe, welche sich regelmässig zu Besprechungen einfindet.

Datum der Zielerreichung: 30. Juni 2007

2.06 Familienfragen

Das Gesamtkonzept «Familienfragen Basel-Landschaft» – im Jahre 2004 erschienen und auf grosse Zustimmung gestossen – zeigt Instrumente auf, die als strukturelle Rahmenbedingungen für die Koordination und die Führung der kantonalen Familienpolitik dienen.

Die Umsetzung erfolgt gemäss der regierungsrätlichen Priorität und in Berücksichtigung der personellen und finanziellen Möglichkeiten.

2.06.03 Gesetzesentwurf «Familienergänzende Kinderbetreuung» (FEB)

Fertigstellung des Gesetzesentwurfes «Familienergänzende Kinderbetreuung» (FEB) zur Behandlung im Landrat, in Beantwortung der Motion 1999 / 074 vom 15. April 1999.

Planungsstand: Planung erfolgt.

Datum der Zielerreichung: 31. März 2007

2.06.04 Kantonales Familiengesetz (KFG)

Ausarbeitung von Grundlagen für ein kantonales Familiengesetz (KFG) zuhanden des Regierungsrates.

Planungsstand: Planung erfolgt.

Datum der Zielerreichung: 31. Dezember 2007

2.06.05 «Plattform Familie und Beruf»

Durchführung der Veranstaltung «Plattform Familie und Beruf» als ein Projekt zur Familienförderung.

Planungsstand: Initialisiert.

Datum der Zielerreichung: 31. März 2007

2.07 Steuerwesen

Die Unternehmenssteuerreform ist im Jahr 2007 abzuschliessen. Damit soll die Standortattraktivität des Kantons Basel-Landschaft stark erhöht werden. Der Kanton Basel-Landschaft soll bei der Unternehmensbesteuerung einen Spitzenplatz unter den Nordwestschweizer Kantonen einnehmen. Die im Jahr 2006 und früher beschlossenen Steuergesetzesänderungen sind für die Steuerkunden möglichst kundenfreundlich und für die Steuerverwaltung möglichst verwaltungsökonomisch umzusetzen. Nach der Einführung der neuen Steuersoftware NEST und der neuen Organisation (OS 2006) soll die Steuerverwaltung in eine Konsolidierungsphase treten.

2.07.01 Revision der Familienbesteuerung

Umsetzung der Steuergesetzesrevision zur Entlastung von Familien und tiefen Einkommen sowie Umsetzung des BGE vom 27. Mai 2005 (Erhöhung Eigenmietwert und Aufhebung Mietkostenabzug) – Vorlage 2006/108.
Anpassung von Formularen, Wegleitung und Steuersoftware NEST.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Mindereinnahmen
von 32 Mio. Fr.

2.07.02 Abschluss der Unternehmenssteuerreform

Parlamentarische Beratung im 1. Semester 2007; Volksabstimmung im 2. Semester 2007; Inkraftsetzung per 1. Januar 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2007: ertragswirksam ab
2008

2.07.05 Umsetzung der Lohnmeldepflicht für Arbeitgebende

Technische Umsetzung der Lohnmeldepflicht für Arbeitgebende. Einführung einer leistungsstarken Scanninglösung und Anpassung der Steuersoftware NEST spätestens im 1. Quartal 2007.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Mehrertrag jährlich
von ca. 15 Mio. Fr.

2.07.06 Abschluss des Projektes «Census»

Konsolidierung in der Steuerverwaltung nach Abschluss des Projektes «Census» und nach Einführung der neuen Organisationsstruktur (OS 2006).
Die Abläufe und Prozesse, die internen Kontrollsysteme sowie die Organisationsstruktur sind auf ihre Wirksamkeit und Effizienz zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

2.07.15 Steuerliche Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit

Einführung der steuerlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (vereinfachtes Abrechnungsverfahren).
Parlamentarische Beratung im 1. Semester 2007; Inkraftsetzung per 1. Januar 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2007: ertragswirksam ab
2008

2.08 Statistik

Mit dem Aufbau einer Kantonalen Namens- und Adressdatenbank (KANADA) wird der Abbau der in der Verwaltung bestehenden Redundanzen im Bereich der Adresshaltung angestrebt. Das neue KANADA-Gesetz bildet mit dem gleichzeitig zu beratenden Anmeldegesetz die Grundlage für die Harmonisierung der Einwohnerregister in den Gemeinden. Damit wird die Einrichtung einer einheitlichen Datenschnittstelle von den Gemeinden zum Kanton ermöglicht. Der Kanton richtet eine Namens- und Adressdatenbank ein, die allen Verwaltungsstellen den Rückgriff auf die aktuellen Einwohnerdaten ermöglicht. Die eigene Datenpflege einzelner Amtsstellen kann mittelfristig abgelöst werden.

Die Website www.statistik.bl.ch wird stark frequentiert. Die Weiterentwicklung der Webbasierten Datenauswertung für spezifische Dienststellen der Verwaltung wird in einem zweiten Schritt weiterentwickelt, damit Dienststellen ihre eigenen Datenbedürfnisse effizienter, schneller und unabhängig erfüllen können.

2.08.04 Weiterentwicklung des Web-Portals

Entwicklung von Auswertungswerkzeugen für die Bedürfnisse spezifischer Datenbenutzerinnen und Datenbenutzer in der Verwaltung.

2.08.06 Kantonale Namens- und Adressdatenbank (KANADA)

Das Gesetz über die Kantonale Namens- und Adressdatenbank (KANADA) wird dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt. Es beinhaltet neben dem KANADA-Gesetz das Anmeldegesetz und das entsprechende Kreditbegehren.

2.08.07 Gebäudeidentifikator (EGID) und Wohnungsidentifikator (EWID)

Ergänzung der Einwohnerkontrollen in den Gemeinden mit dem eidgenössischen Gebäudeidentifikator (EGID) und Wohnungsidentifikator (EWID). Einrichtung der Schnittstelle von den Gemeinden zur kantonalen Gebäudedatenbank. Die Gemeinden werden bei der Umsetzung fachlich durch den Kanton unterstützt.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.1 Mio. Fr.

2.09 Personalwesen

Das prioritäre Ziel des Personalamtes besteht für das Jahr 2007 darin, eine ganzheitliche Personalstrategie für den gesamten Kanton zu entwickeln und entsprechend abgeleitet davon, Massnahmen zu erarbeiten. Weitere Schwerpunkte werden in der Weiterentwicklung des Bereiches Personalentwicklung und den Arbeiten zum Projekt ERP gesetzt.

2.09.02 Lohnwesen: Weiterführung von Projekten zur Weiterentwicklung des Lohnsystems

Gemäss neuem Berufsbildungsgesetz (nBBG) sind eine Vielzahl von Berufsausbildungen nach gesamtschweizerischen Vorgaben neu zu regeln. Einerseits werden neue Berufe mit den entsprechenden Ausbildungen konzipiert und andererseits werden für bestehende Berufe neue Ausbildungen entwickelt. Das Lohnsystem ist daraufhin zu prüfen, ob aufgrund dieser neuen Voraussetzungen Anpassungen im Einreichungsplan und in den Modellumschreibungen vorzunehmen sind.

2.09.03 Qualitatives Personalcontrolling

Erarbeiten eines ganzheitlichen Konzeptes betreffend Planung und Umsetzung einer Mitarbeiterbefragung (MAB) mit dem Ziel einer Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit.

2.09.04 Personalentwicklung

Weiterführung der Arbeiten im Bereich der Konsolidierung der verschiedenen kantonsweiten Personalentwicklungsmassnahmen und -instrumente zum ganzheitlichen Personalentwicklungskonzept.

2.10 **Informatik**

Das prioritäre Ziel besteht für das Jahr 2007 darin, anfangs 2007 die ERP-Landratsvorlage vorzulegen und anschliessend mit der Einführung eines integrierten ERP-Systems zu beginnen. Ein weiterer Schwerpunkt wird in der Erarbeitung der IT-Strategie gesetzt.

2.10.01 Einführung ERP-System (ERP = Enterprise Resource Planning)

Der Kanton wird in den kommenden Jahren sein Personalsystem sowie die Finanz- und Rechnungswesenapplikation ablösen müssen. Diese Aufgabe wirft weitreichende Fragen auf (Organisation, Prozessoptimierungen, Wirtschaftlichkeit, zukünftige IT-Entwicklung, Softwarearchitektur, Funktionalitätsbedarf, Benutzerakzeptanz, zukünftige Ausbaumöglichkeiten, Betrieb, Support, Synergien mit anderen Kantonen, usw.). Die dazu erforderlichen Umsetzungsschritte werden dem Landrat zu Beginn des Jahres 2007 vorgeschlagen. Geplant ist die Einführung eines integrierten ERP-Systems per Ende 2009. Diese Massnahme betrifft diverse Dienststellen der Verwaltung und erscheint hier zusammengefasst an einer Stelle.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 2.5 Mio. Fr.

2.10.02 IT-Strategie

Die Erarbeitung einer verwaltungsweiten IT-Strategie wird gestartet, nachdem die ERP-Strategie und die Evaluation eines entsprechenden Systems abgeschlossen sind.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.25 Mio. Fr.

2.10.03 Telefonie

Beginn der Erneuerung der Telefonie-Systeme durch schrittweise Überführung auf die IP-Telefonie (Telefonie über Internet Protokoll, IP) (sofern die entsprechende Landratsvorlage vom Parlament 2006 gutgeheissen wird).

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.5 Mio. Fr.

2.11 Luftverkehr (EuroAirport)

Die Region soll weiterhin über einen intakten und konkurrenzfähigen Flughafen verfügen, welcher die für Wirtschaft und Bevölkerung wichtigen Verkehrsverbindungen anbietet. Die Wohnqualität und die Umweltverträglichkeit sollen mit flankierenden Massnahmen im Luftverkehr gewahrt bleiben.

2.11.01 Einhalten der Umweltschutzmassnahmen

Die Regierung engagiert sich für eine möglichst umweltverträgliche Abwicklung des Luftverkehrs. Sie setzt sich insbesondere dafür ein, dass die zwischen Frankreich und der Schweiz vertraglich vereinbarten Pistenbenutzungsbedingungen und die weiteren Umweltauflagen gemäss Landratsbeschluss zum Investitionsbeitrag (1998/145) eingehalten werden.

2.11.03 Erhalt der Attraktivität des Flughafens

Die Bedeutung der Plattform als wichtiger Arbeitgeber in der Region muss bewahrt und gestärkt werden. Der Regierungsrat unterstützt daher die Bemühungen zum Erhalt und zur Verbesserung des Verkehrsangebotes am Flughafen. Er setzt sich zudem dafür ein, dass faire Rahmenbedingungen für die Unternehmen am Flughafen bestehen.

2.12 Gleichstellung von Frauen und Männern

Entsprechend der Landratsvorlage Nr. 2006/166 konzentriert sich die Fachstelle für Gleichstellung auf Qualitätssicherung. Im Vordergrund stehen die Entwicklung eines Gleichstellungs-Controllings und die Konsolidierung der Fachstelle für Gleichstellung als Kompetenzzentrum. Neue Zielgruppen sollen mit einem Motivationsprojekt für junge Frauen und Männer für Politik und Gleichstellung sowie der Weiterentwicklung von Massnahmen zur Wahrnehmung von Haus- und Familienarbeit angesprochen werden.

2.12.01 Einführung eines Gleichstellungs-Controllings

Die laufenden Projekte zur Einführung eines Gleichstellungs-Controllings im Bereich gegen häusliche Gewalt, Personalmanagement, Schulen werden weitergeführt und ausgewertet. Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann wird als kantonales Kompetenzzentrum für Gender- und Gleichstellungsfragen konsolidiert.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Aus bestehendem
Budget und mit Finanzhilfen
Dritter finanziert

2.12.07 Interesse für Politik und Gleichstellung

Ein Motivationsprojekt unterstützt junge Frauen und Männer in ihrem Interesse für Politik und Gleichstellung. Mit der Entwicklung von konkreten Massnahmen zur Anerkennung von Haus- und Familienarbeit werden Hausfrauen und -männer sowie Unternehmen angesprochen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Aus bestehendem
Budget und mit Finanzhilfen
Dritter finanziert

**«Nur wer verantwortungsbewusst
zu verändern versteht, kann
bewahren, was sich bewährt hat.»***



3. Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

Erich Straumann, Regierungsrat



Das vierte und letzte Jahr des Regierungsprogramms 2004 – 2007 wird für die VSD ein Jahr der Weiterbearbeitung von laufenden Projekten sein.

Es wird darum gehen, den Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB), das Projekt

der Gesamterneuerung des Kantonsspitals Bruderholz und die Vorbereitung der Spitäler auf das Globalbudget weiter zu bearbeiten. Die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt im Bereich der Spitalversorgung wird durch die Umsteuerung der Lehre und Forschung aus der Dienstleistung zur Universität und das gemeinsame Sammeln von Erfahrungen in diesem Bereich geprägt sein. Die gemeinsamen Anstrengungen, auf gesamtschweizerischer Ebene eine Lösung bezüglich interkantonaler Planung der hoch spezialisierten Medizin (Interkantonale Vereinbarung über die Koordination und Konzentration der hoch spezialisierten Medizin, IVKKM) zu finden, wird ebenso ein Thema bleiben, wie die Ausgestaltung der leistungsorientierten Finanzierung des schweizerischen Spitalwesens auf der Basis von pauschalierten Leistungseinheiten (data related groups, DRG). Zu hoffen ist, dass die unklare Situation bezüglich KVG-Revision bereinigt werden kann.

Wegen der Verzögerung der Waldgesetzesrevision auf Stufe Bund wird das Jahr 2007 auf der strategischen Ebene geprägt sein durch die Definition der Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung auf eidgenössischer und kantonaler Ebene und die Ausarbeitung von Leistungsvereinbarungen auf kantonaler Ebene zur Vorbereitung des NFA.

Das neue, per 1. Januar 2006 grundsätzlich in Kraft getretene Familienzulagengesetz entfaltet nach dem Übergangsjahr 2006 seine Wirkung in einigen wesentlichen Punkten erst ab 2007: Ab dem 1. Januar 2007 erlöschen alle Anerkennungen von GAV-Lösungen (Anschlusspflicht an eine Familienausgleichskasse) und müssen die Familienausgleichskassen über die entsprechende Anerkennung durch die VSD verfügen. Zudem gilt ab diesem Datum die Anspruchsberechtigung und die Beitragspflicht der Selbständigerwerbenden.

Das Gesetz über die Reduktion der Regelungsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vom 5. Juni 2005 beinhaltet im Wesentlichen die Schaffung einer Anlaufstelle für Unternehmen und die Überprüfung der Belastung der Unternehmen durch behördliche Vorschriften. Es wird die Direktion auch im Jahre 2007 beschäftigen. Bis Mitte des Jahres 2007 ist eine Regulierungsfolgenabschätzung vorzunehmen, um feststellen zu können, in welchem Ausmass KMU von behördlich verordneten Massnahmen betroffen sind.

Das neue Berufsbildungsgesetz (BBG) ist per 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Es regelt gemäss Artikel 2 sämtliche Berufsbereiche ausserhalb der Hochschulen. Damit werden in diesem Gesetz neu auch die Berufe der Gesundheit, der Landwirtschaft sowie des Sozial- und Kunstbereiches geregelt. Die ersten Ausbildungen in den Gesundheitsberufen nach den Regeln des neuen BBG laufen. Die Grundbildung in den Sozialberufen wurde im Jahre 2006 neu organisiert. Offen ist damit einzig noch die Überführung der Landwirtschaftsberufe unter das neue Gesetz. Die entsprechenden Umsetzungsarbeiten sind im Jahre 2007 geplant.

* Willy Brandt

3.01 Wald

Wegen der Verzögerung der Waldgesetzesrevision auf Stufe Bund wird das Jahr 2007 auf der strategischen Ebene geprägt sein durch die Definition der Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung auf eidgenössischer und kantonaler Ebene und die Ausarbeitung von Leistungsvereinbarungen auf kantonaler Ebene zur Vorbereitung des NFA. Auf Stufe Waldeigentum wird die Vorbereitung der Holzlieferungen für das Holzkraftwerk in Basel, das im Jahr 2008 seinen Betrieb aufnehmen wird, im Vordergrund stehen.

3.01.01 Waldprogramm Basel-Landschaft und Waldpflege

Beratung Wald- und Holzwirtschaft

Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstbetriebe und Aktivitäten zur Förderung des Holzabsatzes werden weiterhin unterstützt. Der Aufbau leistungsfähiger, eigenwirtschaftlicher Betriebsstrukturen liegt im öffentlichen Interesse. Die Forstbetriebe sollen in der Lage sein, alle Waldfunktionen effizient und kostengünstig sicherzustellen. Der Kanton unterstützt den Strukturwandel durch die Beratungstätigkeit der Kreisforstingenieure und den Abschluss des laufenden Projektes «Strukturverbesserung». Zudem ist die kantonale Umsetzung der Förderaktivitäten des Bundes im Bereich Waldwirtschaft für die nächsten Jahre aufzugleisen.

Eng verbunden mit der Förderung eigenwirtschaftlicher Forstbetriebe ist der Absatz der produzierten Produkte. Folgende Projekte und Aktivitäten werden durch das Forstamt beider Basel in enger Zusammenarbeit mit dem Waldwirtschaftsverband beider Basel und weiteren Exponenten der Waldwirtschaft begleitet: das Holzheizkraftwerk in Basel, die Rezertifizierung der Wälder, die Machbarkeitsstudie für ein Werk zur Produktion von Pellets aus Waldholz, Projekte zur Förderung der Holznutzung im Privatwald und zur Verwendung von zertifiziertem Holz in kantonalen Bauten.

3.01.02 Gefahrenhinweiskarte

Umsetzung der in den verschiedenen bestehenden Schutzwaldprojekten geplanten Massnahmen zur Sicher- und Wiederherstellung der Schutzwirkungen vor Naturgefahren.

Nach der Genehmigung der notwendigen Landratsvorlage wird die erste Etappe der Gefahrenkarte erarbeitet. Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten geschaffen.

In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt ist zu prüfen, wie entlang der Kantonsstrassen der Schutz vor umfallenden Bäumen verbessert werden kann.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.25 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2006/058 vom 21. Februar 2006/Landratsbeschluss noch pendent			
Total Brutto:	Fr.	4 150 000.–	(Konto 2225.318.91)
Anteil Kanton	Fr.	1 118 800.–	(Betrag provisorisch)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2006:	Fr.	50 000.–	
Budget 2007:	Fr.	250 000.–	

3.01.03 Wiederherstellungsprojekt «Lothar» und Sommertrockenheit

Landratsvorlage 2005/153 vom 31. Mai 2005, LRB 1400 vom 20. Oktober 2005			
Total:	Fr.	444 000.–	(Konto 2225.362.72)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	177 000.–	
Budget 2006:	Fr.	190 000.–	
Budget 2007:	Fr.	73 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.073 Mio. Fr.

3.01.04 Waldschadenuntersuchung 2004 – 2008

Landratsvorlage 2005/152 vom 31. Mai 2005, LRB 1575 vom 12. Januar 2006			
Total:	Fr.	529 200.–	(Konto 2225.318.93)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	221 000.–	
Budget 2006:	Fr.	122 000.–	
Budget 2007:	Fr.	122 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.12 Mio. Fr.

3.01.05 Schutzwaldbewirtschaftung

Wiederinstandstellungsprojekt «Röschenz – Dittingen»

Landratsvorlage 2005/169 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005			
Total Brutto	Fr.	667 500.–	(Konto 2225.362.72)
Anteil Kanton	Fr.	307 525.–	

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.142 Mio. Fr.

Wiederinstandstellungsprojekt «Laufen»

Landratsvorlage 2005/170 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005			
Total Brutto	Fr.	1 006 150.–	(Konto 2225.362.72)
Anteil Kanton	Fr.	401 740.–	
Total: Anteil Kanton	Fr.	709 000.–	(Konto 225.372.72)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2006:	Fr.	135 000.–	
Budget 2007:	Fr.	142 000.–	

3.01.06 Leistungsvereinbarung / Stufe Bund und Waldeigentümer

Das Waldreservatskonzept beider Basel weist rund einen Viertel der Waldfläche in den beiden Kantonen als besonders wertvoll für den Arten- und Lebensraumschutz aus. Diese heutige Situation ist vor allem der naturnahen und rücksichtsvollen (Jung-)Waldpflege unserer Waldeigentümer und Forstbetriebe zu verdanken. Der Kanton Basel-Landschaft trägt zudem nationale Verantwortung für die Wald bewohnenden Vogelarten Mittelspecht und Grauspecht. Für die Umsetzung von Fördermassnahmen steht ein Verpflichtungskredit für die Abgeltung besonderer Naturschutzleistungen im Wald 2004 – 2008 zur Verfügung (LRV). Im Jahre 2007 ist in enger Zusammenarbeit mit der BUD die Berichterstattung über die bisherigen Erfolge als auch die Fortführung des Programms «Naturschutz im Wald» (2009 – 2013) sicherzustellen. Mit dem Bund und den Waldeigentümern sind entsprechende Leistungsvereinbarungen («Effor-Projekte») abzuschliessen.

3.02 Arbeit/Wirtschaft

Das Jahr 2007 steht primär im Zeichen der erfolgreichen Weiterführung der neueren Vollzugsaufträge im Gebiet der Arbeitsmarktaufsicht, d.h. der Flankierenden Massnahmen zum Freien Personenverkehr Schweiz – EU und der Bekämpfung der Schwarzarbeit.

3.02.01 Neue Leistungsvereinbarung für den Vollzug der Flankierenden Massnahmen im Bereich der tripartiten Kommissionen (TPK)

Um einen verbindlichen Vollzugauftrag für die Kantone zu erreichen, hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) obgenannte Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen vorgeschlagen. Sie sollen in einer ersten Phase dem Erfahrungsgewinn dienen und vom 1. Juli 2006 bis zum 31. Dezember 2007 gelten.

Es gilt vornehmlich im 2007, die vereinbarte Kontrolltätigkeit in der Praxis zu realisieren.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Keine wesentlichen
Mehrkosten gegenüber
2006, die notwendigen
Ressourcen sind bereits
geschaffen worden.

3.02.02 Schwarzarbeit

Per 1. Januar 2007 tritt aller Voraussicht nach das neue Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) mit (evtl. Teilen) der zugehörigen Verordnung in Kraft. Das BGSA bringt eine griffigere Rechtsgrundlage für die Schwarzarbeitsbekämpfung durch das KIGA.

Die zwei Inspektoren des KIGA werden seit 2004/2005 vom Vollzug der Flankierenden Massnahmen stark in Anspruch genommen. Um die Schwarzarbeitsbekämpfung gemäss BGSA weiterhin wirksam vornehmen zu können, ist die Anstellung eines/r dritten Inspektors/in unumgänglich. Im Weiteren verlangt das BGSA nach einem Einführungsgesetz in den Kantonen. Ein entsprechender Entwurf soll dem Landrat 2007 vorgelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.1 Mio. Fr. Mehrkosten. Davon sollten vom Bund 50% rückerstattet werden.

Landratsvorlage Kantones Einführungsgesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit

3.02.04 Familienzulagen

Das neue, per 1. Januar 2006 grundsätzlich in Kraft getretene Familienzulagengesetz entfaltet nach dem Übergangsjahr 2006 seine Wirkung in einigen wesentlichen Punkten erst ab 2007: Ab dem 1. Januar 2007 erlöschen alle Anerkennungen von GAV-Lösungen (Anschlusspflicht an eine Familienausgleichskasse) und müssen die Familienausgleichskassen über die entsprechende Anerkennung durch die VSD verfügen. Zudem gilt ab diesem Datum die Anspruchsberechtigung und die Beitragspflicht der Selbständigerwerbenden.

Es gilt, die Einhaltung dieser Neuerungen durch die Zentrale Aufsichtskommission für Familienzulagen, deren Sekretariat im KIGA angesiedelt ist, zu beaufsichtigen und zu begleiten.

3.03 Landwirtschaft

Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung wird weitergehen. Die GAP-Massnahmen werden sukzessive umgesetzt, so dass der Prozess Ende 2007 abgeschlossen ist. Dies betrifft insbesondere die Tierzucht und das Personal. Zusammen mit den Nachbarkantonen werden Arbeitsteilungen geprüft.

3.03.01 Aus- und Weiterbildung

Die landwirtschaftliche Ausbildung wird den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung angepasst.

Die Fachstelle Hauswirtschaft wird, im Lichte der leider oft fehl- und überernährten Erwachsenen und Kinder, das Thema der ausgewogenen Ernährung verstärkt bearbeiten. Dies geschieht in Absprache mit der Gesundheitsförderung Basel-Landschaft und der Lehrerfortbildung der BKSD.

3.03.02 Umschuldung von Betrieben

Es besteht weiterhin ein Umschuldungsbedarf. Die Kreditbegehren kommen jedoch fallweise. Sobald fünf Kredite gewährt werden müssen, sind die verfügbaren Mittel aufgebraucht, und es sind neue Bundesmittel erforderlich, die nur mit einer kantonalen Gegenleistung erhältlich sind. Deshalb sind für das Jahr 2007 200 000 Franken zur Auslösung von Bundesmitteln vorzusehen (im Budget enthalten).

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.2 Mio. Fr.

3.03.03 Ökologischer Ausgleich

Das Programm für den ökologischen Ausgleich in der Landwirtschaft wird von externen Fachleuten mit speziellen naturschutzfachlichen Erfolgskontrollen begleitet.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.018 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2003/292, Verpflichtungskredit 2004 – 2007 LRB 2003/437			
Total:	Fr.	19 250 000.–	
Teil LZE	Fr.	50 000.–	(Konto 2240.318.20)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	32 135.35	
Budget 2006:	Fr.	18 000.–	
Budget 2007:	Fr.	18 000.–	

3.03.04 Konkordat Hochschule Wädenswil

Gemäss Beschluss des Konkordatsrates wird das Konkordat für die Hochschule und das Berufsbildungszentrum Wädenswil per Ende 2006 aufgelöst. Die Schulen werden dem Kanton Zürich übergeben.

Innerhalb des Kantons geht die Zuständigkeit am 1. Januar 2007 von der VSD an die BKSD über.

Finanzielle Auswirkungen
2007: - 0.2 Mio. Fr.

3.04 **Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft**

Die Rheinhäfen beider Basel werden zu einem selbständigen Unternehmen öffentlichen Rechts zusammengelegt. Rahmenbedingungen und Hafeninfrastruktur für den trimodalen Güterverkehr (Wasser/Schiene/Strasse) werden kontinuierlich und nachhaltig verbessert.

3.04.01 **Fusion und Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel**

Im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes BL/BS wird die Zusammenlegung und die Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel mit der Überführung in ein Unternehmen öffentlichen Rechts realisiert.

Den beiden Kantonsparlamenten wird im Jahre 2006 eine entsprechende Vorlage in Form eines Staatsvertrages unterbreitet. Die neue Unternehmung wird voraussichtlich per 1. Januar 2008 die Tätigkeit aufnehmen können.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Überführungskosten
gemäss Businessplan

3.04.02 **Verbesserung der Hafeninfrastruktur**

Die Konzessionierte Hafenbahn Basel-Landschaft (HBL) soll zur Beseitigung von Engpässen in der Bahninfrastruktur infolge der Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene mit einer Anbindung über das Areal Schweizerhalle zum Güterbahnhof Basel/Muttenz erschlossen werden (Ringanbindung). Für die Planung und Projektierung ist die BUD zuständig.

3.05 **Vermessung: Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV 93)**

Grössere Wertschöpfung durch einen verbesserten Zugang auf Geoinformationen sowie Automatisierung der Geschäftsprozesse. Der Aufbau des geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat die Zielsetzung, den Zugang zu Geoinformationen zu verbessern und die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Im Weiteren sollen verbesserte Grundlagen für politische Entscheide geschaffen werden. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen durch Kanton, Gemeinden und Private.

Umsetzung neue Amtliche Vermessung 93 (AV93) im Zeitraum von 1995 – 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene 2. Etappe AV93 2002 – 2008 (LRB 2001/022) am Laufen. Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme mit reduziertem jährlichem Kredit wird sich die Frist auf ca. 2010 verlängern. Die 3. Etappe soll anschliessend das Projekt bis 2017 abschliessen.

3.05.01 Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS

Realisierung der Gebäude-Datenbank, Bereitstellung des Auskunftssystems über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem); Datenabgabe über Internet; Kostengünstige Realisierung einfacher GIS-Projekte in der Umgebung des Parzellen-Informationssystems (PAR-ZIS); Integration bestehender Geländedaten und weiterer Datenebenen in das Geo Data Warehouse; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen und zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor «Grund und Boden».

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.261 Mio.Fr.

Landratsvorlage 2000/091, Verpflichtungskredit LRB 2001/1013 GIS		
Total:	Fr.	2 800 000.– (Kontengruppe 3)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	1 126 787.–
Budget 2006:	Fr.	295 500.–
Budget 2007:	Fr.	261 000.–

3.05.02 Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93)

Das vorgesehene Jahresprogramm 2007 ist betroffen von der Mitteilung der Eidgenössischen Vermessungsdirektion, dass 2007 keine neuen Verpflichtungen eingegangen werden dürfen. Der verfügbare Kredit wird für die Tilgung aller eingegangenen Verpflichtungen bis und mit 2006 verwendet im Vorfeld des Inkrafttretens der NEA auf das Jahr 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2007:
0.527 Mio.Fr. brutto
0.169 Mio.Fr. netto

Landratsvorlage 2001/022, Verpflichtungskredit 2001 – 2008 LRB 1281/01		
Total:	Fr.	13 100 000.– Konto 2230.319.90–3
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	5 107 623.– brutto
	Fr.	2 275 235.– netto
Budget 2006:	Fr.	1 137 400.–
Budget 2007:	Fr.	527 000.–
Zugehörige Ertragskonti:		
Konto 2230.460.00-3, Budget 2006:	Fr.	143 273.–
Konto 2230.462.10-2, Budget 2006:	Fr.	518 095.–
Konto 2230.460.00-3, Budget 2007:	Fr.	105 000.–
Konto 2230.462.10-2, Budget 2007:	Fr.	253 000.–

3.06 Melioration (Bodenverbesserung)

Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft. Senkung der Produktionskosten, insbesondere der fixen Kosten der Landwirtschaftsbetriebe. Förderung von Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen.

Bei den angegebenen Massnahmen handelt es sich schwergewichtig um die Weiterführung der Arbeiten in der Felderregulierung Roggenburg (Gesamtmelioration) sowie um die Fertigstellung und die Abrechnung begonnener Werke, die vom Regierungsrat beschlossen wurden (Verpflichtungen).

3.06.01 Fertigstellung der bewilligten Meliorationsprojekte

Konto 2230.364.00-1			
Verpflichtungskredite gemäss Beschlüssen Regierungsrat:			
Budget 2004:	Fr.	350 000.–	
Rechnung	Fr.	470 156.–	
Budget 2005:	Fr.	350 000.–	
Rechnung	Fr. ca.	476 000.–	
Budget 2006:	Fr.	481 000.–	
Rechnung	Fr. ca.	480 000.–	
Budget 2007:	Fr.	480 000.–	
Zur Information:			
zugehörige Konti Bundesbeitrag (durchlaufender Bundesbeitrag)			
Konto 2230.374.00-1, Budget 2007:	Fr.	360 000.–	
Konto 2230.470.00-1, Budget 2007:	Fr.	360 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2007: Förderbeitrag von
0.48 Mio. Fr.

3.07 Gesundheitsförderung

Weiterarbeit an der Umsetzung des Rahmenkonzeptes 2006 – 2010 der Gesundheitsförderung.

3.07.01 Gesundheitsförderung und Suchtprävention

Fortführung der Leistungsaufträge an die Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) und an den Verein Frau Sucht Gesundheit (FSG).

Finanzielle Auswirkungen
2007: Jahresbeitrag
für beide Institutionen
max. 0.247 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2006/023 vom 24. Januar 2006, LRB 1717 vom 23. März 2006, Verpflichtungskredit 2006 – 2009			
Total	Fr.	988 000.–	Konto 2207.365.50.100
Budget 2006:	Fr.	157 000.–	für AHbB, max. Fr. 90 000.– für FSG
Budget 2007:	Fr.	157 000.–	für AHbB, max. Fr. 90 000.– für FSG

3.07.02 Schwangerschaftsberatung

Fortführung der Leistungsvereinbarung in Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Beratung.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Jahresbeitrag 2007
0.2 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2005/247 vom 20. September 2005, LRB 1533
vom 14. Dezember 2005, Verpflichtungskredit 2005 – 2008

Total:		Fr.	800 000.–
Rechnung 2005	Konto 2202.365.40.200:	Fr.	200 000.–
Budget 2006	Konto 2207.365.50.000:	Fr.	200 000.–
Budget 2007	Konto 2207.365.50.000:	Fr.	200 000.–

3.08 Gesundheitswesen: Spitalplanung BL/BS, Teilrevision des KVG

Fortsetzung der gemeinsamen Spitalplanungsarbeiten mit dem Kanton Basel-Stadt und Realisierung der im Bericht zur Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt vorgegebenen Ziele. Fortsetzung der Vorbereitungen zur Einführung des Globalbudgets in den Baselbieter Spitälern per 1. Januar 2008. Fortsetzung der Planungsarbeiten im Hinblick auf die Gesamterneuerung des Kantonsspitals Bruderholz. Fortsetzung der Arbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des Universitäts-Kinderospitals beider Basel (UKBB). Beobachtung der Entwicklung bezüglich KVG-Revision auf Bundesstufe und Initiierung der entsprechenden Umsetzungsarbeiten auf kantonaler Ebene.

3.08.07 Einführung Globalbudgets in den BL-Spitälern (Projekt GLOBAL)

Das Volk hat am 25. September 2005 der Einführung von Globalbudgets an den öffentlichen Spitälern im Kanton Basel-Landschaft zugestimmt. Im Rahmen des Projektes GLOBAL sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Globalbudgets per 1. Januar 2008 erfolgreich eingeführt werden können. Dazu gehört die Bereitstellung von adäquaten rechtlichen, organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen, um die Spitäler via leistungsbasiertem Globalbudget steuern zu können, und die Anpassung der Kaderarzt-Verträge.

3.09 Kantonsspital Bruderholz (KSB)

Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und der Konkurrenzfähigkeit des KSB bis zum Abschluss des Neu- und Umbaus.

3.09.01 Gebäudesanierung / Sicherheit / Teilsanierung der technischen Basisinfrastruktur

Realisierung der vom Landrat bewilligten Sanierungsmassnahmen (SM2) zur Sicherstellung des laufenden Betriebes durch Reparatur- und Sanierungsarbeiten in enger Zusammenarbeit mit der BUD. Die entsprechende Vorlage wird dem Landrat durch die BUD voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2006 unterbreitet.

3.09.03 Informatik/Schrittweiser Ausbau der elektronischen Patientenakte

Ausbau der elektronischen Patientenakte: Beginn der Realisierung eines universellen Archives für sämtliche Daten (Bilder, Berichte, Messwerte etc.).

3.09.07 Patientenzufriedenheit

Verbesserung der Patientenzufriedenheit auf der Basis der Patientenbefragung 2006. Voraussichtlicher Schwerpunkt: Information der Patientinnen und Patienten.

3.09.08 Optimierung der Betriebsabläufe

Konsolidierung der integrierten Terminplanung im Operationssaal und Optimierung der Nutzung der Säle über bereits im 2006 getroffene organisatorische Massnahmen. Es wurde ein OP-Manager benannt. Verkürzung der Wartezeiten auf der Notfallstation.

3.09.09 Verfeinern von (Patienten-)Management-Systemen

Ausbau und Umsetzung der Konzeption aus dem Jahr 2006 zur Kostenträgerrechnung (koordiniertes Projekt REKOLE). Berechnung von Fallpreispauschalen auf der Basis vorhandener Gruppierungssystematiken. Vorbereitung eines internen Case-Management-Systems zur Steuerung von Patientenbehandlungen.

3.10 Kantonsspital Liestal (KSL)

Klinikreorganisation im Bereich der Geburtshilfe an der Frauenklinik; Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE); Sanierung von haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt in Verbindung mit der Behebung der betrieblichen Engpässe im Bereich der Notfallstation KSL.

3.10.04 Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE)

Weiterer Ausbau der Kostenrechnung und Anpassung der Strukturen zur Einführung von REKOLE (gesamtschweizerisch revidierte Kosten- und Leistungsrechnung der Spitäler).

3.10.06 Sanierung von haustechnischen Anlagen; Behebung der betrieblichen Engpässe im Bereich der Notfallstation

Mit der dringend notwendigen Verbesserung der Situation im Notfallbereich (Notfallstation) in Verbindung mit der Sanierung der haustechnischen Anlagen im Behandlungstrakt, die im Projekt KSL 95 nicht berücksichtigt waren, werden die bestehenden betrieblichen Engpässe in einem zentralen Behandlungssegment behoben. Die haustechnischen Anlagen (Erstellungsjahr 1981) bedürfen alleine vom Alter her dringend einer Sanierung bzw. eines Ersatzes. Detaillierung des Vorhabens in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt / BUD im Hinblick auf eine entsprechende Landratsvorlage.

3.12 Zentralwäscherei Liestal (ZWL)

Optimierte Wäscheversorgung für die Baselbieter Spitäler.

3.12.01 Massnahmen zur Effizienzsteigerung

Mit einem einheitlichen Wäscheversorgungskonzept, einem koordinierten Einkauf und einer optimierten Bewirtschaftung und Verteilung durch die ZWL sollen schrittweise Kosteneinsparungen für die einzelnen Betriebe realisiert werden.

Zielsetzung für 2007: Erfüllung der GAP-Vorgabe.

Finanzielle Auswirkungen
2007: - 0.1 Mio. Fr.
(Ergebnisverbesserung
für die Spitäler gegenüber
2006)

3.13 Kantonsspital Laufen (KSLa)

Inbetriebnahme der erneuerten Radiologie; Planerische Erarbeitung der Sanierung des Westtraktes/Erneuerung der Operationssäle; Repositionierung der FHK und Geburtshilfe; Verbesserung des Patientenmanagements; Ausbau und Umsetzung der Konzeption aus dem Jahr 2006 zur Kostenträgerrechnung (koordiniertes Projekt REKOLE).

3.13.01 Sicherstellung der Grundversorgung

Teil Radiologie

Die entsprechende Landratsvorlage soll im 2. Semester 2006 vorliegen und im Jahr 2007 ist die erneuerte Radiologie betrieblich umzusetzen. Der Ersatz der 19 Jahre alten Anlage ist unumgänglich, die Ergänzung mit einer kleinen CT-Anlage aus medizinischer und aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvoll und nötig.

Teil Sanierung Westtrakt/Erneuerung Operationssäle

Das Vorhaben musste infolge der grossen Anpassungen an die Veränderungen nach der Schliessung von Breitenbach vorerst zurückgestellt werden.

Der Westtrakt weist erheblichen Sanierungsbedarf auf und die in diesem Trakt untergebrachten Operationssäle wurden zwar immer à jour gehalten, entsprechen aber nicht mehr den einschlägigen Vorgaben und sollten auch aus Platzgründen abgelöst werden. Detaillierung des Vorhabens in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt / BUD im Hinblick auf eine entsprechende Landratsvorlage.

3.13.03 Repositionierung der FHK und Geburtshilfe

Nach Abschluss der Reorganisation der Abteilung FHK und Geburtshilfe im Jahre 2006 ist dieser gesetzliche Auftrag des KSLa im Einzugsgebiet bei Hausärzten und Patientinnen neu zu positionieren.

3.13.04 Verbesserung des Patientenmanagements

Es werden Verbesserungen in diesen Bereichen angestrebt mit einer Verstärkung der Dispositionssysteme (OP- und Sprechstundenplanung), der Dokumentationssysteme und der Kostenkontrolle (Kostenträgerrechnung, REKOLE).

3.13.05 Vorbereitung der leistungsorientierten Finanzierung (Abgeltungsmodell DRG)

Fachliche, personelle und systemische Vorbereitung auf den Wechsel zum Abgeltungsmodell DRG.

3.14 Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD)

Umsetzung der Folgeplanung II im Bereich Alterspsychiatrischer Dienst; Zusammenarbeit der Drogenberatung Baselland mit den Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme; Ausarbeiten der zur Einführung des Globalbudgets notwendigen Massnahmen, Etablierung der Balanced Scorecard.

3.14.01 Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Baselland

Alterspsychiatrischer Dienst

Detaillierung des Vorhabens in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt / BUD im Hinblick auf eine entsprechende Landratsvorlage. Nach Verabschiedung der Landratsvorlage für die Schaffung eines Alterspsychiatrischen Dienstes an den Kantonalen Psychiatrischen Diensten wird das Projekt in Angriff genommen.

3.14.04 Drogenberatung Baselland

Klärung der Frage der zukünftigen Kooperation oder der Integration zwischen der Drogenberatung Baselland und den Basellandschaftlichen Beratungsstellen für Alkohol- und andere Suchtprobleme (BfA) sowie allenfalls Einleitung der dafür notwendigen Schritte.

3.14.05 Balanced Scorecard (BSC)

Etablierung der Balanced Scorecard als zentrales und wirkungsvolles KPD-Führungs-, Planungs- und Steuerungsinstrument.



« Mit Schwung in die Zukunft »

4. Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Elsbeth Schneider-Kenel, Regierungsrätin



Tiefbau Die Bewirtschaftung des Gesamtnetzes des Strassen- und Schienenverkehrs sowie das Verkehrsmanagement erhalten hohe Priorität. Gut ausgebaute und betriebsbereite Verkehrsnetze sind unverzichtbare Basis für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und einer

prosperierenden Wirtschaft. Dazu gehören Strassennetze von nationaler, regionaler und kommunaler Bedeutung, Schienennetze für den öffentlichen Verkehr im Fern- und Nahbereich sowie Verkehrswege für den Langsamverkehr. Diese Verkehrsnetze müssen funktionsgerecht ausgebaut, neuen Anforderungen und Randbedingungen angepasst, in der Substanz über lange Zeit erhalten und schliesslich jederzeit betriebsbereit gehalten werden.

Hochbau Im Bereich Bildung sind mit der neuen Fachhochschule Nordwestschweiz bedeutende Bauvorhaben zu realisieren. Im Bereich Gesundheit sind anspruchsvolle Aufgaben möglicherweise mit neuen, verfahrensbeschleunigenden Vorgehensmodellen wie für die Sanierung und die Erweiterung des Kantonsspitals Bruderholz zu bearbeiten. Das Projekt «Übernahme der Sekundarschulbauten» wechselt nach dem Standortentscheid von 2006 in die operative Phase mit intensivem Kontakt mit den Gemeinden.

Abfall, Stoffe, Chemikalien, Altlasten Die künftige Entsorgung brennbarer Abfälle aus dem Kanton Basel-Landschaft in der KVA Basel ist mit dem Kanton Basel-Stadt finanziell und umweltgerecht optimiert und sichergestellt. Die Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub und Inertstoffe für das Unterbaselbiet sind unter Einbezug des Kantons Solothurn bei der Standortsuche im Kanton sichergestellt. Projekt «Kataster der belasteten Standorte»: Die Erhebung wird abgeschlossen und der Bezug von Abgeltungen aus dem Altlastenfonds des Bundes wird sichergestellt. Es liegt ein Konzept vor, welches die Möglichkeiten der kantonalen Verwaltung für die Verringerung der Umweltbelastung durch Problemstoffe aufzeigt.

Gewässerschutz Die Grundwasserverhältnisse im Kanton sind bekannt und die Grundwasserqualität wird überwacht. Notwendige Sanierungsmassnahmen sind eingeleitet. Der Regionale Entwässerungsplan «Birs» ist genehmigt. Der Regionale Entwässerungsplan «Ergolz» ist bereit zur Vernehmlassung. Gewässerschutzmassnahmen im Birstal: Ausbau der Kläranlage Birs in Birsfelden und Mischwasserbehandlung im Birstal.

Energie Die neuen Grundsätze der kantonalen Klima- und Energiepolitik (wenn möglich in Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Kanton Basel-Stadt) als Ersatz der Grundsätze der kantonalen Energiepolitik vom 4. Februar 1991 liegen vor. Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren Energien. Mitwirkung bei der Realisierung des geothermischen Heizkraftwerks in Basel.

Nachhaltige Entwicklung Der Beitritt des Kantons Basel-Landschaft zur Pilotregion Basel der 2000-Watt-Gesellschaft (Novatlantis) wird geprüft. Eine Fortführung des Projektes «Impuls 21» für die Gemeinden des Kantons ist entschieden und gegebenenfalls umgesetzt. Eine erste Erfolgskontrolle der Nachhaltigen Entwicklung in der kantonalen Verwaltung liegt vor. Ein Umweltmanagementsystem für die kantonale Verwaltung ist eingeführt.

Raumplanung Im Vordergrund steht 2007 die Verabschiedung des kantonalen Richtplanes an den Landrat und anschliessend dessen Umsetzung mit den festgesetzten Entwicklungsschwerpunkten, mit der Weiterentwicklung der Planungen in einzelnen Gemeinden und mit dem Aufbau der Raumbewertung als Controllinginstrument. Andererseits geht es um nachhaltige Angebotsverbesserungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des 5. Generellen Leistungsauftrags 2006 – 2009.

Luft Nachführung des Luftreinhalteplans mit dem Ziel, die Feinstaubemissionen und die Ozonvorläuferstoffe (Stickoxide und VOC) weiter zu senken. Untersuchung und verbesserte Charakterisierung der Zusammensetzung und der Herkunft von Feinstaubpartikeln in der Luft.

4.01 Tiefbau: Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr

Der mit dem Bericht «Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr» 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen und der Waldenburgerbahn geht in der laufenden Legislaturperiode seinem Ende entgegen.

Bei der Linie 10 steht die Trasseerneuerung und der Ausbau von Münchenstein-Dorf bis BBC, bei der Linie 11 die Aufhebung bzw. die Absicherung von Niveauübergängen in Münchenstein, Reinach und Aesch sowie die Erneuerung der Innerortsstrecke Reinach-Dorf an.

Ziele dieser Massnahmen sind nach wie vor die Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch eine Reduktion der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, ein verdichteter Fahrplan in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.

Eine steigende Bedeutung kommt den Erhaltungsmassnahmen für die Schienen gebundenen Trassen zu. Hier drängen sich in der nächsten Legislaturperiode weitere Massnahmen auf, wie zum Beispiel in Allschwil die Erneuerung der Gleise für die BVB-Linie 6. Zudem ist ab 2006 die Projektierung von Optimierungsmassnahmen an Tram- / Bahnübergängen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vorgesehen.

4.01.01 BLT-Linie 10, Münchenstein

Trasseerneuerung und Ausbau Münchenstein-Dorf bis Haltestelle BBC, Abschluss der Bauarbeiten.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 5.0 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1989 / 1348		
Total:	Fr. 68 100 000.–	(Konto 2317.364.00-002)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 53 279 048.15	
Budget 2006:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 5 000 000.–	

4.01.02 BLT-Linie 11, Münchenstein, Reinach und Aesch

Ortsdurchfahrt Reinach, Projektierung Innerortsstrecke.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.1 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2481 und 2002 / 1478		
Total:	Fr. 39 700 000.–	(Konto 2317.364.00-003)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 26 174 662.80	
Budget 2006:	Fr. 500 000.–	
Budget 2007:	Fr. 100 000.–	

4.01.03 Waldenburgerbahn, Oberdorf

Bauarbeiten abgeschlossen.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1999 / 1988		
Total:	Fr. 12 000 000.–	(Konto 2312.701.20-134)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 12 047 917.70	Brutto
Budget 2006:	Fr. 0.–	
Budget 2007:	Fr. 0.–	

4.01.04 Dornach / Arlesheim: Umgestaltung Bahnhof

Gleisanlagen BLT 10 und Doppelspurausbau bis Stollenrain, Ausarbeitung Bauprojekt und Durchführung Plangenehmigungsverfahren, Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken.
Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.5 Mio. Fr.

Budget 2006:	Fr.	0.–	(Konto 2317.364.00-013)
Budget 2007:	Fr.	500 000.–	

4.01.05 Allschwil, Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baselstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen

Erarbeitung des Erhaltungskonzeptes und Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken.
Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.1 Mio. Fr.

Budget 2006:	Fr.	1 500 000.–	(Konto 2317.501.40-999)
Budget 2007:	Fr.	100 000.–	

4.01.06 Binningen, Kronenplatz, Gleiserneuerung, neue Wendeschlaufe und Umgestaltung Kronenplatz

Realisierung ab 2007.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.3 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 142			
Total:	Fr.	9 100 000.–	(Konto 2312.701.20-090)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	429 378.10	Brutto
Budget 2006:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	300 000.–	

4.01.08 Tram- / Bahnübergänge, Optimierungsmassnahmen

Projektierung von Optimierungsmassnahmen an Tram- / Bahnübergängen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.
Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.5 Mio. Fr.

Budget 2006:	Fr.	2 500 000.–	(Konto 2317.364.00-012)
Budget 2007:	Fr.	500 000.–	

4.01.09 BVB-Linie 14, MuttENZ – Pratteln

Erneuerung Tramgeleise 2. Etappe, Ausarbeitung des Bauprojektes und der Landratsvorlage, Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken.
Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.

Budget 2006:	Fr.	0.–	(Konto 2317.501.40-006)
Budget 2007:	Fr.	0.–	

4.02 Tiefbau: Verkehr und Bau / Individualverkehr

Hauptziel wäre, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Substanzerhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten; der entsprechende Mittelbedarf ist steigend. Die zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel decken allerdings den erforderlichen Bedarf nicht ab, so dass der Wertverzehr beschleunigt zunimmt.

Die Mittel für den Ausbau sollen vorab in die kantonalen Hochleistungsstrassen (HLS) investiert werden. Ihnen kommt im gesamten Verkehrsnetz eine wichtige Funktion zu. Die HLS entlasten die Siedlungsgebiete und erlauben eine rationelle Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen.

Den Vorgaben des Bundes entsprechende betriebsbereite Nationalstrassen bilden die Hauptachsen des nationalen und regionalen Verkehrsnetzes. Der Kanton Basel-Landschaft strebt die Ergänzung des Nationalstrassennetzes auf der Achse Basel – Delémont inkl. der erforderlichen Zubringer sowie auf der Strecke H2 Pratteln – Sissach an und will den Ausbau der kritischen Stellen vorantreiben.

Im Zusammenhang mit dem Neuen Finanzausgleich (NFA) wird der Bund ab 2008 die Zuständigkeit für Betrieb und Erhaltung der Nationalstrassen übernehmen. Der Kanton unterstützt den Aufbau der interkantonalen Trägerschaft NSNW (Nationalstrassen Nordwestschweiz, Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn) aktiv und setzt sich für die Belange des Standortes Autobahn-Werkhof Sissach ein.

4.02.01 Optimierung der Strasseninfrastruktur

Weiterarbeiten des Konzeptes «Optimierung der Strasseninfrastruktur» auf der Basis des Richtplanes, des Schwachstellenplanes sowie einer rigorosen Priorisierung der Projekte für die Bereiche Verkehrssicherheit, Zustand Infrastruktur und Verkehrsfluss (teilweise mit eigenen personellen Mitteln, teilweise mit externer Unterstützung; im Rahmen der Laufenden Rechnung).

Kein Verpflichtungskredit notwendig

4.02.02 Standards der Verkehrsinfrastruktur

Umsetzen des Konzeptes betreffend Standards und Mittelbedarf, insbesondere Aktualisieren der Typenpläne und der Richtlinien sowie der Grundlagen für die Priorisierung der Projekte (teilweise mit eigenen personellen Mitteln, teilweise mit externer Unterstützung; im Rahmen der Laufenden Rechnung).

Kein Verpflichtungskredit notwendig

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.05 Mio. Fr.

4.02.03 A2 Sanierungstunnel Belchen (3. Röhre)

Detailprojekte für Bau und Elektromechnik/Lüftung. Ziel: Erreichen des definitiven Bauentscheides spätestens 2007 und Baureife 2009. Hauptarbeiten gemäss 7. langfristigem Bauprogramm des Bundes 2010 – 2014.

Keine Vorlagen, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.2 Mio. Fr. Kantonsanteil BL

4.02.04 A2 Erhaltungsabschnitt Basel – Augst, (inkl. Ausbauvorhaben)

Hauptarbeiten 2006/2007, Abschluss 2008 vor Fussball-EM. Totalersatz Belag, Instandsetzung Kunstbauten mit umfassenden verkehrlichen Hilfsmassnahmen wie Hilfsbrücken, Brückenverbreiterungen. Gemeinsames Projekt BL/BS/AG.

Gewährleistung Tunnelsicherheit Schweizerhalle.

Verkehrsleitsystem 2. Etappe.

Keine Vorlagen, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 10.3 Mio. Fr. Kantonsanteil BL

4.02.05 H2 Umfahrung Sissach

Nach Abschluss der Bauarbeiten, nach erfolgter Inbetriebnahme am 20. Dezember 2006 sind die erforderlichen Systemergänzungen der Umfahrung fertig zu stellen. Fertigstellung der Planung im Zusammenhang mit dem Bauprojekt für die flankierenden Massnahmen, insbesondere Ortsdurchfahrt Sissach (Strichcode).

Finanzielle Auswirkungen
2007: 15.0 Mio. Fr. brutto

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 1987/077, 1991/2696 und 2004/887		
Total:	Fr. 274 170 000.–	(Konto 2312.701.20-104)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 268 542 536.45	Brutto
Budget 2006:	Fr. 29 000 000.–	brutto
Budget 2007:	Fr. 15 000 000.–	brutto

4.02.06 H2 Pratteln – Liestal

Weiterführung der Projektierungsarbeiten und Beginn der Bauarbeiten vorbehaltlich der Finanzierung.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Fonds-Finanzierung

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 1995/2418		
Total:	Fr. 248 000 000.–	(Konto 2312.701.20-004)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 65 192 102.65	Brutto
Budget 2006:	Fr. 15 000 000.–	brutto
Budget 2007:	Fr. 31 000 000.–	brutto.

4.02.07 H2 Umfahrung Liestal

Weiterbearbeitung Verkehrskonzept Liestal mit Zentrumsanschluss (Aufnahme in KRIP), Ausarbeitung Generelles Projekt und Landratsvorlage mit dem Ziel: Instandsetzung und Realisierung bis 2012.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.15 Mio. Fr.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit 2001/1217		
Total:	Fr. 900 000.–	(Konto 2312.701.10-138)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 641 864.25	Brutto
Budget 2006:	Fr. 100 000.–	
Budget 2007:	Fr. 150 000.–	

4.02.08 H18 Umfahrung Laufen/Zwingen

Start der Arbeiten für das Generelle Projekt.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.3 Mio. Fr.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 2000/672		
Total:	Fr. 3 000 000.–	(Konto 2312.701.10-013)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 540 712.20	Brutto
Budget 2006:	Fr. 500 000.–	
Budget 2007:	Fr. 300 000.–	

4.02.09 Südumfahrung Basel

Entscheid (LRB) betreffend Aufnahme in den Richtplan.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.05 Mio. Fr.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 1994/1766 (Leimental – Birstal, Projektierung)			
Total:	Fr.	700 000.–	(Konto 2312.701.10-125)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	577 623.35	Brutto
Budget 2006:	Fr.	50 000.–	
Budget 2007:	Fr.	50 000.–	

4.02.10 Nationalstrassen, kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen

Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Erhaltung der Kunstbauten und Erneuerung der Fahrbahnen, Nachrüsten der Anlagen (Verkehrsleitsystem, Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.

Gebundene Ausgaben im Rahmen der Laufenden Rechnung und Investitionsrechnung (Rubriken 2312, 2313, 2314).

Finanzielle Auswirkungen
2007: Diverse Konti Lf. Rg. und IV-Rg., Rubriken 2312, 2313 und 2314

4.02.11 Regionales Radroutennetz

Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Bauausführung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken in ländlichen Gebieten (Laufental, oberes Baselbiet).

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 1996/032 und 1998/074			
Total:	Fr.	47 722 173.–	(Konto 2312.701.20-007)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	23 371 088.35	Brutto
Budget 2006:	Fr.	500 000.–	
Budget 2007:	Fr.	500 000.–	

4.02.12 A2 Erhaltungsabschnitt Augst – Diegten (inkl. Tunnel Arisdorf)

Erneuerung Rastplätze Itingen/Tenniken, Instandsetzungen Dienstweg Diegten (Kantonsstrasse) und Rutschgebiet Anschluss Diegten. Hauptarbeiten 2005; Restarbeiten Tunnelsicherheit, Ankersatz Felswand Tenniken 2006.

Keine Vorlagen, Abwicklung nach Nationalstrassen-Gesetzgebung.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.8 Mio. Fr. Kantonsanteil BL

4.02.13 H18 Erhaltungsabschnitt Rütihard – Reinach Nord

2. Etappe (Fahrtrichtung Jura) Senkungsmulde Rütihard, Instandsetzung Viadukt, Belag offene Strecke und Teilerneuerung Fahrzeugrückhaltesysteme (1. Etappe 2006).

Keine Vorlagen, Abwicklung über Sammelkonto Erneuerung H2/H18.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 10.5 Mio. Fr.

4.02.14 H18 Anschluss Aesch/Dornach

Ausarbeitung des Bauprojektes und Landratsvorlage.
Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.

4.02.15 Gelterkinden – Rickenbach, Korrektur und Radroute

Ausarbeitung des Bau- und Ausführungsprojektes.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1698			
Total:	Fr.	2 700 000.–	(Konto 2312 501.20-116)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	25 627.65	Brutto
Budget 2006:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	0.–	

4.02.16 Muttenz, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse

Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken und Ausarbeitung des Bauprojektes.
Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.

4.02.17 Füllinsdorf, Korrektur Giebenacherstrasse

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1699			
Total:	Fr.	3 700 000.–	(Konto 2312.501.20-140)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	6 300.40	Brutto
Budget 2006:	Fr.	450 000.–	
Budget 2007:	Fr.	1 800 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2007: 1.8 Mio. Fr.

4.02.18 Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke / HWS und Fischgängigkeit Birs

Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken und Ausarbeitung des Bauprojektes.
Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.

4.02.19 Reigoldswil, Korrektur Ziefenstrasse / HWS Hintere Frenke

Ausarbeitung Landratsvorlage und Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken.
Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.

4.02.20 Langenbruck, Korrektur / Umgestaltung Hauensteinstrasse

Ausarbeitung Landratsvorlage und Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken.
Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.

4.02.21 Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt

Ausarbeitung Landratsvorlage und Entscheid (LRB), Verpflichtungskredit erwirken.
Noch kein Verpflichtungskredit vorhanden.

4.02.22 Binningen, Sanierung Brücke Schlossgasse

Pauschalbeitrag an Brückensanierung.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 1989/1070			
Total:	Fr.	900 000.–	(Konto 2312.501.20-089)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	Brutto
Budget 2006:	Fr.	900 000.–	
Budget 2007:	Fr.	0.–	

4.02.23 Lärmschutz an Kantonsstrassen

Umsetzung der Massnahmen aus dem Strassensanierungsprogramm. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung (Rubrik 2312, verschiedene Konti).

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.25 Mio. Fr.

4.02.24 Sicherheitsmassnahmen Transportrisikoanalyse

Analyse und Überprüfung der Massnahmen aus der Transportrisikoanalyse auf Umsetzbarkeit. Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.1 Mio. Fr.

Budget 2006:	Fr.	200 000.–	(Konto 2312.501.20-950)
Budget 2007:	Fr.	100 000.–	

4.02.25 H18 Tunnel Eggflue, Gewährleistung Tunnelsicherheit

1. Etappe: Schaffung von drei Fluchtabgängen, Ertüchtigung Werkleitungskanal als Fluchtweg, diverse elektromechanische Einrichtungen.

RRB Nr. 168 vom 31. Januar 2006,

keine LR-Vorlage,

Abwicklung über Sammelkonto Erneuerung H2/H18.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 6.0 Mio. Fr.

4.03 Tiefbau: Verkehr und Bau /Wasserbau

Planung, Realisierung und Bewirtschaftung der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplannerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet.

4.03.01 Wasserbaukonzept

Das neue Wasserbaukonzept (WBauK) wurde im Mai 2005 durch den Regierungsrat beschlossen. Die Realisierung einzelner Projekte aus dem WBauK erfordert entsprechende Verpflichtungskredite und/oder Genehmigung der entsprechenden Mittel im Budget.
Kein Verpflichtungskredit notwendig.

4.03.02 Passiver Hochwasserschutz

Mitarbeit bei der Erstellung der Gefahrenkarten, ausschliesslich mit eigenen personellen Ressourcen, da 2007 für eine externe Unterstützung keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.
Kein Verpflichtungskredit notwendig.

4.03.03 Allschwil, Hochwasserschutz

Weiterführung der Projektierungsarbeiten Hochwasserrückhaltebecken (HWRB) Lützelbach. Abschluss Bauarbeiten HWRB «Isigs Bruggli» und Realisierung Amphibienschutz Mülitäli.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 3.0 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 2106			
Total:	Fr.	7 090 000.–	(Konto 2316.701.90-015)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	665 641.55	Brutto
Budget 2006:	Fr.	2 200 000.–	
Budget 2007:	Fr.	3 000 000.–	

4.03.05 Gelterkinden, Hochwasserschutz

Rechtsgültiges Bauprojekt vorhanden, Landratsvorlage für Verpflichtungskredit vorhanden, Realisierung vorbereiten.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1697			
Total:	Fr.	2 950 000.–	(Konto 2316.701.90-017)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	Brutto
Budget 2006:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	0.–	

4.03.06 Revitalisierungen der Birs im Raum Reinach

Projektierungs- und Bauarbeiten.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.3 Mio. Fr.

4.04 Hochbau

Bearbeitung der umfangreichen und komplexen Projekte im Bereich Hochbau infolge Termin- und Kostendruck mit neuen, verfahrensbeschleunigenden Projektentwicklungsmodellen sowie verstärktem Projektmanagement.

Im Bereich Bildung stehen weitreichende Entscheidungen an. Die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) baut mittelfristig den Schulcampus Muttenz mit der Hochschule für Pädagogik und der Hochschule für Soziale Arbeit aus. Standortentscheide für andere Bereiche der FHNW wie Life Sciences, Technik u. a. beeinflussen den Umfang der neuen Schule und erfordern eine Neuordnung auf dem Schulcampus mit dem Ziel, grösste Synergien und Flexibilität zu erhalten. Dazu sind bauliche Anpassungen an den bestehenden Liegenschaften nötig.

Für das im Umfang und Inhalt anspruchsvolle Projekt «Erweiterung und Sanierung des Kantonsspitals Bruderholz» sind der Bedarf zu genehmigen sowie die ersten notwendigen Kredite zu sprechen. Die Übernahme der Sekundarschulbauten tritt in eine intensive Verhandlungsphase mit den Standortgemeinden. Relevant sind hierbei die Aushandlung und der Abschluss notwendiger Verträge.

Die definitive Regelung über die Zuständigkeiten für bauliche Investitionen in den Spitälern ab 2008 wird definiert. Nach der Übergangsphase 2006 und einer allfälligen Kurskorrektur für das zweite Übergangsjahr 2007 sollen die Modalitäten für die folgenden Jahre entschieden werden.

4.04.01 Flächenmanagement

Die in den Jahren 2005/2006 erarbeitete Strategie mit Massnahmen für eine geordnete Entwicklung der Kantonalen Verwaltung sind ab 2007 umzusetzen. Die einmaligen Kosten für die Umsetzung der Massnahmen, welche sich noch nicht konkret abschätzen lassen, sind dem Hochbauamt in den folgenden Jahren über das ordentliche Budget (Laufende Rechnung und Investitionsbudget) zuzusprechen.

4.04.02 Landratsvorlagen/Verpflichtungskredit LRB

Augst, 2. Sanierungsstufe Römisches Theater			Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.6 Mio. Fr.
Total:	Fr.	16 350 000.– (Konto 2320.503.30-189)	
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	15 220 000.–	
Budget 2006:	Fr.	1 000 000.–	
Budget 2007:	Fr.	600 000.–	

Oberwil, Gymnasium, Mediothek, Umbau und Sanierung			Finanzielle Auswirkungen 2007: 12.0 Mio. Fr.
Total:	Fr.	15 400 000.– (Konto 2320.503.30-225)	
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	720 000.–	
Budget 2006:	Fr.	800 000.–	
Budget 2007:	Fr.	12 000 000.–	

Liestal, Staatsarchiv, Ausbau			Finanzielle Auswirkungen 2007: 5.4 Mio. Fr.
Total:	Fr.	15 400 000.– (Konto 2320.503.30-226)	
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	3 990 000.–	
Budget 2006:	Fr.	6 300 000.–	
Budget 2007:	Fr.	5 400 000.–	

Bruderholz, Kantonsspital Bruderholz Sanierung und Erneuerung			Finanzielle Auswirkungen 2007: Fonds-Finanzierung
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.– (Konto 2320.503.30-232)	
Budget 2006:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	2 500 000.–	

MuttENZ, Gewerbeschule, Sanierung Aussenhülle			Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.5 Mio. Fr.
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.– (Konto 2320.503.30-234)	
Budget 2006:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	500 000.–	
Eine Sammelvorlage zu der Gebäudehüllensanierung ist in Arbeit.			

Bruderholz, KSB Sicherheitsrelevante Massnahmen 1. Etappe			Finanzielle Auswirkungen 2007: 1.0 Mio. Fr.
Total:	Fr.	15 200 000.– (Konto 2320.503.30-236)	
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	8 320 000.–	
Budget 2006:	Fr.	4 700 000.–	
Budget 2007:	Fr.	1 000 000.–	

UKBB, Neubau Basel (Anteil BL 1/2)			Finanzielle Auswirkungen 2007: 15.0 Mio. Fr.
Total:	Fr.	74 650 000.– (Konto 2320.503.30-242)	
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	870 000.–	
Budget 2006:	Fr.	5 000 000.–	
Budget 2007:	Fr.	15 000 000.–	

Bruderholz, KSB Sicherheitsrelevante Massnahmen 2. Etappe			Finanzielle Auswirkungen 2007: 5.0 Mio. Fr.
Total:	Fr.	25 000 000.– (Konto 2320.503.30-252)	
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2006:	Fr.	200 000.–	
Budget 2007:	Fr.	5 000 000.–	

Münchenstein, Gymnasium, Sanierung Innenräume/Gebäudehülle			Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.5 Mio. Fr.
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.– (Konto 2320.503.30-258)	
Budget 2006:	Fr.	300 000.–	
Budget 2007:	Fr.	500 000.–	
Eine Sammelvorlage zu der Gebäudehüllensanierung ist in Arbeit.			

MuttENZ, BZM, Sanierung Haustechnik/Gebäudehülle			Finanzielle Auswirkungen 2007: 0.3 Mio. Fr.
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.– (Konto 2320.503.30-259)	
Budget 2006:	Fr.	300 000.–	
Budget 2007:	Fr.	300 000.–	
Eine Sammelvorlage zu der Gebäudehüllensanierung ist in Arbeit.			

Liestal, Zeughaus, Sanierung Gebäudehülle			
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	(Konto 2320.503.30-260)
Budget 2006:	Fr.	300 000.–	
Budget 2007:	Fr.	300 000.–	
Eine Sammelvorlage zu der Gebäudehüllensanierung ist in Arbeit.			

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.3 Mio. Fr.

Liestal, Gymnasium, Sanierung Gebäudehülle			
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	(Konto 2320.503.30-263)
Budget 2006:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	300 000.–	
Eine Sammelvorlage zu der Gebäudehüllensanierung ist in Arbeit.			

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.3 Mio. Fr.

FHBB, Lüftung Chemie (Anteil BL 2/3)			
Total:	Fr.	7 000 000.–	(Konto 2320.503.30-307)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	150 000.–	
Budget 2006:	Fr.	2 000 000.–	

HPSA – BB, Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit (Anteil BL)			
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	(Konto 2320.503.30-310)
Budget 2006:	Fr.	300 000.–	
Budget 2007:	Fr.	7 400 000.–	brutto

Finanzielle Auswirkungen
2007: Fonds-Finanzierung

4.05 Umweltschutz und Energie

A Abfall / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe

Realisierung von Massnahmen in den Bereichen Abfall und Altlasten.

4.05.01 Abstimmung der Entsorgungskapazität und der lenkbaren Abfallmengen im Bereich der brennbaren Abfälle

Die Entsorgung der brennbaren Abfälle aus dem Kanton Basel-Landschaft in der KVA Basel ist durch eine Zusatzvereinbarung nachhaltig geregelt. Diese baut auf die bestehende Abfallvereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft vom Mai 1998 auf. Die Entsorgungskosten für die Gemeinden sind optimiert und stabil.
(10% A 100 011 und 10% A 100 014)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.11 Mio. Fr.
(Vollkosten)

4.05.02 Sicherung der Ablagerungsmöglichkeiten für Aushub und Inertstoffe für das Unterbaselbiet (mit dem Kanton Solothurn)

Der Bedarf für die Ablagerung von Aushub und Inertstoffen für das Unterbaselbiet (Arlesheim/Laufen) ist ermittelt. Die Suche nach einem geeigneten Deponiestandort wird gestartet. Die Aktivitäten werden eng mit dem Kanton Solothurn koordiniert.
(20% A 100 011)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.18 Mio. Fr.
(Vollkosten)

4.05.03 Aufbau des Katasters der belasteten Standorte

Die Erhebung der belastungsrelevanten Betriebs-, Ablagerungs- und Unfallstandorte ist abgeschlossen. Die Information der Betroffenen ist erfolgt. Die Abgeltungen aus dem Altlastenfonds sind komplett bis Mitte 2007 sicher.
Ein Konzept für die effiziente Behandlung von Problemstoffen in der Umwelt durch die kantonale Verwaltung liegt vor.
(100% A 101 015)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.42 Mio. Fr.
(Vollkosten)

4.05 Umweltschutz und Energie

B Wasserversorgung / Wassernutzung

Gemäss Kantonsverfassung und Wasserversorgungsgesetz hat der Kanton für die Sicherstellung des regionalen Wasserbedarfs zu sorgen, und zwar mit folgenden Massnahmen:

- Durchführung von Untersuchungen (hydrogeologisch, chemisch-bakteriologisch, technisch und betriebswirtschaftlich);
- Ausarbeiten von generellen und detaillierten Projekten;
- Errichtung und Betrieb von Anlagen für die regionale Wasserbeschaffung (zum Beispiel Grundwasseranreicherungen, Transportleitungen, Schutzzonen);
- Beratung der Gemeinden und Privaten in Wasserversorgungsfragen.

4.05.10 Abklärung der Grundwasserverhältnisse und Überwachung der Grundwasserqualität

Untersuchungen der Grundwasservorkommen sowie die Errichtung von Grundwasserbeobachtungsnetzen im Bereich von Nutzungsgebieten, Deponien, kantonalen Abwasserleitungen und Kläranlagen. Zurzeit laufen noch Untersuchungen im Birstal sowie im hydrogeologisch sehr komplexen Rheintal. Dieses Untersuchungsprogramm wird im Jahre 2007 abgeschlossen. (100% A 101 024 und 100% A 100 158)

Finanzielle Auswirkungen
2007: Finanzierung erfolgt
vollständig via zweck-
gebundene Grundwasser-
nutzungsgebühren

4.05.11 Sicherstellung der regionalen Wasserversorgung

Massnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung (zusätzliche Wasserbeschaffung, Wasserleitungen, ev. Aufbereitungsanlagen), die gewässerschutzverordnungskonforme Ausscheidung von Schutzzonen und Zuströmbereichen für regionale Trinkwasserfassungen, die Errichtung neuer Grundwassermessstellen (Bohrungen), den Ersatz der alten mechanischen Grundwassermessgeräte, Abklärungen der Wechselwirkung zwischen Oberflächengewässern und Grundwasser (vor allem im Hinblick auf Gewässerrenaturierung), Massnahmen zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen, die Nachführung der kantonalen Wasserversorgungsplanung, die Erarbeitung von Grundwassermodellen, die Abklärung von Salzlaugungsprozessen im Zusammenhang mit Terrainsetzungen etc. (100% A 100 018)

Finanzielle Auswirkungen
2007: Finanzierung erfolgt
vollständig via zweck-
gebundene Grundwasser-
nutzungsgebühren

4.05.12 Projekt Grundwassermonitoring

Durch das Projekt Grundwassermonitoring wird für den Kanton Basel-Landschaft kontinuierlich ein flächendeckender, detaillierter Datensatz über die Beschaffenheit der Grundwasserqualität aufgebaut. Im NAQUA-Projekt des BAFU sind die Grundwasser-Untersuchungen programmgemäss durchgeführt (BAFU = Bundesamt für Umweltschutz). (100% A 101 139)

Finanzielle Auswirkungen
2007: Finanzierung erfolgt
vollständig via zweck-
gebundene Grundwasser-
nutzungsgebühren

4.05 Umweltschutz / Energie

C Gewässerschutz / Abwasserentsorgung

Regionale Entwässerungspläne (REP): Mit den Regionalen Entwässerungsplänen sollen die wichtigen Flusssysteme im Kanton mittel- bis langfristig in einen möglichst natürlichen Zustand zurückgeführt werden. Dabei gilt es, die Natur- und Gewässerschutzziele sowie die heutigen und künftigen Nutzungsansprüche in einer Gesamtbetrachtung zu vereinen und optimierte Lösungen zu entwickeln. Diese Arbeiten erlauben es, die verfügbaren Ressourcen im Rahmen konkreter Massnahmenkataloge örtlich und zeitlich am wirkungsvollsten einzusetzen.

4.05.20 Regionale Entwässerungsplanung «Birs»

Die REP Birs ist nach der Vernehmlassung bei Gemeinden und betroffenen Verbänden für das Teilgebiet Basel-Landschaft vom Regierungsrat genehmigt worden.
(100% A 101 011)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.09 Mio. Fr.
(Vollkosten)

4.05.21 Regionale Entwässerungsplanung «Ergolz»

Die Ist-Zustandserfassung ist abgeschlossen. Das Entwicklungs- und das Kommunikationskonzept liegen vor.
(100% A 800 046)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.15 Mio. Fr.
(Vollkosten)

4.05 Umweltschutz / Energie

G Energie

Mit dem fünften Verpflichtungskredit «Förderung der rationellen Energienutzung und Nutzung von erneuerbaren Energien» nach dem Energiegesetz sowie gezielten Beratungen und Weiterbildungsveranstaltungen soll die Kontinuität der kantonalen Förderung gewährleistet bleiben. Die Finanzierungsart mittels Verpflichtungskredit soll abgelöst werden durch die Erhebung einer Förderabgabe auf dem Stromverbrauch zur Finanzierung von Fördermassnahmen im Energiebereich.

4.05.61 Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren Energien

Die Förderung der rationellen Energienutzung und der Nutzung von erneuerbaren Energien erfolgt gemäss Verpflichtungskredit 2004/186 und einem neuen Verpflichtungskredit (Vorlage 2006), mit den entsprechenden Globalbeiträgen des Bundes sowie dem Energieförderfonds des Kantons Basel-Landschaft (EBM/BKW).
(100% A 100 147, A 100 153, A 100 149, A 100 154)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.80 Mio. Fr.
(VP-Kredit)

4.05.62 Mitwirkung bei der Realisierung des geothermischen Heizkraftwerks in Basel

Der Kanton hat sich am Bau eines geothermischen Heiz-Kraftwerkes (Deep Heat Mining) in Basel gemäss Landratsbeschluss 2004 beteiligt. Die Begleitung erfolgt durch Einsitz im Verwaltungsrat.

4.05.63 Neue Grundsätze der kantonalen Klima- und Energiepolitik

Die neuen Grundsätze der kantonalen Klima- und Energiepolitik (wenn möglich in Zusammenarbeit und in Abstimmung mit dem Kanton Basel-Stadt) als Ersatz der Grundsätze der kantonalen Energiepolitik vom 4. Februar 1991 liegen vor.

4.05 Umweltschutz / Energie

H Nachhaltige Entwicklung

Koordination der Umsetzung der vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 783 vom 20. Mai 2003 genehmigten Strategie «Nachhaltige Entwicklung des Kantons Basel-Landschaft».

4.05.71 Erfolgskontrolle nachhaltige Entwicklung

Der Nachhaltigkeitskompass ist zur Beurteilung einzelner Projekte, Programme und Konzepte und als Nachhaltigkeitsaudit der Verwaltung eingeführt.
(5% A 101 031)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.03 Mio. Fr.
(Vollkosten)

4.05.72 «Impuls 21»

Mit «Impuls 21», dem Förderprogramm für die nachhaltige Entwicklung Baselbieter Gemeinden, werden die Gemeinden dazu motiviert, ihr Tagesgeschäft und die Erfüllung ihrer ordentlichen Aufgaben im Sinne der Nachhaltigkeit zu gestalten. Weitere Gemeinden des Kantons konnten für «Impuls 21» gewonnen werden. Diese unterzeichnen zusammen mit dem Kanton eine Nachhaltigkeitserklärung.
Landrats-Vorlage geplant.
(25% A 101 031)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.17 Mio. Fr.
(Vollkosten)

4.05.73 2000-Watt-Gesellschaft (Novatlantis)

Der Beitritt des Kantons Basel-Landschaft zur Pilotregion Basel der 2000-Watt-Gesellschaft (Novatlantis) wird geprüft.
Landrats-Vorlage geplant.
(50% A 101 031)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.34 Mio. Fr.
(Vollkosten)

4.05.74 Einführung eines Umweltmanagementsystems

Geplant wird die Einführung eines Umweltmanagementsystems in der kantonalen Verwaltung analog der Bundesverwaltung. Auftrag aus Motion 2001 / 129 R. Brassel (als Postulat überwiesen) und Postulat 2002 / 129 E. Maag.
(50% A 800 030)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.08 Mio. Fr.
(Vollkosten)

4.05 Umweltschutz / Energie

I Umweltbeobachtung

Die Umweltbeobachtung liefert die Grundlagen zur periodischen Legitimation der Tätigkeiten gegenüber der Politik und der Gesellschaft. Sie stellt Grundlagen bereit für die strategische Steuerung sowie für die Erfassung der Wirksamkeit der Tätigkeiten.

4.05.80 Konzept für die Umweltbeobachtung

Das Konzept für die Umweltbeobachtung Basel-Landschaft liegt als Folge des BAFU/KVU-Projektes «Netzwerk Umweltdaten Schweiz (NUD-CH)» vor und ist umgesetzt (BAFU = Bundesamt für Umweltschutz; KVU = Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzamtsstellen der Schweiz).

Die das AUE betreffenden Massnahmen gemäss der Analyse GIS-Rationalisierungspotenzial BUD sind umgesetzt.

(100% S 101 157)

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.04 Mio. Fr.
(Vollkosten)

4.06 Industrielle Betriebe

Realisierung von Gewässerschutzmassnahmen im Birstal im Rahmen des interkantonalen Regionalen Entwässerungsplanes (REP).

4.06.01 Ausbau der Kläranlage Birs in Birsfelden

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308		
Total:	Fr. 56 950 000.–	(Konto 2341.501.51.066) (Investition)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 17 636 826.89	
Budget 2006:	Fr. 14 500 000.–	
Budget 2007:	Fr. 11 000 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2007: in der Laufenden
Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine
Belastung des Staatshaushalts)

4.06.02 Mischwasserbehandlung im Birstal

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308		
Total:	Fr. 24 700 000.–	(Konto 2341.501.52.118) (Investition)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 4 580 518.42	
Budget 2006:	Fr. 1 500 000.–	
Budget 2007:	Fr. 2 200 000.–	

Finanzielle Auswirkungen
2007: in der Laufenden
Rechnung keine, da gebühren-finanziert (keine
Belastung des Staatshaushalts)

4.07 Raumplanung

A Grenzüberschreitende Raumentwicklung

Schwerpunkte bilden die gemeinsame Raumbeobachtung und gemeinsame Kartengrundlagen und Entwicklungskonzepte, Leitbilder und Schlüsselprojekte (Agglomerationsprogramm). Mit Blick auf die zukünftige Finanzierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind neue Trägerschaften und neue Organisationsformen zu entwickeln (Modellregion Oberrhein, Eurodistrict Basel).

4.07.01 Entwicklung der Trinationalen Agglomeration Basel (TAB)

Umsetzen der Schlüsselprojekte und Etablierung einer neuen Organisationsform (Eurodistrict Basel) mit neuen Inhalten und Aufgaben (Internationale Bauausstellung Basel IBA Basel)

Finanzielle Auswirkungen
2007: Anteil RPS
(BS + BL) 0.1 Mio. Fr.

4.07 Raumplanung

B Kantonale Raumentwicklung

Kantonale Raumentwicklung bestehend aus: Umsetzung des Richtplans, Abstimmungstätigkeiten, Raumbeobachtung, Planungsprojekte (Salina-Raurica), Stellungnahmen und Behördenarbeit.

4.07.10 Kantonaler Richtplan

Umsetzung des Kantonalen Richtplans und Aufbau der Raumbeobachtung als Controllinginstrument.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.2 Mio. Fr.

4.07.11 Raumbeobachtung

Die räumliche Entwicklung im Kanton wird systematisch erfasst. Aufbau eines Indikatorensystems zur Raumbeobachtung Basel-Landschaft – insbesondere zur Wirtschaftsentwicklung und zur Standortgunst. Erhebung der erforderlichen Daten, Beschreibung und Bewertung der Entwicklung im Hinblick auf die gewünschte Entwicklung im Kanton (KORE).

Raumbeobachtung ist ein Synonym für Grundlagen der Raumplanung gemäss Art. 6 RPG. Das Richtplancontrolling ist der Versuch, standardisiert, d.h. mittels Indikatoren die Veränderungen im Raum zu erfassen und aufzuzeigen, in welche Richtung die Entwicklung geht. Dazu kommt der Auftrag im Lärmschutz, Emissions- und Lärmbelastungskataster zu erstellen. Wichtige Daten dabei sind: Verkehrsdaten, Bebauungsdaten und Lärmausbreitungshindernisse wie zum Beispiel die Inventarisierung der Lärmschutzwände, damit diese Daten für das Lärmausbreitungsmodell verwendet werden können.

4.07.12 Agglomerationsprogramm

Umsetzung eines Agglomerationsprogramms (Abstimmung Siedlungsentwicklung und Verkehr) in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und ausländischen Nachbarn. Die für die Agglomeration Basel wichtigsten Verkehrsprojekte werden gemeinsam festgelegt und zur finanziellen Unterstützung in Bern eingegeben. Für die Umsetzung wird eine Trägerschaft etabliert.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.03 Mio. Fr.
(Anteil BL)

4.07 Raumplanung

C Öffentlicher Verkehr

Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs im Kantonsgebiet und der grenzüberschreitenden Linien sowie Interessenwahrung im Rahmen der schweizerischen Verkehrspolitik.

4.07.20 Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des 5. Generellen Leistungsauftrags (GLA)

- Erschliessung Kägen (Reinach) und Widen (Münchenstein)
- Erschliessung Allschwil
- Erschliessung Laufental
- 1/4-Stunden-Takt im Ergolzthal

Von den Kostensteigerungen aufgrund der Angebotsverbesserungen sind heute erst Fr. 300 000.– für die Erschliessung Kägen/Widen konkret, welche im Total von 29.6 Mio. Franken bereits enthalten ist. Die übrigen drei Massnahmen lassen sich derzeit noch nicht beziffern.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 29.6 Mio. Fr.

4.07.21 Ausbau der Regio-S-Bahn

Fertigstellung der Massnahmen im Bereich der Infrastruktur der Haltestellen, des Rollmaterials und des kombinierten Verkehrs (gemäss LRB 2005/1018 vom 3. Februar 2005).

Finanzielle Auswirkungen
2007: 14.13 Mio. Fr.

4.07.22 Ausbau des BLT-Depots Hüslimatt

Fertigstellung und Inbetriebnahme gemäss LRB 2005/1053 vom 14. Februar 2005 (Gesamtvolumen 29.0 Mio. Fr.).

Finanzielle Auswirkungen
2007: 5.69 Mio. Fr.

4.07 Raumplanung

D Denkmalschutz

Weiterführung der Unterschutzstellung und der Sicherung der Qualität der geschützten Objekte.

4.07.30 Sanierung von Schloss Birseck

Fertigstellung der 2. Sanierungsetappe.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.4 Mio. Fr.

**«Kernaufgabe Sicherheit:
In partnerschaftlicher Zusammen-
arbeit erreichen wir bessere
und nachhaltigere Ergebnisse.»**



5. Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

Sabine Pegoraro, Regierungsrätin



1. Sicherheit als Dauerauftrag Dank vielfältigen Massnahmen ist es in den letzten Jahren gelungen, im Kanton Basel-Landschaft ein gutes Sicherheitsniveau zu erreichen. 2006 hat die vom Regierungsrat eingesetzte Fachgruppe «Gewalt im öffentlichen Raum» eine umfassende

Analyse vorgenommen und Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit in unserem Kanton unterbreitet. Besonders interessant ist die Feststellung der Fachgruppe, dass mit einer noch stärkeren Vernetzung bedeutende, bisher zu wenig genutzte Potenziale zur Erhaltung und Verbesserung der Sicherheit erfasst und genutzt werden können.

In diesem Zusammenhang misst die JPMD den Sicherheitspatenschaften mit den Gemeinden besonderes Gewicht bei. 2004 und 2005 wurden zusammen mit den Gemeinden Liestal, Laufen, Pratteln, Sissach und Gelterkinden «Runde Tische Sicherheit» gebildet. 2006 ist zusammen mit Reinach eine weitere solche Plattform entstanden. An den «Runden Tischen Sicherheit» werden unter der Leitung des Gemeindepräsidiums und der zuständigen Regierungsrätin die Sicherheitsfragen in den Gemeinden gemeinsam diskutiert und analysiert. Soweit erforderlich werden Massnahmen festgelegt, die von den kommunalen und kantonalen Fachinstanzen umgesetzt werden.

2007 will die JPMD die Sicherheitspatenschaften mit den Gemeinden und die Zusammenarbeit mit anderen Partnern vertiefen und weiter entwickeln. Zusammen mit den zuständigen Stellen in Basel-Stadt werden wir abklären, welche Möglichkeiten für eine verstärkte Kooperation im Sicherheitsbereich bestehen.

Eine besondere Herausforderung bildet die EURO 08: Die Sicherheitsverantwortlichen der beiden Kantone stehen vor einer grossen Aufgabe, die sie nur gemeinsam meistern können. Im Jahr 2007 müssen die wichtigsten Vorbereitungen getroffen werden, damit dieser Auftrag erfüllt werden kann. Während der EURO 08 hat die Gewährleistung der Sicherheit der Sportler und der Besucherinnen und Besucher höchste Priorität.

2. Wegweisende Projekte Auch im Jahr 2007 wird sich die JPMD und mit wichtigen Projekten befassen, denen strategische Bedeutung zukommt. Im Vordergrund stehen das Strassenverkehrsamt beider Basel, die Umsetzung der Eidgenössischen Strafprozessordnung (Einführung des Staatsanwaltschaftsmodells) in unserem Kanton sowie das geplante Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz. Weitere Projekte sind die Einführung einer gemeinsamen Aufsichtsstelle Datenschutz mit Basel-Stadt sowie die Reorganisation des Zivilstandswesens.

3. Gesetzgebung Das Hauptaugenmerk gilt 2007 den folgenden Bereichen: Datenschutzgesetz: Anpassungen an die Abkommen von Schengen/Dublin; Revision Bürgerrechtsgesetz: Anpassung an die neue Gebührenregelung des Bundes; Einführung des Öffentlichkeitsprinzips sowie eine Teilrevision des Landratsgesetzes (Motion 2005/160).

5.01 Polizei

Die Gewalt im öffentlichen Raum wird durch gezielte präventive und repressive Aktionen der Polizei bekämpft. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung soll verbessert werden, u. a. durch verstärkte Präsenz im Gebiet der Bahnhöfe und in öffentlichen Anlagen. Neben dem Schutz vor Kriminalität ist auch der Verkehrssicherheit auf unseren Strassen höchste Priorität einzuräumen.

Die Sicherheit der Fussballer und der Besucherinnen und Besucher anlässlich der EURO 08 muss gewährleistet werden.

5.01.02 Vorbereitungen für die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH)

Der operative Start der IPH erfolgt im September 2007. Die derzeit unter der Schulleitung durchgeführten Detailplanungen werden durch Fachleute aus den beteiligten Polizeikorps unterstützt. Sobald die Feinplanung der Lektionen erfolgt ist, wird die korpspezifische Ausbildung durch die Polizei Basel-Landschaft geplant und vorbereitet. Infolge der IPH sind bei der Polizei Basel-Landschaft auch Anpassungen in den Bereichen Personalwerbung, Rekrutierung, Vertragswesen, Organisation und Weiterbildung erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es erfolgt keine weitere Kreditvorlage an den Landrat. Der Finanzbedarf wird über die Laufende Rechnung abgedeckt bzw. ist in der rechtskräftigen Kreditvorlage zur IPH (2004 / 149) ausgewiesen und bewilligt

5.01.09 Weiterführung der «Runden Tische Sicherheit» mit den Gemeinden

Zur Zeit bestehen «Runde Tische Sicherheit» mit den Gemeinden Liestal, Laufen, Pratteln, Sissach, Gelterkinden und Reinach. Ziel der «Runden Tische Sicherheit» ist es, eine Plattform für die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen den Fachleuten auf der Ebene der Gemeinden und des Kantons zu bieten. Damit soll auch erreicht werden, dass im Bedarfsfall rasch und unbürokratisch die erforderlichen Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit getroffen werden können.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es entstehen keine besonderen Kosten

5.01.11 Weiterführung der Massnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf der A2, Erhaltungsabschnitt Basel – Augst (EABA)

Die Sanierungsarbeiten auf der A2, EABA Basel – Augst, wurden 2006 eingeleitet. Das umfassende Massnahmendispositiv der Polizei Basel-Landschaft zur Erhaltung der Verkehrssicherheit hat sich bisher bewährt. Die Leistungsfähigkeit des wichtigsten Verkehrsträgers unserer Region blieb trotz der einschneidenden Sanierungsarbeiten erhalten. Die Polizei Basel-Landschaft wird ihr Konzept für den Erhaltungsabschnitt Basel – Augst auch 2007 – während der zweiten Phase der Sanierungsarbeiten – umsetzen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es erfolgt keine Kreditvorlage an den Landrat. Der Finanzbedarf wird über die Laufende Rechnung abgedeckt

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB keine		
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	0.–
Budget 2007:	Fr.	300 000.–

Die Budgetierung erfolgt zu Lasten der Laufenden Rechnung auf der Rubrik 2420 (Konto 311.50). Dabei handelt es sich um die Digitalisierung der bisherigen Messstelle N2 Augst, welche gleichzeitig mit der Sanierung umgestellt werden soll (bauliche Massnahme).

5.01.12 Motivationshilfen für die Erhebung von Strafanzeigen

Es muss erreicht werden, dass die Hemmungen zur Erhebung von Strafanzeigen abgebaut werden können. Eine konsequente Strafverfolgung trägt zur Prävention zukünftiger Straftaten bei und verbessert dadurch die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Besonders wichtig ist, dass der Schutz der Anzeigstellenden vor Racheakten der Täterschaft gewährleistet ist.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es entstehen keine
besonderen Kosten

5.01.13 Qualitätssicherung im Bereich Spurensicherung der Kriminaltechnik

Bei der Spurensicherung an Tatorten und bei der Auswertung asservierter Spuren ist die Einführung eines Qualitätssicherungssystems erforderlich. Insbesondere bei der Sicherung von DNA-Spuren besteht eine erhöhte Gefahr der Kontamination solcher Spuren durch DNA-Spuren von Drittpersonen. Auch andere wichtige Bereiche der Kriminaltechnik sollen durch die Qualitätssicherung aufgewertet werden. Diese Massnahme entspricht einer gesamtschweizerischen Tendenz. Es ist davon auszugehen, dass künftig Gerichte und Parteien in Strafverfahren formell ausgewiesene Qualitätsstandards verlangen werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es erfolgt keine
Kreditvorlage an den
Landrat. Der Finanzbedarf
wird über die Laufende
Rechnung abgedeckt

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB keine		
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	0.–
Budget 2007:	Fr.	50 000.–

Die Budgetierung erfolgt zu Lasten der Laufenden Rechnung auf der Rubrik 2400 und 2420 (Konto 318.20).

5.01.14 Verkehrsüberwachung Chienbergtunnel

2007 wird der Chienbergtunnel, Umfahrung Sissach, eröffnet. Das Hochleistungsstrassennetz in unserem Kanton erhält dadurch einen erheblichen Zuwachs. Die Verkehrsaufsicht im zirka 3 km langen Strassentunnel muss durch die Polizei Basel-Landschaft gewährleistet sein, ebenso die rasche Intervention im Ereignisfall.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es erfolgt keine
Kreditvorlage an den
Landrat. Der Finanzbedarf
wird über die Laufende
Rechnung abgedeckt

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB keine		
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	0.–
Budget 2007:	Fr.	0.–

Eine genaue Quantifizierung des Finanzbedarfs wird abgeklärt, steht jedoch zur Zeit noch nicht fest.

5.01.15 Neuuniformierung der Polizei

Der Landrat wird im Herbst 2006 den Beschluss zur Neuuniformierung der Polizei Basel-Landschaft fassen. Die Neuuniformierung entspricht der Einheitsuniform der Partnerkantone des Nordwestschweizer Polizeikonkordats (PKNW). Die Einführung der neuen Uniform ist anfangs 2007 vorgesehen. Sie soll innerhalb kurzer Zeit allen Korpsangehörigen abgegeben und anstelle der alten Uniform getragen werden.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 2006/126		
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	0.–
Budget 2007:	Fr.	950 000.–

5.01.16 Sicherheit an der EURO 08

Im Sommer 2008 findet in der Schweiz und in Österreich der drittgrösste Sportanlass weltweit statt, nämlich die Fussball-Europameisterschaft. Zusammen mit Basel-Stadt bildet Baselland die «Host City Basel». Im St. Jakobs-Park werden sechs Spiele stattfinden, darunter das Eröffnungsspiel. Als Gastgeber sind unsere beiden Kantone verpflichtet, den Gästen – seien es Akteure oder Matchbesuchende – optimale Rahmenbedingungen zu bieten, auch betreffend Sicherheit. Im Brennpunkt stehen der Schutz vor Kriminalität sowie die Verhinderung von Hooliganismus und Vandalismus. Aber auch die reibungslose Abwicklung des Verkehrs – vor und nach den Spielen – ist sicherzustellen. 2007 ist ein Grossteil der Vorbereitungen zu treffen, damit die hohen Sicherheitsstandards während der EURO 08 erfüllt werden können.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB hängig		
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–
Budget 2006:	Fr.	0.–
Budget 2007:	Fr.	noch offen

Eine Landratsvorlage, welche von der für die EURO 08 federführenden Direktion (BKSD) ausgearbeitet werden soll, wird Angaben zum voraussichtlichen Finanzbedarf machen. Zur Zeit steht die Höhe des erforderlichen Kredites noch nicht fest.

5.02 Amt für Migration

Mit dem Inkrafttreten des Integrationsgesetzes beider Basel – voraussichtlich per 2007 – sind seine Grundsätze, insbesondere jene «des Forderns und des Förderns», umzusetzen.

5.02.01 Vollzug des Integrationsgesetzes beider Basel

Zusammen mit Basel-Stadt wird eine Verordnung ausgearbeitet, welche den Vollzug des Integrationsgesetzes regelt. Ebenso ist die Schulung der kantonalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen, die mit der Umsetzung der Fördermassnahmen betraut sind.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Der Finanzbedarf
wird über die Laufende
Rechnung abgedeckt

5.03 Jugendanwaltschaft

Die Jugendanwaltschaft wird dem Vollzug der neuen Gesetzgebung (Allgemeiner Teil des Strafgesetzbuchs, Gesetz über die Jugendstrafrechtspflege) Priorität einräumen. Es sind die notwendigen Schritte vorzukehren, damit der Übergang vom alten auf das neue Recht möglichst problemlos erfolgen kann.

5.03.04 Neue Zuständigkeit für die Kinderfälle im Strafrecht

Per 1. Januar 2007 wird die Jugendanwaltschaft dafür zuständig sein, die Kinderfälle im Strafrecht zu entscheiden. Bisher lag die Kompetenz dazu bei den Vormundschaftsbehörden der Gemeinden. Nicht nur der Entscheid selbst, sondern auch dessen Vollzug, gehört neu in die Zuständigkeit der Jugendanwaltschaft. Innerhalb der Jugendanwaltschaft sind die Vorkehrungen zu treffen (Ausbildung, Anpassung der personellen Ressourcen), damit die neuen Aufgaben ohne Verzug und fachgerecht erfüllt werden können. Durch die Neuregelung der Zuständigkeit bei Kinderfällen werden die Gemeinden entlastet.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Es entsteht ein
jährlicher Mehraufwand
(Personal) im Umfang von
zirka 0.15 Mio. Fr.

5.04 Staatsanwaltschaft

Die Arbeiten für die Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung sind in Zusammenarbeit mit anderen Betroffenen rechtzeitig an die Hand zu nehmen, damit bis zum Inkrafttreten – voraussichtlich 2011 – die Vorbereitungen im Kanton Basel-Landschaft abgeschlossen sind.

5.04.02 Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung

Der Entwurf für eine schweizerische Strafprozessordnung sieht verschiedene Regelungen vor, die in dieser Form in unserem Kanton nicht oder nur teilweise bekannt sind. Das vom Bundesrat befürwortete Staatsanwaltschaftsmodell bedingt im Baselbiet wesentliche Änderungen in der Organisation der Strafverfolgungsbehörden. Diese Anpassungen sind vorzunehmen, bevor das neue Recht in Kraft treten wird.

Es wurde eine Projektgruppe eingesetzt mit Vertreterinnen und Vertretern aus den betroffenen Bereichen der Verwaltung und der Gerichte. Die Projektgruppe hat den Auftrag, die Grundlagen für die Umsetzung des neuen Bundesrechts vorzubereiten.

5.05 Strafvollzug / Freiheitsentzug

Das neue, am 1. Januar 2007 in Kraft tretende Jugendstrafrecht sieht u. a. neu die Möglichkeit vor, Jugendliche mit Freiheitsentzug bis zu vier Jahren zu bestrafen. Innerhalb des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und Innerschweiz ist eine Lösung zu finden in Form eines Jugendvollzugszentrums. In Frage kommt ein Standort in der Nähe des Therapiezentrums für junge Erwachsene Arxhof.

5.05.02 Projekt für ein Jugendvollzugszentrum

Es wurde eine Projektgruppe eingesetzt mit dem Auftrag zu prüfen, ob auf dem Areal des Therapiezentrums für junge Erwachsene Arxhof, Niederdorf, ein Jugendvollzugszentrum als geschlossene Einrichtung des Jugendstrafvollzugs erstellt werden kann. Vorgesehen ist ein Platzangebot von 16 – 18 Plätzen für straffällig gewordene, 15 – 22 Jahre alte Jugendliche, umfassend auch ein Schul- und Ausbildungsangebot sowie eine sozialpädagogisch begleitete Tagesstruktur. Die Projektgruppe hat den Auftrag, ein Detailkonzept als Entscheidungsgrundlage für die politisch zuständigen Behörden (Regierungsrat, Landrat) auszuarbeiten.

5.06 Bevölkerungsschutz

Nachdem der Landrat das Projekt Polycom (= gesamtschweizerisches Sicherheitsfunknetz für die Sicherheitsbehörden) beschlossen und den Verpflichtungskredit bewilligt hat, gilt es nun, dieses anspruchsvolle Projekt umzusetzen, damit es per Juni 2008 in Betrieb gesetzt werden kann.

5.06.02 Realisierung Polycom

Eine Fachgruppe, bestehend aus den involvierten Sicherheitsbehörden unseres Kantons, ist mit der Umsetzung von Polycom beauftragt. Im Jahr 2007 sind die wichtigsten Vorbereitungsarbeiten zu treffen, damit Polycom wie vorgesehen für die EURO 08 bereit steht. Schwerpunkte bilden der Bau der Infrastruktur und der Aufbau des Funksystems mit Schwergewicht im unteren Baselbiet und entlang der Hauptverkehrsachse Basel – Zürich / Luzern / Bern.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 6.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB keine		
Total:	Fr. 13 400 000.–	netto (Konto 2470.503.30) Investitionsrechnung
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr. 0.–	
Budget 2006:	Fr. 3 500 000.–	
Budget 2007:	Fr. 6 500 000.–	

5.08 Motorfahrzeugkontrolle

Mit der Zusammenführung der Motorfahrzeugkontrollen Basel-Stadt und Basel-Landschaft und der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel zum Regionalen Verkehrssicherheitszentrum soll erreicht werden, dass die Dienstleistungen gegenüber den Motorfahrzeugführerinnen und Motorfahrzeugführern noch Kunden orientierter erbracht werden können.

5.08.03 Projekt für ein Strassenverkehrsamt beider Basel

Es wurde eine Projektgruppe mit Vertretungen der Motorfahrzeugkontrollen BL und BS sowie der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel eingesetzt mit dem Auftrag, ein Detailkonzept für ein Strassenverkehrsamt beider Basel auszuarbeiten. Das Projekt steht unter der Federführung der Paritätischen Betriebskommission der MFP. Das Konzept wird bis Ende 2007 vorliegen, damit es anschliessend den beiden Kantonsregierungen und später den beiden Kantonsparlamenten in Form von Vorlagen unterbreitet werden kann.

5.09 Rechtsdienst

Das Projekt Effilex wird in der JPMD als Dauerauftrag fortgeführt. Die Überarbeitung und die Erneuerung der Rechtserlasse gemäss den Effilex-Kriterien sind weit fort geschritten. Ausserhalb von Effilex sind die Gesetzgebungsaufträge des Landrates möglichst speditiv zu erfüllen.

5.09.08 Teilrevision des Bürgerrechtsgesetzes (Landratsvorlage)

Nachdem das Bundesrecht festlegt, dass sich die Einbürgerungsgebühren nach dem Aufwand richten müssen (Prinzip der Kostendeckung), ist das kantonale Bürgerrechtsgesetz einer kleinen Teilrevision zu unterziehen und entsprechend den bundesrechtlichen Vorgaben anzupassen.

5.09.11 Teilrevision des Landratsgesetzes (Vernehmlassungsvorlage)

Aufgrund einer Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung ist das Landratsgesetz in verschiedenen Punkten zu ändern. U. a. soll im Landratsgesetz klargestellt werden, dass nur die Fraktionen (und nicht einzelne Mitglieder des Landrates) die Kompetenz haben, Wahlvorschläge zu unterbreiten.

5.10 Weitere Dienstleistungen

B Datenschutz

Die Gesetzgebung ist eine Schwerpunktaufgabe der JPMD. Im Jahr 2007 steht die Anpassung des kantonalen Datenschutzgesetzes an die Abkommen von Schengen/Dublin im Vordergrund. Die verzugslose Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das EU-Recht bildet eine unabdingbare Voraussetzung, damit unser Land an Schengen/Dublin teilnehmen kann.

5.10.10 Anpassung des Datenschutzgesetzes an die Abkommen von Schengen/Dublin (Landratsvorlage)

Die schweizerische Datenschutzgesetzgebung – auf kantonaler Ebene und auf Bundesebene – muss dem Schengen-Standard angepasst werden. Eine von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und -direktorinnen (KKJPD) ausgearbeitete Checkliste dient den Kantonen als Grundlage für die vorzunehmenden Anpassungen. Eine Revisionsvorlage zum basellandschaftlichen Datenschutzgesetz wird bis 2007 vorliegen. Sie wird jene Änderungen enthalten, die notwendig sind, um in unserem Kanton eine Schengen konforme Datenschutzgesetzgebung zu erhalten. Besonders hohe Anforderungen gelten für die Unabhängigkeit der Datenschutzaufsichtsstellen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Der Finanzbedarf
wird voraussichtlich über
die Laufende Rechnung
abgedeckt

5.10.11 Datenschutzaufsichtsstelle beider Basel

Geplant ist die Zusammenlegung der Aufsichtsstellen Datenschutz der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Erwartet werden von der Zusammenführung dieser beiden Fachstellen eine Effizienzsteigerung und eine bessere Rollen- und Aufgabenteilung unter den Mitarbeitenden. Die wesentlichen Punkte der Aufsichtsstelle Datenschutz beider Basel sind in einem Staatsvertrag zu regeln, welcher von den Regierungen und den Parlamenten der beiden Kantone genehmigt werden muss.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Gemäss Machbar-
keitsstudie wird bei
einer gemeinsamen Daten-
schutzstelle BL/BS der
Kanton Basel-Landschaft
um 0.04 Mio. Fr. entlastet

5.10 Weitere Dienstleistungen

F Zivilstandswesen

Infostar (= Informatisiertes Standesregister) führt mittelfristig zu einer Reduktion des Aufwands bei den Zivilstandsämtern. Die heutigen Strukturen des Zivilstandswesens in unserem Kanton sind dieser Entwicklung anzupassen.

5.10.50 Reorganisation des Zivilstandswesens

Seit Juni 2004 sind alle Zivilstandsämter der Schweiz an Infostar (= Informatisiertes Standesregister) angeschlossen. Die vom Bund vorgeschriebenen Regeln zur Erfassung der Personen im System sind für die Zivilstandsämter für eine gewisse Dauer mit Mehraufwand verbunden. Je mehr Personen aber im Infostar erfasst sind, desto grösser ist der Effizienzgewinn. Ist eine Person einmal im System erfasst, so ist die Verurkundung weiterer Zivilstandsfälle mit weniger Aufwand als bisher verbunden. Das Gleiche gilt für Auszüge und Mitteilungen, welche die Zivilstandsämter für Private und Behörden zu erstellen haben. Der personelle Aufwand der sechs Zivilstandsämter in unserem Kanton wird sich mittelfristig verringern.

Entsprechend dieser Entwicklung wird eine Reorganisation der Zivilstandsämter notwendig werden. Es wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, Vorschläge im Hinblick auf eine Reduktion der Zivilstandskreise zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe dienen als Grundlage zur Erarbeitung eines Entwurfs zur Revision des Zivilstandsdekretes.



«Bildung bewegt.»

6. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Urs Wüthrich-Pelloli, Regierungspräsident



Mit unserer Zustimmung zur neuen Bildungsverfassung vom 21. Mai 2006 haben wir ein breites, zeitgemässes und zukunftstaugliches Dach über die föderalistische Bildungslandschaft Schweiz geschaffen.

Unter diesem zukünftigen Dach sind bereits seit einiger Zeit intensive Umbauarbeiten im Gang. Das neue Konkordat wird die Struktur unserer Schulen verändern! Die Diskussionen über «HarmoS» bewegen die Gemüter. Immer deutlicher wird: Baselland und Basel-Stadt sind in der Bildungslandschaft Schweiz leicht exotische Paradiesvögel. Aber bedeutet in der Minderheit sein, dass wir in der Sache falsch liegen? Die Diskussion über die Inhalte unseres Schulsystems können wir gut aushalten: Die «Gute Schule Baselland» funktioniert. Trotzdem kommen wir um die Klärung der Struktur unserer kantonalen Bildungslandschaft nicht herum. Wichtig ist dabei, dass Baselland die Impulse selber setzt und das Heft selber in die Hand nimmt, bevor wir die Weiterentwicklung als Patchwork auf der Grundlage der Initiative anderer gestalten müssen.

Die Auseinandersetzung mit der Weiterentwicklung des Bildungsangebotes darf nicht bei der Diskussion über die Struktur stehen bleiben. Es gibt bei aller Bewegung ein paar ganz praktische, zentrale Fragen, zu denen wir gemeinsam Antworten entwickeln müssen:

- Wie können ein höheres Qualifikationsniveau der Lehrpersonen, erweiterte Lernformen, moderne Unterrichtshilfen und eine aufwändige Infrastruktur zugunsten eines wesentlich höheren Bildungsniveaus umgesetzt werden (Stichworte: Ausschöpfen des Bildungspotenzials, Chancengleichheit)?
- Wie können wir die Anzahl Kleinklassen in den nächsten zehn Jahren halbieren?

- Wie können wir die Anzahl Repetentinnen und Repetenten um 30% senken?
- Wie können wir dafür sorgen, dass die «Gute Schule Baselland» für die Standortattraktivität die gleiche (Lock-)Wirkung entfaltet, wie die Steuergesetzgebung im Kanton Schwyz?
- Wie kann durch ein attraktives und erfolgreiches Bildungsangebot der öffentlichen Schulen dafür gesorgt werden, dass Initiativen für einen «Bildungsgutschein» ohne Resonanz bleiben?
- Wie können Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit unserer Schule überzeugend kommuniziert werden, damit der Landrat diese Leistungen freudig würdigt, anstatt über Unterrichtsausfälle zu lamentieren?
- Wie sorgen wir dafür, dass sich Lehrbetriebe, Fachhochschulen, Universitäten und später Unternehmen aus der ganzen Schweiz einen harten Rekrutierungswettbewerb um die Schulabgängerinnen und Schulabgänger unseres Kantons liefern?

Bildung bewegt. Wir können vieles erreichen, wenn wir uns selber bewegen. Aber nur so geht es. Denn zur Zeit mag es einem vorkommen, wie es will, das einzig Stete in den letzten Jahren ist der Wandel. Dem können wir uns nicht entziehen, dem wollen wir uns nicht entziehen. Unverzichtbare Voraussetzung ist jedoch, dass jede Veränderung tatsächlich Mehrwert schafft für Schülerinnen und Schüler, für Lehrpersonen und für Gesellschaft und Wirtschaft.

Teil Bildung

6.01 Bildungswesen allgemein

Konkordat Harmonisierung obligatorische Schule (HarmoS) und Schaffung eines Bildungsraums Nordwestschweiz: Die Harmonisierung der obligatorischen Schule ist ein prioritäres Projekt der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) für die Weiterentwicklung des schweizerischen Bildungswesens zu einem kohärenten Bildungsraum. Das Beitrittsverfahren zum Konkordat soll gegen Ende 2007 durch die EDK ausgelöst werden. Für den Kanton Basel-Landschaft steht der Entscheid an, erhebliche Investitionen zur schweizerischen und regionalen Harmonisierung des Bildungswesens zu tätigen.

Der am 21. Mai 2006 von Volk und Ständen angenommene Bildungsartikel verpflichtet Bund und Kantone ausdrücklich zur Koordination und Zusammenarbeit im gesamten Bildungsbereich. Gesamtschweizerisch einheitlich zu regeln sind Schuleintrittsalter und Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge sowie die Anerkennung von Abschlüssen. Kommt die angestrebte einheitliche Regelung der Eckwerte im Schulwesen nicht auf dem Koordinationswege zustande, erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften. Mit der Standesinitiative zur «Koordination der kantonalen Bildungssysteme» gemäss Beschluss des Landrates vom 28. Februar 2002 hat der Kanton Basel-Landschaft den Weg zur neuen Bildungsverfassung bereiten helfen.

Bildungsbericht 2007: Gemäss Bildungsgesetz nimmt der Regierungsrat aufgrund eines Berichtes alle vier Jahre zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton Basel-Landschaft Stellung. Der Bericht hat einerseits die Aufgabe, Rechenschaft über das Erreichte gegenüber Parlament und Öffentlichkeit abzulegen. Andererseits sollen auch Entwicklungsthemen bearbeitet werden, so dass das Parlament den Bericht als Entscheidungsgrundlage für die Abschreibung ausgewählter Postulate oder für neue Vorstösse nutzen kann. Der Bildungsbericht 2007 soll den Stand der Entwicklung auch im interkantonalen Vergleich beleuchten und zieht deshalb als Grundlage den schweizerischen Bildungsmonitoring-Bericht 2006 heran. Der Bildungsbericht 2007 soll eine informative Grundlage über den erreichten Stand der Entwicklung des Bildungswesens darstellen. Er wird insbesondere genutzt für das Legislaturprogramm des Regierungsrates für die Jahre 2008 – 2011.

Masterplan Bildung: Mit dem Masterplan Bildung sollen die Kosten- und die Wirkungstransparenz sowie die Steuerungsfähigkeit im Bildungswesen verbessert werden. Ein erster Entwurf für einen Masterplan Bildung mit Projektskizzen und Folgenabschätzungen für einen zehnjährigen Planungszeitraum ist erstellt worden. Da sich nun die möglichen Konsequenzen aus den neuen Verfassungsbestimmungen zur Bildung und zum Konkordat über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) abschätzen lassen, wird der Masterplan nachgeführt und verdichtet. Er bleibt ein Hilfsinstrument der BKSD für die längerfristige Planung und insbesondere auch für die Vorbereitung des Regierungsprogramms. Abgeklärt wurden auch die erforderlichen Schritte zur Verbesserung der Kostenrechnung pro Schüler/in und Ausbildungsjahr und zur Steuerung über Schülerpauschalen. Für die Spezielle Förderung ist ein Modell erarbeitet worden.

Bildungsraum Nordwestschweiz: Geprüft wird insbesondere, ob die heute sehr unterschiedlichen Bildungssysteme der nordwestschweizerischen Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn zu einem Bildungsraum Nordwestschweiz zusammenwachsen können. Nachdem die vier Kantone bereits gemeinsam die Fachhochschule Nordwestschweiz führen, wird nun eine Harmonisierung der Strukturen und der Bildungsinhalte während und nach der obligatorischen Schulzeit angepeilt. Es werden Überlegungen zum pädagogischen, ökonomischen und politischen Nutzen eines Bildungsraums Nordwestschweiz angestellt. Die Schaffung eines Bildungsraums Nordwestschweiz mit gegen 1.3 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner ist eine wichtige strategische Option für die weitere Entwicklung des Bildungswesens, aber auch des regionalen Kultur- und Wirtschaftsraums.

6.01.04 Gesamtsprachenkonzept

Die Plenarversammlung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) beschloss im März 2004, den Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule koordiniert weiter zu entwickeln und früher mit der Sprachförderung zu beginnen. Gemeinsames Ziel ist eine verstärkte Förderung der Erstsprache (lokale Landessprache) und als langfristiges Ziel das Unterrichten von zwei Fremdsprachen für alle Schülerinnen und Schüler spätestens ab dem 3. bzw. dem 5. Schuljahr. In einem ersten Schritt soll für Baselland geklärt werden, ob die Staffelung des Fremdsprachenunterrichtes mit Englisch ab 3. Klasse und Französisch ab 5. Klasse oder umgekehrt mit Französisch als erster Fremdsprache zu erfolgen habe.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.01.06 Integration

Das Integrationsgesetz ist voraussichtlich im Frühjahr 2007 in der Volksabstimmung. Die Umsetzung fordert besondere Massnahmen und Projekte: Einbezug der Gemeinden, Öffentlichkeitsarbeit, Sprach- und Integrationskurse und Regionalisierung der Projekte.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.01.09 Masterplan Bildung

Der Masterplan Bildung wird aktualisiert unter Einbezug der allenfalls erforderlichen Anpassungen des Bildungswesens gemäss HarmoS. Die wichtigsten laufenden und künftig möglichen Projekte des Bildungswesens werden mit Projektskizzen dokumentiert, die möglichen Auswirkungen abgeschätzt und in einen Finanzplan Bildung 2007 – 2017 umgesetzt.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.01.10 Bildungsbericht 2007

Der Bildungsbericht mit einer Standortbestimmung für alle Stufen des Bildungswesens wird erarbeitet und dem Parlament zugeleitet.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.12 Mio. Fr.

Total:	Fr.	120 000.– Mio.	(Konto 2503)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	50 000.–	

6.01.11 Disziplinarmassnahmen an den Schulen

Die Möglichkeiten für die Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulräte, Disziplinarmassnahmen ergreifen und wirksam umsetzen zu können, sollen verbessert werden.
(Landratsvorlage in Vorbereitung, Motion 2004/206, nicht im Budget).

6.02 Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I

6.02.02 PISA 2006

Im Jahr 2006 sind die Leistungsmessungen des dritten PISA-Zyklus durchgeführt worden. Schwerpunktartig wurden dabei die naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler untersucht. Basel-Landschaft hat sich erstmals mit einer kantonalen Stichprobe beteiligt. Neben der nationalen Auswertung werden die Resultate auch kantonal ausgewertet und im Laufe des Jahres 2008 publiziert.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.033 Mio. Fr.

Total:	Fr.	192 000.–	(Konto 2503)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	139 000.–	
Budget 2007:	Fr.	33 000.–	
Budget 2008:	Fr.	20 000.–	

6.02.07 Pensenpool-Regelung Spezielle Förderung

Die Einführung einer Pensenpool-Regelung im Bereich der Speziellen Förderung bedingt eine Veränderung des Bildungsgesetzes. Dem Landrat soll eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden. Ziel ist es, das neue Instrument ab Schuljahr 2008/2009 an der Volksschule einzuführen und die Vorbereitungen dafür im Jahr 2007 aufzunehmen. Den Schulbeteiligten soll eine neue Informationsschrift die Grundsätze der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen darlegen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.09 Mio. Fr.

Total:	Fr.	212 000.–	(Konto 2503)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	62 000.–	
Budget 2007:	Fr.	90 000.–	
Budget 2008:	Fr.	60 000.–	

6.02.09 Integrierte Begabungs- und Begabtenförderung

Zusammen mit der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz baut die BKSD eine kantonale Plattform auf in Bezug auf die integrierte Begabungs- und Begabtenförderung für die gegenseitige Information, für den Erfahrungsaustausch sowie für den Wissenstransfer zwischen der Unterrichtspraxis und der Forschung und Entwicklung. Das Netzwerk, das eine eigene Website besitzt, wird nach der dreijährigen Aufbauphase von der Pädagogischen Hochschule übernommen und weiter betreut werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.04 Mio. Fr.

Total:	Fr.	120 000.–	(Konto 2503)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	40 000.–	
Budget 2007:	Fr.	40 000.–	
Budget 2008:	Fr.	40 000.–	

6.02.11 Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton

Das Ergebnis der nach pädagogischen und ökonomischen Kriterien 2006 durchgeführten Überprüfung der Sekundarschulstandorte mündet in eine Landratsvorlage, über die Ende 2006 / Anfang 2007 entschieden wird. Der Landratsentscheid bildet dann, zusammen mit dem HarmoS-Strukturentscheid, eine der wichtigen Grundlagen zur Erarbeitung der Landratsvorlage zur definitiven Übernahme der Sekundarschulbauten durch den Kanton.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Finanziert aus Schul-
baufonds Rubrik 8030

6.02.12 HarmoS-Konkordat

Nach Abschluss der Meinungsbildung zum HarmoS-Konkordat stellt sich die Frage des Beitritts und der personellen, räumlichen, organisatorischen und finanziellen Konsequenzen. Die Vorlage für den Beitritt zum Konkordat wird mit den Folgeabschätzungen erarbeitet.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

Schweizerische Bildungsstandards

Das Projekt HarmoS unter der Federführung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) definiert in den Bildungsbereichen Unterrichtssprache, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen Lernziele am Ende des 2., 6. und 9. Schuljahres. Das Vorhaben soll die inhaltliche Schulkoordination voranbringen und zur Qualitätsentwicklung der Volksschule beitragen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.05 Mio. Fr.

Total:	Fr.	200 000.–	(Konto 2503)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	125 000.–	
Budget 2007:	Fr.	50 000.–	
Budget 2008:	Fr.	25 000.–	

6.02.13 Deutschschweizer Lehrplan

Die Deutschschweizer Kantone sind übereingekommen, in Abstimmung mit den HarmoS-Bildungsstandards einen deutschschweizerischen Lehrplan für die Volksschule zu entwickeln. Der Lehrplan soll bis zum Jahr 2010 fertig gestellt werden. Die zuständigen Behörden entscheiden danach je einzeln über die kantonale Inkraftsetzung des Deutschschweizer Lehrplans.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.03 Mio. Fr.

Total:	Fr.	130 000.–	(Konto 2503)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	10 000.–	
Budget 2007:	Fr.	30 000.–	
Budget 2008:	Fr.	30 000.–	
Budget 2009:	Fr.	30 000.–	
Budget 2010:	Fr.	30 000.–	

6.02.14 Basisstufe / Grundstufe

Der Kanton Basel-Landschaft führt keine eigenen Schulversuche zur Basis- und Grundstufe durch, wirkt jedoch in der Projektkommission und weiteren Gremien unter der Federführung der Regionalkonferenz der Ostschweizer Bildungsdirektionen (EDK-Ost) mit. Die BKSD geht davon aus, dass nach Abschluss der Schulversuche landesweit für die Einführung der Basis- und Grundstufe im Jahr 2010 politisch entschieden wird.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.025 Mio. Fr.

Total:	Fr.	75 000.–	(Konto 2503)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	50 000.–	
Budget 2007:	Fr.	25 000.–	
Budget 2008:	Fr.	noch offen	

6.02.15 Projekt Standardsprache am Kindergarten

In den Schuljahren 2005/2006 bis 2008/2009 werden drei verschiedene Modelle für den Unterricht in der Standardsprache im Kindergarten mit einem grossen Anteil an fremdsprachigen Kindern erprobt. Ziel ist es abzuklären, welche Gebrauchsweise der Standardsprache im Kindergarten den Schulerfolg der Kinder in den ersten beiden Primarschuljahren am nachhaltigsten zu unterstützen vermag.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.02 Mio. Fr.

Total:	Fr.	75 000.–	(Konto 2503)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	40 000.–	
Budget 2007:	Fr.	20 000.–	
Budget 2008:	Fr.	20 000.–	

6.02.16 Projekt «Lernumgebungen für sprachlich schwache bis hochbegabte Schülerinnen und Schüler»

Hierbei handelt es sich um das dritte Projekt in einer Reihe von Vorhaben mit vergleichbarer Zielsetzung. Nach den Lernumgebungen im mathematischen und im visuell-räumlichen Bereich soll für die Teilbereiche Lesen, Schreiben, Hören und Sprechen ein Lehr- und Lernarrangement entwickelt und erprobt werden, mit dessen Hilfe die jeweilige Heterogenität der Sprachkompetenzen im Klassenunterricht berücksichtigt werden kann. Neu ist auch die Kindergartenstufe am Vorhaben beteiligt.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.035 Mio. Fr.

Total:	Fr.	105 000.–	(Konto 2503)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	35 000.–	
Budget 2007:	Fr.	35 000.–	
Budget 2008:	Fr.	35 000.–	

6.02.18 Orientierungsarbeiten

Die Orientierungsarbeiten dienen der Leistungsbeurteilung und der Standortbestimmung des Schülers oder der Schülerin, der Überprüfung des Unterrichtes durch die Lehrerin oder den Lehrer und die Schulleitung. Die Auswertung der Orientierungsarbeiten auf allen Stufen der Sekundarschule und der 5. Primarklassen ermöglicht Rückschlüsse auf die Qualität des Unterrichtes und der Lehrpläne. Die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt wird weiter verfolgt.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.08 Mio. Fr.

6.02.20 Geschlechtergerechte Pädagogik

Die BKSD beteiligt sich am Projekt «Gleichstellungscontrolling». Zwei Weiterbildungsveranstaltungen für die Genderbeauftragten in den Schulen unterstützen den Umsetzungsprozess der geschlechtergerechten Pädagogik.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.02 Mio. Fr.

6.02.22 Fachstelle Musikschulen

Neue Konzepte für das spezialisierte Weiterbildungsangebot für Lehrpersonen der Musikschulen und zu den Unterrichtsbesuchen von unterrichtenden Musikschulleitungen sollen umgesetzt werden; in Zusammenarbeit mit der Schulleitungskonferenz soll der Interkommunal-Tarif angepasst werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.02.23 Aktuelle und zukünftige Nachfrage der familienergänzenden Betreuung für schulpflichtige Kinder

Die kantonale Verwaltung besitzt ein Instrument zur Berechnung der aktuellen und zukünftigen Nachfrage der familienergänzenden Betreuung für Kinder im Vorschulbereich. Vorgesehen ist, ein vergleichbares Werkzeug für die Abschätzung des Bedarfs an familienergänzender Betreuung für Kinder im Kindergarten und an der Primarschule zu entwickeln. Das Projekt soll in Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn durchgeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.07 Mio. Fr.

Total:	Fr.	70 000.–	(Konto 2503)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	70 000.–	
Budget 2008:	Fr.	0.–	

6.02.24 Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) an der Primarschule

Dem Landrat wird ein Verpflichtungskredit zur Förderung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) an der Primarschule als Unterrichtshilfe beantragt.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.05 Mio. Fr.

Total:	Fr.	noch offen	(Konto 2503)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2007:	Fr.	50 000.–	
Budget 2008:	Fr.	noch offen	

6.02.25 Aufsicht

Das bestehende Konzept zur Inspektion der Privatschulen im Kanton Basel-Landschaft wird angepasst.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.02.26 Instrumente zur Berufswahl- und Schullaufbahnfindung

Neu soll der Online-Zugang zur Software «Stellwerk», mit der Kompetenzprofile in Kernfächern erstellt werden können, eingeführt werden. Die Ergebnisse des Prozesses werden mittels einer Befragung der Schulabgängerinnen und -abgänger erhoben.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.09 Mio. Fr.

6.03 Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II

6.03.06 Orientierungsarbeiten 11. Schuljahr

2006 wurden erstmals Orientierungsarbeiten an der Maturitätsabteilung (4. Semester) durchgeführt mit dem Ziel, das auf dieser Stufe erworbene Wissen in vergleichbarer Weise zu überprüfen. Prüfungsfächer waren Mathematik und Englisch. Die Erfahrungen zeigten, dass die Orientierungsarbeiten gutes Steuerungswissen ergeben, dass aber die Erarbeitung der Aufgaben und der Lösungsschlüssel sehr aufwendig ist und von der Schulleitungskonferenz nicht mehr ohne Unterstützung von aussen geleistet werden kann.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.05 Mio. Fr.

6.03.07 FMS Pädagogik

Der erste Jahrgang der Fachmittelschule (FMS) wird den Fachmittelschul-Ausweis im Juni 2007 erwerben. Absolventinnen und Absolventen im Berufsfeld Pädagogik werden im Herbst 2007 noch nach den bisher für die DMS-3 geltenden Aufnahmebedingungen (Eignungsabklärung, Aufnahmeprüfung, Orientierungsprüfungen) in die Ausbildung zur Primarlehrperson aufgenommen. Im Herbstsemester 2007/2008 soll ein zentral geführter Vorbereitungskurs zum Erwerb der Fachmaturität Pädagogik angeboten werden, auch wenn die EDK die Anerkennungsreglemente noch nicht erlassen hat.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.1 Mio. Fr.

6.04 Sonderschulung

Die Einführung der NFA mit dem Rückzug der IV aus der Sonderschulung hat die EDK veranlasst, eine interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich auszuarbeiten. Dieses Konkordat soll 2007 von der EDK verabschiedet werden. Im Anschluss daran läuft das Ratifikationsverfahren in den Kantonen (Landratsvorlage voraussichtlich 2008). Die Inkraftsetzung des Konkordates ist ab 2011 geplant. Die Grundsätze dieser Vereinbarung, dass der sonderpädagogische Bereich Teil des öffentlichen Bildungsauftrages ist und integrative Lösungen separierenden Lösungen vorgezogen werden, finden Eingang in das Sonderschulkonzept des Kantons. Der Kanton Basel-Landschaft definiert im Sonderschulkonzept in Koordination mit dem Kanton Basel-Stadt die Umsetzungsschritte nach Inkrafttreten der NFA ab dem 1. Januar 2008.

6.04.01 Sonderschulkonzept

Fertigstellen des gemeinsamen Sonderschulkonzeptes BL/BS mit Planung der Umsetzungsschritte ab dem 1. Januar 2008. Die Bildungsgesetzgebung zur Sonderschulung wird überprüft, die Sonderschulverordnung wird angepasst.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.02 Mio. Fr.

6.06 Behindertenhilfe

Der Übergang nach Inkrafttreten der NFA wird mit den Arbeiten am Konzept Behindertenhilfe vorbereitet. Von den Tarifvereinbarungen soll zu Leistungsvereinbarungen mit allen Einrichtungen der Behindertenhilfe übergegangen werden. Die Bedarfsplanung 2004 – 2006 muss 2007 fortgeführt werden.

6.06.02 Konzept Behindertenhilfe

Entwurf des gemeinsamen Konzeptes Behindertenhilfe BL/BS zuhanden der Regierungen unter Berücksichtigung der Anschlussgesetzgebung des Bundes (Ergänzungsleistungsgesetz und Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung invalider Personen IFEG). Das Konzept soll auf den 1. Januar 2008, dem mutmasslichen Inkrafttreten der NFA, vorliegen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.02 Mio. Fr.

6.06.07 Einführung von Leistungsvereinbarungen

In Zusammenarbeit mit den privaten Trägerschaften (ca. 30) werden neue Leistungsvereinbarungen erarbeitet und abgeschlossen. Neu werden auch Verträge mit Anbietern geschützter Arbeitsplätze (Werkstätten) abgeschlossen. Die Verträge gelten ab dem 1. Januar 2008.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.03 Mio. Fr.

6.06.08 Anpassung des Gesetzes über die Sozialhilfe, die Jugendhilfe und die Behindertenhilfe

Die für die Übernahme der Aufgaben nach Inkrafttreten der NFA nötigen Gesetzesanpassungen gemäss IFEG und Bundesverfassung erfolgen mit der Landratsvorlage zum Gesetz über die Umsetzung der NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.09 Berufsbildung / Berufsberatung (Berufsfachschulen)

Seit dem 1. Januar 2004 ist das neue Berufsbildungsgesetz in Kraft. Aus diesem Grund müssen alle Ausbildungsreglemente aller Berufe überarbeitet werden. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt. Bei der Umsetzung müssen die Lehrbetriebe sorgfältig informiert und begleitet werden, damit die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nicht sinkt.

6.09.05 Umsetzen des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBG)

Die Umsetzung der Bildungsverordnungen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden, den Berufsfachschulen und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB). Bei der Umsetzung des neuen BBG ist insbesondere darauf zu achten, dass auch weniger qualifizierten Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden. Im Weiteren ist die Nachholbildung zu fördern. Die neuen Bildungsverordnungen sehen mehr Unterricht an den Berufsfachschulen vor, was zu Mehrkosten führt.

Bei der Umsetzung müssen die Lehrbetriebe und die Berufs- und Branchenverbände miteinbezogen werden, damit durch die Vielzahl der Reformprozesse keine Lehrstellen verloren gehen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.3 Mio. Fr.

6.09.06 Neupositionierung der DMS 2

Die zweijährige Diplommittelschule (DMS 2) muss neu positioniert werden, weil sich die gesamtschweizerische Bildungssystematik verändert hat. In der neuen Systematik sind keine zweijährigen Vollschulausbildungen auf der Sekundarstufe II mehr vorgesehen. Das jetzige Angebot der DMS 2 könnte allenfalls per 2008 durch ein einjähriges Brückenangebot ersetzt werden. Ein Projektteam klärt Bedürfnisse ab und entwickelt einen Vorschlag.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.05 Mio. Fr.

6.09.07 Brückenangebote / Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Rund 500 Jugendliche besuchen jährlich die Brückenangebote. Effizienz und Organisation der Brückenangebote sollen evaluiert und daraus entsprechende Schlüsse gezogen werden. Im Weiteren soll auch die Erfassung und die Begleitung der Jugendlichen, die beim Übergang von der Volksschule in die berufliche Grundbildung Probleme haben, durch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Volksschulen, dem AfBB, dem KIGA und der IV-Stelle verbessert werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.1 Mio. Fr.

6.10 Tertiäre Bildung (Fachhochschulen, Universität)

Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraums Nordwestschweiz. Damit soll die Wissensbildung besser vernetzt werden und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz und den Forschungsinstituten der Region gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung im Bereich Life Sciences soll den Know-how-Transfer zu den hier ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.

6.10.04 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Die Fusion der bisherigen Fachhochschulen zur Fachhochschule Nordwestschweiz wird umgesetzt (Umsetzung der im Leistungsauftrag FHNW formulierten politischen Ziele und Entwicklungsschwerpunkte).

Finanzielle Auswirkungen
2007: 44.9 Mio. Fr.

6.10.05 Universität Basel

Die im bikantonalen Leistungsauftrag 2007 – 2009 formulierten Ziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 127.5 Mio. Fr.

Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB		
Total:	Fr. 393 700 000.–	(Konto 2539.361.30)
Budget 2007:	Fr. 127 500 000.–	
Budget 2008:	Fr. 131 600 000.–	
Budget 2009:	Fr. 134 600 000.–	

6.10.06 Institut für Systembiologie

Das Institut für Systembiologie (partnerschaftliches Geschäft) wird aufgebaut, erste Forschungsgruppen werden gebildet, der definitive Standort wird bestimmt.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 5.0 Mio. Fr.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB 2003/275		
Total:	Fr.	10 000 000.– (Konto 2539.360.00)
Per Ende 2006 verbraucht:	Fr.	5 000 000.–
Budget 2007:	Fr.	5 000 000.–

6.10.07 FHNW: Planung Neubau Fachbereiche Pädagogik, Soziale Arbeit und Life Sciences in Muttenz

Projekt der BUD (vgl. Nummer 4.04.02).

6.10.08 FHNW: Angliederung Institut für Spezielle Psychologie und Pädagogik (ISP) an die FHNW

Das ISP wird an der FHNW mit einem bikantonalen Leistungsauftrag BL/BS geführt. Die Ausbildungen in schulischer Heilpädagogik und Logopädie sowie Psychomotoriktherapie werden dem Fachbereich Pädagogik der FHNW zugeordnet. Die Integration in den vierkantonalen Leistungsauftrag FHNW wird vorbereitet.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.72 Mio. Fr.

6.10.12 FHNW: Durchführung des Studiengangs Sekundarlehrperson Niveau A (SEA)

Der kantonale Studiengang Sekundarlehrperson Niveau A 2006 – 2008 wird mit einem Leistungsauftrag des Kantons Basel-Landschaft an der Hochschule für Pädagogik der FHNW durchgeführt.
Budgetpostulat 2005/251-22

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.23 Mio. Fr.

6.10.13 Universität Basel: Anerkennung von Basel-Landschaft als Universitätskanton

Das Verfahren zur Anerkennung von Basel-Landschaft als Universitätskanton wird in die Wege geleitet und durchgeführt.

6.10.14 Universität Basel: Erweiterung der Trägerschaft

Die Verhandlungen für die Erweiterung der Trägerschaft der Universität Basel gemäss § 1 Absatz 6 des neuen Universitätsvertrags müssen vorbereitet werden.

6.11 Quartäre Bildung / Erwachsenenbildung

Allgemein soll die Weiterbildung durch die Unterstützung der regionalen Entwicklung, in der sich Akteure aus den Bereichen Politik, Bildung, Wirtschaft und Soziales vernetzen und intensiven Austausch und Transfer von Know how pflegen, sowie die gemeinsame Herangehensweise an gesellschaftspolitische Herausforderungen gefördert werden. Der quartäre Bildungsbereich wirkt integrierend zwischen diesen Bereichen.

Für die «Weiterbildung im Schulbereich» wird ein neues, dynamisches Konzept umgesetzt, welches auf die steigenden Anforderungen der teilautonom geleiteten Schulen eingeht. Mittels intensivierter Bedarfsanalyse und der Kooperation mit anderen Weiterbildungsanbietern wird Kunden orientiert und zeitnah auf Schulen und Lehrpersonen eingegangen. Schulleitungen und Schulräte werden damit gezielt bei der Weiterbildungsplanung für ihre Schulen und ihre Lehrpersonen unterstützt.

6.11.02 Umsetzung der im Konzept «Weiterbildung» vorgeschlagenen Massnahmen

Das Konzept «Weiterbildung» soll in eine breite Vernehmlassung gegeben werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.1 Mio. Fr.

Budget 2007:	Fr.	100 000.–
--------------	-----	-----------

6.11.04 Weiterbildung Lehrpersonen FHNW

Vorgesehen ist, dass der Kanton Basel-Landschaft von ihm bestimmte Leistungen für die Weiterbildung von Lehrpersonen mit den Teilschulen der FHNW vereinbart.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.1 Mio. Fr.

6.11.05 «Stark durch Erziehung»

Förderung und Unterstützung von Erziehungsarbeit und Erziehenden durch entsprechende Förderstrategien und die direktionsübergreifende Organisation und Koordination der schweizweiten Kampagne «Stark durch Erziehung».

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

Teil Kultur

6.12 Römerstadt Augusta Raurica

Das Römische Theater wird nach Abschluss der Sanierungsarbeiten wieder für die Bevölkerung und die Touristen zugänglich sein. Die Bespielung dieser Freilichtbühne ersten Ranges setzt kulturpolitische Akzente.

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung und der Gemeinde Augst soll die Raumplanung erarbeitet werden. Sie ermöglicht die Entwicklung der Gemeinde Augst und der Römerstadt Augusta Raurica.

6.12.02 Erarbeitung Kantonalen Nutzungsplan

Umsetzung des Archäologiestgesetzes, Schaffung einer archäologischen Schutzzone. Definition des Areals des Freilichtmuseums (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumplanung und der Gemeinde Augst).

6.12.04 Erneuerung der Ausstellung im Römermuseum

Erneuerung der Dauerausstellung. Integration des Kaiseraugster Silberschatzes in die Ausstellung.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.12.06 Vermittlung des Römischen Theaters Augst

Realisierung der für die Publikumserschliessung notwendigen Infrastrukturen. Informationstafeln, Audioguides und Begleitdokumentationen im Hinblick auf die Eröffnung 2007.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.12.10 Archäologische Rettungsgrabung

Durchführung einer archäologischen Rettungsgrabung im Zusammenhang mit der Siedlungsentwicklung der Gemeinde Augst.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.12.11 Präsentation der römischen Stadtvilla von «Insula 27»

Erarbeitung eines Schutz- und Erschliessungskonzeptes für die Publikumsöffnung gemäss RRB Nr. 912 vom 31. Mai 2005.
RRB mit Entwurf einer LRV im Sommer 2007.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.13 Archäologie / Kantonsmuseum

Im Vordergrund stehen die Erhaltung und die Pflege ausgewählter kultur- und naturhistorischer Denkmäler und Sammlungsobjekte. Diese werden durch vielfältige Aktivitäten noch stärker als bisher für eine breite Öffentlichkeit nutzbar gemacht.

6.13.04 Sanierung kantonseigener Ruinen

Mit der Sanierung der Ruine Homburg soll im Rahmen eines umfassenden Ruinensanierungskonzeptes begonnen werden. Zeitpunkt und Umfang hängen ab von einem Grundsatzentscheid über dieses Ruinensanierungskonzept. Landratsvorlage folgt. Nicht im Investitionsbudget, aber RRB zu LRV vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 1.5 Mio. Fr.

6.13.07 Datenbank IMDAS

Das integrierte Datenbankprojekt IMDAS wird in allen Abteilungen der Hauptabteilung eingeführt. Es wird die Abläufe entscheidend optimieren und die Effizienz in allen Bereichen steigern.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Budget Direktions-
informatik

6.13.08 Sammlungen des Kantonsmuseums

Für eine längerfristige fachgerechte Unterbringung der Sammlungen wird in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt ein Konzept erarbeitet. Damit soll eine weitere Gefährdung des Sammlungsgutes verhindert werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: Budget Hochbauamt

6.13.09 Auswertungen Grabungen

Die Auswertung ausgewählter Grabungen (vor allem Füllinsdorf – Altenberg, Reinach – Mausacker und Langenbruck – Dürstel) wird in Zusammenarbeit mit verschiedenen Universitäten vorangetrieben.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.13.10 Museumsgebäude

Behindertengerechter Umbau einschliesslich Modernisierung der Haustechnik (Licht, Strom, Lüftung).

Finanzielle Auswirkungen
2007: Budget Hochbauamt

6.13.11 Ausstellungen

Eröffnung der neuen permanenten Ausstellungen zum Thema Sammlungen, Sammlungen im Museum, Sammlungen der Zukunft. Eröffnung der neuen Sonderausstellung zum Thema «Evolution und Kreationismus».

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.14 Kantonsbibliothek

Das Buch- und Medienangebot der Kantonsbibliothek soll der gestiegenen Nachfrage und den Bedürfnissen der Benutzerinnen und Benutzer angepasst werden.

6.14.01 Buch- und Medienangebot

Ausbau des bestehenden Buch- und Medienangebotes aufgrund der gestiegenen Nachfrage.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.08 Mio. Fr.

6.14.02 Einführung des Bibliothekspasses Nordwestschweiz

In der ganzen Nordwestschweiz wird ein neuer Pass eingeführt, der für alle Bibliotheken Geltung hat.

6.14.04 Leitbild der Baselbieter Bibliotheken

Umsetzung des neuen Leitbildes «Akzente» mit den Schwerpunkten Leseförderung/Illettrismus und Angebote für Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Aktivitäten zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit zusammen mit anderen Institutionen resp. Organisationen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: keine Mehrkosten

6.15 Kulturförderung

Angesichts der kulturpolitischen Praxis der letzten Jahre und des Ausbaus der kantonalen kulturellen Institutionen (Kantonsbibliothek, Römerstadt Augusta Raurica) macht es Sinn, dass der Kanton Basel-Landschaft seine Aktivitäten und Einrichtungen im kulturellen Bereich einer gesetzlichen Grundlage unterstellt. Dieses Gesetz soll nicht nur die eigenen Aktivitäten, sondern auch das Zusammenspiel zwischen den Gemeinden und dem Kanton regeln sowie die partnerschaftlichen Aktivitäten mit dem Kanton Basel-Stadt abdecken. Die Gesetzesgrundlage soll alle Bereiche der Kulturpflege, -förderung und -vermittlung regeln.

6.15.04 Eröffnung und Bespielung des Römischen Theaters

Nach zehnjähriger Renovation soll das Römische Theater in der Römerstadt Augusta Raurica auf der Basis eines Bespielungskonzeptes (Probephase 2007 – 2010) bespielt werden. Das Theater soll mit drei Schwerpunkten wieder eröffnet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das Programm ist in das Bespielungskonzept integriert. Vorgesehen zur Finanzierung über den Lotteriefonds.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.4 Mio. Fr.

6.15.05 Kultur / Partnerschaftsverhandlungen

Die Arbeit an der Vorlage für eine gemeinsame Finanzierung des Theaters Basel als zentralörtliche Kulturleistung in Basel-Stadt ab 2010 wird im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen (Teilprojekt 4 Kultur) abgewickelt.

6.15.06 Kulturgesetz

Vorgesehen ist die Ausarbeitung eines Entwurfs zu einem Basellandschaftlichen Kulturgesetz, welches die Bereiche Kulturpflege, -förderung und -vermittlung, die Kooperation der Gemeinden und des Kantons sowie die partnerschaftlichen Aktivitäten mit dem Kanton Basel-Stadt beinhaltet. Die Formulierung eines Basellandschaftlichen Kulturgesetzes geht über die von der GPK mit Motion 2003/90 monierte Gesetzesrevision hinaus. Die Vorlage für die Vernehmlassung ist für den Sommer 2007 vorgesehen. Die Landratsvorlage ist für den Herbst/Winter 2007/2008 vorgesehen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.05 Mio. Fr.

6.15.07 Perspektiven zeitgenössischer Kunst- und Kulturförderung 2007 – 2010

Wie für die Jahre 2002 – 2005 soll ein nach prioritären Kriterien verfasstes Konzept die inhaltlichen, infrastrukturellen und programmlichen Aktivitäten im Bereich der zeitgenössischen Kunst- und Kulturförderung umfassen. Darin sind auch die Strukturen und die finanziellen Auswirkungen enthalten.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.03 Mio. Fr.

Teil Sport

6.16 Sport

EURO 2008 Basel: Im Juni 2008 wird die Region Basel schweizerischer Hauptaustragungsort des drittgrössten Sportanlasses der Welt sein. Für die Region Basel bietet diese Sportveranstaltung eine einzigartige Plattform für Standortförderung und Imagewerbung. Unter dem Motto «Basel. Mehr als 90 Minuten» sollen im In- und Ausland die vielfältigen Stärken der Region Basel ins Bewusstsein gerückt werden.

Bewegung und Sport: Das Konzept definiert die Bewegungs- und Sportpolitik im Kanton Basel-Landschaft und beinhaltet sechs Hauptziele.

Infrastruktur: Das KASAK 2 ist ein Planungs- und Koordinationsinstrument der kantonalen Sportanlagenpolitik. Mit dem zur Verfügung stehenden Verpflichtungskredit können die Erstellung oder die Sanierung von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonomer Bedeutung mit Kantonsbeiträgen unterstützt werden.

6.16.01 Konzept für Bewegung und Sport

Das Konzept für Bewegung und Sport mit gezielten Massnahmen für bisher Bewegungsinaktive, übergewichtige Kinder und Jugendliche sowie diversen Aktivitäten im Schulsport und Pilotversuchen von lokalen Bewegungs- und Sportnetzen wird weiter schrittweise umgesetzt. Im Jahr 2007 soll nebst anderen Projekten die Bewegungsförderung im Alltag angegangen werden.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.28 Mio. Fr.

Landratsvorlage 2005/020; 2005/020a/Verpflichtungskredit LRB Nr. 1356
vom 22. September 2005

Total:	Fr.	1 120 000.–	für die Jahre 2005 – 2008 (Konto 2590.317.90)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2006:	Fr.	280 000.–	
Budget 2007:	Fr.	280 000.–	

6.16.03 Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 2)

Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunalen oder kantonalen Bedeutung vor. Hauptpriorität hat die Erstellung von diversen Kunstrasenspielfeldern, damit die Fussballklubs möglichst viele fussballinteressierte Kinder und Jugendliche, welche bis jetzt auf einer Warteliste registriert waren, aufnehmen können.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 2.4 Mio.Fr.
(Investitionsbeitrag)

Landratsvorlage 2005/173, Verpflichtungskredit LRB Nr. 1442 vom 3.November 2005			
Total:	Fr.	12 000 000.–	für die Jahre 2005 – 2009 (Konto 2590.362.10)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	0.–	
Budget 2006:	Fr.	2 400 000.–	
Budget 2007:	Fr.	2 400 000.–	

6.16.07 EURO 2008 Basel

Eine bikantonale Projektorganisation sorgt für die Vorbereitung und die Organisation der Bereiche Sicherheit, Verkehr, ÖV/Umwelt und Standortmarketing. Im Jahr 2007 werden in allen Fachbereichen die Grundlagen für eine erfolgreiche Austragung der Spiele und der Rahmenveranstaltungen im Rahmen der EURO 2008 in Basel und für eine nachhaltige Wirkung der Standortförderung der Region Basel gelegt werden. Die Region Basel wird auf ihre Gastgeberrolle für die EURO 2008 vorbereitet.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 1.0 Mio. Fr.
(ausserhalb Saldo BKSD)

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB (folgt im Herbst 2006)			
Total:	Fr.	1 000 000.–	(Konto 2590.361.30)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	51 800.–	
Budget 2006:	Fr.	358 000.–	
Budget 2007:	Fr.	1 000 000.–	



**«Die politische Führungsaufgabe
von Parlament und Regierung wirksam
unterstützen ! »**

7. Landeskanzlei

Walter Mundschin, Landschreiber



Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt,

braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und die politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

7.01 Parlamentsdienste

Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.

7.01.03 Friktionsloser Übergang in die Legislaturperiode 2007 – 2011

Unterstützung des Landrates, der Ratskonferenz, des Büros und der Kommissionen beim Abschluss der Legislaturperiode 2003 – 2007. Termingerechte Planung der Konstituierung des neu gewählten Landrates und seiner Organe für die Legislaturperiode 2007 – 2011. Einführung der neu gewählten Landratsmitglieder ins neue Amt.

7.02 E-Government / Publikationen

Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Die Chancen und die Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und die Realisierung von neuen Kunden orientierten Anwendungen optimiert werden.

7.02.01 Weiterführung des Guichet virtuel ch.ch

Mit dem noch in diesem Jahr vorgesehenen Abschluss der öffentlichrechtlichen Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen für den Betrieb des Schweizer Portals ch.ch für die Jahre 2007 – 2010 soll das ehemalige Projekt Guichet virtuel als nationale Einstiegsseite der Schweiz weitergeführt werden. Es soll Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Behörden einen ersten einfachen, Themen orientierten Zugriff auf das Online-Angebot der Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden verschaffen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.025 Mio. Fr.
(Konto 2005.318.81)

7.03 Archivierung

Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung soll die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sichergestellt werden.

7.03.02 Abschluss des Projektes Um- und Ausbau des Staatsarchivs

Fertigstellung und Eröffnung des Erweiterungsbaus des Staatsarchivs. Am Schweizerischen Archivtag (16. November 2007) wird im Kanton Basel-Landschaft diesmal das neue Archivgebäude die Hauptattraktion sein.

Landratsvorlage/Verpflichtungskredit LRB vom 10. Juni 2004		
Total:	Fr.	14 730 000.– (Konto 2320.503.30-226)
Per Ende 2005 verbraucht:	Fr.	3 995 000.–
Budget 2006:	Fr.	6 300 000.–
Budget 2007:	Fr.	5 400 000.–

7.03.03 Ablösung des Archivinformationssystems DACHS

Ein neues Archivinformationssystem löst das System DACHS aus dem Jahr 2000 ab. Es ist internetfähig und erlaubt den Benutzern, sich interaktiv von zuhause über die Bestände im Staatsarchiv kundig zu machen, es unterstützt die archivischen Arbeitsabläufe und unterstützt elektronische Transaktionen zwischen dem Staatsarchiv und den Dienststellen. Damit ist eine wesentliche Grundlage geschaffen für die elektronische Archivierung, welche in den kommenden Jahren Realität wird.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.250 Mio. Fr. (Konti 2
006.311.80 / 2006.318.81 / 2
006.318.83)

7.04 Regionale Zusammenarbeit

Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskanzlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.

7.04.02 Umsetzung der neuen Vereinbarung über den Betrieb der Interkantonalen Koordinationsstelle Regio Basiliensis

Die neue Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn, Jura und dem Verein Regio Basiliensis über den Betrieb der Interkantonalen Koordinationsstelle Regio Basiliensis tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. Die neue Vereinbarung schliesst den Bereich Sekretariat Oberrheinkonferenz und weitere kleinere Institutionen mit ein. In Zusammenarbeit mit den Vertretern der Nordwestschweizer Kantone sind die veränderten Verfahrensabläufe nun umzusetzen.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.496 Mio. Fr.
(Konto 2005.361.30)

7.04.03 Vorbereitung der Beteiligung an der Europäischen territorialen Kooperation 2007 – 2013

Die laufende Interreg-Programmperiode läuft Ende 2006 aus. In der Förderperiode 2007 – 2013 wird das bisherige Interreg-Programm zu einem eigenständigen Ziel innerhalb der Kohäsions- und Strukturpolitik der EU aufgewertet («Europäische territoriale Zusammenarbeit – EtZ»). Die EtZ soll zur Erreichung der Ziele der Lissabon- und Göteborg-Strategien beitragen: Die Investitionen sollen auf Wissen, auf Forschungs- und Innovationskapazitäten, auf eine bessere allgemeine und berufliche Bildung sowie auf eine nachhaltige Entwicklung abzielen. Der Kanton Basel-Landschaft hat sich in Zusammenarbeit mit seinen regionalen Partnern seit 1991 an den Interreg-Programmen beteiligt. Es geht nun darum, im grenzübergreifenden Bereich eine Vorlage für die angemessene Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft an der EtZ vorzubereiten.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.120 Mio. Fr.
(Konto 2005.367.00)

7.05 Volkswahlen und -abstimmungen

Die Landeskanzlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und der Durchführung von Volkswahlen und -abstimmungen.

7.05.02 Vorbereitung und Durchführung der Gesamterneuerungswahlen 2007

Mit einer seriösen Vorbereitung soll sichergestellt werden, dass die Wahlen des Landrates und des Regierungsrates vom 11. Februar 2007 sowie die Wahl der sieben basellandschaftlichen Mitglieder des Nationalrates und die Wahl des basellandschaftlichen Mitglieds des Ständerates am 21. Oktober 2007 korrekt und effizient abgewickelt werden können.

Finanzielle Auswirkungen
2007: 0.140 Mio. Fr.
(Konto 2005.310.90)

8. Finanzentwicklung

Einleitung

Wie in den meisten anderen Kantonen ist auch im Kanton Basel-Landschaft der Abschluss der Staatsrechnung für das Jahr 2005 durch die einmalige Ausschüttung der Erlöse aus dem Verkauf der Goldreserven durch die Schweizerische Nationalbank entscheidend verbessert worden. Aus einem sehr guten Abschluss ist durch die Goldmillionen und durch andere Sonderfaktoren ein ausserordentlich erfreulicher Rechnungsabschluss geworden.

Die ausserordentlichen Erträge aus dem Verkauf der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank im Betrag von 372.6 Mio. Franken sind vollumfänglich für den Abbau der Schulden des Kantons Basel-Landschaft verwendet worden. Dabei sind Schulden nicht nur im engen Sinn als Fremdkapital (wie Anleihen) zu begreifen; Schulden sind auch etwa die Deckungslücke der Pensionskasse. Viele andere Kantone sind in dieser Frage ebenso vorgegangen. Die Goldmillionen konnten im übrigen nicht budgetiert werden, weil bei der Zusammenstellung des Budgets 2005 im Sommer und Herbst 2004 sich die Ausschüttung der Goldreserven zwar bereits abzeichnete, der genaue Zeitpunkt der Auszahlungen an die Kantone und vor allem die genaue Höhe der Beträge aber noch nicht abschätzbar waren.

Das gute Betriebsergebnis der Staatsrechnung 2005 und die ausserordentlichen Erträge dürfen Regierung und Parlament keineswegs dazu verleiten, die Ausgabendisziplin aufzuweichen. Das Betriebsergebnis ist erfreulich gut, wenn wir uns erinnern, woher wir kommen! Das Betriebsergebnis ist aber bloss gut, wenn wir bedenken, dass der Finanzhaushalt gemäss § 129 Abs. 1 der Kantonsverfassung auf die Dauer ausgeglichen sein soll, in welcher Bandbreite wir

uns in einem mittelfristigen Zyklus also bewegen müssten. Wir haben immer noch strukturelle Probleme und es wirken gewichtige externe Faktoren, welche wir kaum beeinflussen können (wie Bundesrecht und die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)). Eine Lockerung der Ausgabenpolitik widerspräche somit den Grundsätzen einer nachhaltigen Finanzpolitik.

Die von der Regierung geplante und demnächst im Landrat zur Diskussion stehende Defizitbremse soll dazu beitragen, die markante Verbesserung der Ausgangslage zu konsolidieren und damit die nachhaltige Finanzpolitik der Regierung wirksam zu unterstützen. Ein Blick auf das Budget 2007 und den Finanzplan 2007–2010 zeigt, dass die Defizitbremse trotz Goldmillionen nichts von ihrer Aktualität eingebüsst hat.

Finanzplan 2007–2010

Der vorliegende Finanzplan 2007–2010 basiert auf dem Stand des Budgets 2007 und auf der Annahme einer leicht abgeschwächten, aber weiterhin positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Region. Dem Finanzplan, der rollend der jährlichen Entwicklung angepasst wird, ist ein ab 2007 leicht tieferes reales Wachstum pro Jahr zugrunde gelegt. Bei der Teuerung wird mittelfristig mit einem minimalen Anstieg auf 1.1 % jährlich gerechnet.

Wirtschaftliche Eckdaten des Finanzplans	2007	2008	2009	2010
BIP CH real (%)	1.8	1.8	1.8	1.8
Teuerung CH (%)	1.0	1.1	1.1	1.1
Zinsen Kapitalmarkt CH (%)	2.8	3.8	4.1	4.1

Der Finanzplan gibt einen Überblick über die unbeeinflusste Entwicklung von Aufwand und Ertrag der Laufenden Rechnung sowie des geplanten Investitionsniveaus der kommenden vier Jahre. Das Budget 2007 ist das erste Jahr der Finanzplanperiode.

Im Finanzplan ist die finanzielle Entwicklung des Kantons auf dem Stand des heutigen Wissens möglichst realitätsnah abgebildet. Sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite ist der Finanzplan jedoch mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden. Dies gilt umso mehr, je weiter der Prognosezeitpunkt vom Zeitpunkt der Finanzplanerarbeitung entfernt liegt.

Im Finanzplan 2007–2010 wird von einem konstanten Volumen der Nettoinvestitionen von 115 Mio. Franken ausgegangen.

Der Finanzplan wird von folgenden wichtigen Prognosen und Entwicklungen determiniert:

- Ohne Berücksichtigung der Ertragsausfälle durch die geplante Unternehmenssteuerreform wird bei den Steuern ein kumuliertes Ertragswachstum von 110 Mio. Franken bis ins Jahr 2010 erwartet. Der Finanzplan geht von einer Umsetzung der Unternehmenssteuerreform mit einem Steuerausfall von 53 Mio. Franken im Jahre 2008 aus. Dem Finanzplan liegen demnach folgende Mehrerträge bei den Steuern zugrunde: 2008: -19 Mio. Franken / 2009: 19 Mio. Franken / 2010: 58 Mio. Franken.
- Im Personalaufwand ist der Teuerungsausgleich auf der Basis der prognostizierten Teuerung (die Entlastung aus dem teilweisen Verzicht auf den vollen Teuerungsausgleich im Umfang von 0.5 % entfällt ab 2008) sowie der jährliche Erfahrungsstufenanstieg eingerechnet. Teuerungsausgleich und Erfahrungsstufenanstieg führen in den Finanzplanjahren zu folgenden Mehraufwendungen gegenüber dem Basisjahr 2007: 2008: 25 Mio. Franken / 2009: 52 Mio. Franken / 2010: 79 Mio. Franken.
- Beim Anteil an der direkten Bundessteuer wird ein kumulierter Anstieg bis ins Jahr 2010 von 22 Mio. Franken prognostiziert.
- Im Sozialbereich (Beiträge an AHV / IV; Ergänzungsleistungen zu AHV / IV (netto), Prämienverbilligung (netto)) erwarten die zuständigen eidgenössischen und kantonalen Stellen steigende Mehraufwendungen von 22 Mio. Franken bis ins Jahr 2010.
- Der Finanzplan geht von einer Ablehnung der KOSA-Initiative und einem weiterhin ungeschmälernten Kantonsanteil am Gewinn der Schweizerischen Nationalbank aus.

- Der Finanzplan geht davon aus, dass die zweite Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung 2008 in Kraft treten wird. Dies führt zu einer nachhaltigen Mehrbelastung in den Finanzplanjahren von rund 10 Mio. Franken.
- Die Mehraufwendungen aufgrund der geplanten Mitträgerschaft an der Universität Basel schlagen sich im Finanzplan wie folgt nieder: 2008: 3.9 Mio. Franken / 2009: 7.5 Mio. Franken. Mit dem Auslaufen der Anschubfinanzierung für das ETH-Institut für Systembiologie ab 2008 ist eine Entlastung von 5 Mio. Franken im Finanzplan eingerechnet.
- Im Finanzplan berücksichtigt sind ferner die finanziellen Auswirkungen von geplanten Vorhaben der Direktionen wie etwa (Liste nicht abschliessend):
 - Folgeplanung II der Kantonalen Psychiatrischen Dienste
 - Umsetzung Internet an der Sekundarschule I und den Primarschulen
 - Informatik-Projekte ERP und KANADA
 - Euro 08
 - Investitionsbeiträge an die BLT-Linien 11 und 14.

Die im Finanzplan berücksichtigten Vorhaben sind nicht priorisiert. Die Priorisierung und die Posteriorisierung wird jeweils im Rahmen des Budgetierungsprozesses für das jeweilige Budgetjahr vorgenommen. Mit den Vorhaben fliessen aber nicht nur die Aufwendungen von neuen Projekten in den Finanzplan ein, auch die finanzielle Entlastung des Kantonsshaushaltes durch auslaufende oder beendete Vorhaben wird berücksichtigt. Solche Vorhaben, die in der Finanzplanperiode auslaufen und die Aufwandseite entlasten, sind etwa (Liste nicht abschliessend):

- Investitionsbeiträge an die Depoterweiterung Hüslimatt
- Investitionsbeiträge an die Regio-S-Bahn
- Abnehmende Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime
- Neuuniformierung der Polizei.

Finanzplan 2007 – 2010						
in Mio. Fr.	R 2005	E 2006	B 2007	F 2008	F 2009	F 2010
Aufwand						
Personalaufwand	893	922	940	966	992	1 022
Sachaufwand	274	284	293	308	312	315
Passivzinsen	37	36	36	37	36	34
Abschreibungen	395	141	131	201	127	129
Beiträge ohne Zweckbindung	85	99	87	88	86	89
Entschädigung an öffentliche Gemeinwesen	111	99	98	111	115	119
Eigene laufende Beiträge	785	853	923	908	926	941
Durchlaufende Beiträge	84	82	81	82	84	85
Einlagen in Spezialfinanzierung	392	5	22	23	23	24
Interne Verrechnungen	25	26	14	14	14	14
Total Aufwand	3 081	2 547	2 625	2 738	2 716	2 770
Ertrag						
Total Steuern	1 537	1 359	1 404	1 385	1 423	1 461
Regalien und Konzessionen	430	55	53	53	53	53
Vermögenserträge	68	82	86	87	89	90
Entgelte	453	437	449	457	465	474
Beiträge ohne Zweckbindung	110	131	134	140	152	156
Rückerstattungen	60	65	68	69	70	71
Laufende Beiträge	265	292	301	312	321	328
Durchlaufende Beiträge	83	82	81	82	84	85
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	82	1	31	69	1	1
Interne Verrechnungen	25	26	14	14	14	14
Total Ertrag	3 113	2 530	2 620	2 668	2 671	2 733
Zwischensaldo Saldo Laufende Rechnung	32	-17	-6	-70	-45	-37
Restanzen GAP				0	0	3
Belastung durch NEA (Globalbilanz)				-15	-15	-15
Saldo Laufende Rechnung	32	-17	-6	-85	-60	-49
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	358	112	102	172	98	100
Selbstfinanzierung	390	95	96	87	38	51
Netto Investitionen	158	112	116	115	115	115
Finanzierungssaldo	232	-17	-20	-28	-77	-64

- Mit dem Budget 2007 wurde die letzte Tranche der GAP-Massnahmen umgesetzt und das Projekt bis auf zwei Restanzen (Fall orientierte Abgeltung in den Spitälern, Überprüfung Neustrukturierung Sekundarschulkreise) abgeschlossen. Bei der Überprüfung der Sekundarschulkreise wird angenommen, dass die Entlastungen erst nach der Finanzplanperiode zu greifen beginnen. Die geplante Entlastung aus der Fall orientierten Abgeltung in den Spitälern wird ab dem Jahr 2010 berücksichtigt.
- Ab 2008 führt die NFA zu einer dauerhaften Verschlechterung des Saldos der Laufenden Rechnung. Die NFA wird im Finanzplan pauschal in einer Position berücksichtigt. Gemäss aktualisierter Globalbilanz¹ wird die Belastung des Kantonshaushaltes durch die NFA mit 15 Mio. Franken ausgewiesen. Diese Saldoverschlechterung wird über die Finanzplanperiode als konstant angenommen. Da die aktualisierte Globalbilanz auf den Daten des Jahres 2004 erstellt wurde, besteht hinsichtlich der Vorhersage der Belastung durch die NFA im Jahre 2008 eine entsprechende Unsicherheit.
- Die mit der NFA vorgesehene entschädigungslose Übergabe der Nationalstrassen an den Bund wird 2008 ausserordentliche Abschreibungen von rund 68 Mio. Franken verursachen. Die Finanzierung erfolgt durch die Auflösung von Rückstellungen, die zu diesem Zweck mit der Rechnung 2005 gebildet wurden. Somit kann die Übergabe der Nationalstrassen an den Bund im Jahr 2008 saldoneutral abgewickelt werden.

Der Finanzplan prognostiziert für 2008 ein Defizit von 85 Mio. Franken. Dabei schlagen die drei berücksichtigten Reformvorhaben (NFA, 2. KVG-Revision und Unternehmenssteuerreform) mit einer Saldoverschlechterung von 78 Mio. Franken zu Buche. Der resultierende Handlungsbedarf ist beträchtlich und es wird mit grossen Anstrengungen verbunden sein, die Konsolidierung des Kantonshaushaltes fortsetzen zu können. Es dürfte jedoch kaum möglich sein, diese zusätzliche Belastung kurzfristig innerhalb eines Jahres vollständig in der Laufenden Rechnung aufzufangen und mit dem Voranschlag 2008 die Serie der nahezu ausgeglichenen Budgets fortzusetzen. Für das Budgetjahr 2008 ist daher damit zu rechnen, dass ein grösseres Defizit in Kauf

genommen werden muss. Im Jahre 2009 ist nach derzeitigem Kenntnisstand eine leichte Verbesserung der finanziellen Perspektiven zu erwarten. Die Defizite bewegen sich jedoch immer noch im Bereich von 50 – 60 Mio. Franken. Die Einführung einer kantonalen Defizitbremse wird die Zielsetzung, den Finanzhaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, nachhaltig unterstützen.

Die Erwartung für die Rechnung 2006 zeigt nach gegenwärtigem Kenntnisstand einen Saldo der Laufenden Rechnung von rund -17 Mio. Franken. Der erwartete Saldo liegt somit um 16 Mio. Franken unter dem budgetierten Saldo von -1.3 Mio. Franken.

Investitionsplan 2007 – 2010

Investitionsniveau

Bei den Investitionsausgaben (= Bruttoinvestitionen) ist erneut eine markante Erhöhung (+ 33.6 Mio. Franken) auf 246.1 Mio. Franken budgetiert. Demgegenüber steht aber auch ein Anstieg der Investitionseinnahmen in nahezu gleichem Umfang (+ 29.7 Mio. Franken) auf 130 Mio. Franken. Folglich bewegen sich die Nettoinvestitionen² im Budget 2007 mit einem Zuwachs von rund 4 Mio. Franken auf 116.1 Mio. Franken nur leicht über dem Vorjahresniveau. Diese Entwicklung widerspiegelt die Zielsetzung der Verstetigung der Nettoinvestitionen.

Die Erhöhung der Investitionseinnahmen ist unter anderem bedingt durch die Erschliessung neuer Finanzierungsquellen. Nachdem bereits im Budget 2006 mit der H2 Pratteln – Liestal und dem UKBB-Neubau zwei vollständig spezialfinanzierte Projekte enthalten waren, kommen im Budget 2007 zwei neue spezialfinanzierte Projekte hinzu: der Neubau für die Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) (ehemals HPSA-BB) und der Neubau des Kantonsspitals Bruderholz (KSB 2000 Plus).

1 Gemäss LRV betreffend Gesetz über die Umsetzung der NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden (seit 7. September 2006 in der Vernehmlassung).

2 Die Nettoinvestitionen sind definiert als die Investitionsausgaben (Bruttoinvestitionen) minus die Investitionseinnahmen (zum Beispiel Investitionsbeiträge vom Bund an bestimmte Projekte). Die Kennzahl «Nettoinvestitionen» stellt primär eine finanzpolitische Führungsgrösse dar, welche den zukünftigen Abschreibungsbedarf determiniert (aktiviert werden die Nettoinvestitionen).

Im Investitionsbudget 2007 sind die spezialfinanzierten Projekte wie folgt enthalten:

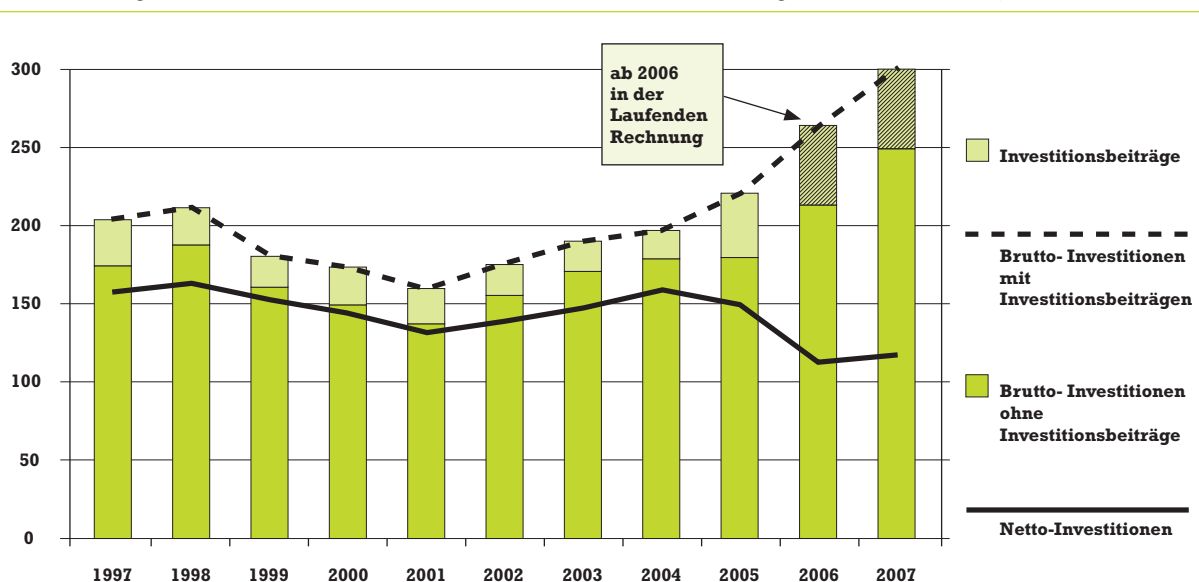
- H2 Pratteln – Liestal: Tranche 2007: 31 Mio. Fr., spezialfinanziert durch Mehrerträge aus der befristeten Aufhebung des Verkehrssteuer-Rabattes;
- UKBB-Neubau: Tranche 2007: 15 Mio. Fr., spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung;
- Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW: Tranche 2007: 7.4 Mio. Fr., spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung von Projekten mit regionaler Bedeutung;
- Kantonsspital Bruderholz (KSB 2000 Plus): Tranche 2007: 2.5 Mio. Franken; teilweise spezialfinanziert aus dem Fonds zur Finanzierung des Kantonsspitals Bruderholz.

Diese spezialfinanzierten Projekte tangieren die Nettoinvestitionen nicht, da die Investitionsausgaben vollständig durch die spezialfinanzierten Investitionseinnahmen gedeckt sind.

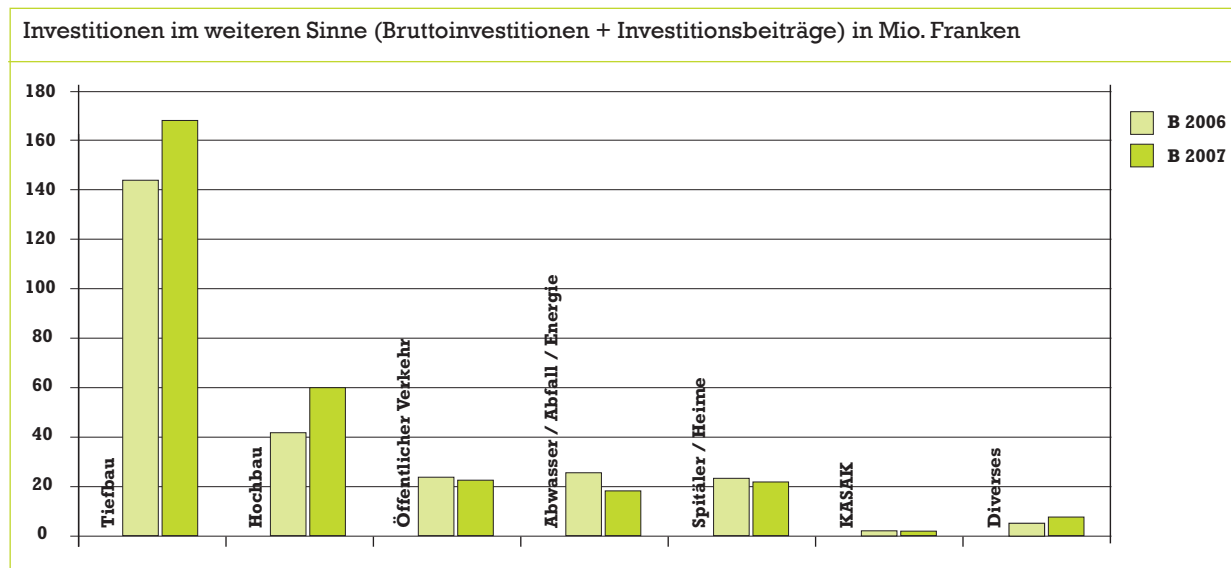
Für Wirtschaft und Gewerbe massgebend sind die Bruttoinvestitionen sowie die Investitionsbeiträge (Investitionen im weiteren Sinne = Bruttoinvestitionen + Investitionsbeiträge). Die seit 2006 in der Laufenden Rechnung verbuchten Investitionsbeiträge haben gegenüber dem Vorjahresbudget um 2 Mio. Franken auf 53.5 Mio. Franken zugenommen. Zusammen mit den Bruttoinvestitionen von 246 Mio. Franken aus der Investitionsrechnung belaufen sich die Investitionen im weiteren Sinne auf einen Höchststand von rund 300 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine weitere Zunahme um 35 Mio. Franken.

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Brutto- und Nettoinvestitionen sowie der Investitionsbeiträge. Seit 2001 ist eine laufende Zunahme der Bruttoinvestitionen inkl. Investitionsbeiträge festzustellen. Dabei ist es unerheblich, dass die Investitionsbeiträge in der Laufenden Rechnung budgetiert werden, denn sie fließen, wie die in der Investitionsrechnung budgetierten Investitionsausgaben, auch in den Ausbau der regionalen Infrastruktur.

Entwicklung von Brutto- und Nettoinvestitionen und Investitionsbeiträgen (in Mio. Franken)



Die nachfolgende Grafik zeigt die Investitionen im weiteren Sinne, aufgeteilt nach Bereichen für die Jahre 2006 und 2007.



Investitionsbudget 2007

Mit Ausgaben (Bruttoinvestitionen) von 246.1 Mio. Franken und Einnahmen von 130.0 Mio. Franken sind Nettoinvestitionen im Umfang von 116.1 Mio. Franken im Budget 2007 eingestellt.

Der Bereich Tiefbau macht bei den Bruttoinvestitionen im Budget 2007 mit 168.2 Mio. Franken oder 65.7 % den Löwenanteil aus. Die grössten Projekte im Tiefbau im Jahr 2007 sind die H2 Pratteln – Liestal, die H2 Umfahrung Sissach, die Erneuerung der Nationalstrasse und verschiedene Erneuerungen von Kantonsstrassen. Der Bereich Hochbau ist im Budget 2007 mit Bruttoinvestitionen in der Höhe von 63.0 Mio. Franken eingestellt. Das entspricht 24.6 % des gesamten Investitionsvolumens. Die bedeutendsten Projekte im Hochbau im Jahr 2007 sind der Ausbau des Staatsarchivs in Liestal, der Anteil des Kantons Basel-Landschaft am Neubau des UKBB in Basel, der Neu- und Umbau des Gymnasiums Oberwil (Mensa und Mediothek), der Neubau der Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit der FHNW

und diverse bauliche Investitionen in den Baselbieter Spitälern. Im Bereich Abwasser / Abfall / Umwelt / Energie betragen die Bruttoinvestitionen im Budget 2007 17.6 Mio. Franken. Das entspricht einem Anteil von 6.9 %. Im Vordergrund stehen in diesem Bereich der Ausbau der ARA Birs 2 und die Mischwasserbehandlung der Region Birstal. Im Budget der JPMD sind 6.5 Mio. Franken oder 2.5 % der Bruttoinvestitionen im Budget 2007 für die Einführung des Sicherheitsfunknetzes Polycom eingeplant. Die VSD hat bei den Rheinhäfen 0.8 Mio. Franken für den Wasserbau für das Jahr 2007 eingestellt.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die bedeutendsten Investitionsprojekte. Die Zahlenangaben stellen die Bruttoinvestitionen dar.

Überblick über die bedeutendsten Investitionsprojekte (in Mio. Franken)									
Bereich	Projekt	Kredit	R 2005	B 2006	B 2007	F 2008	F 2009	F 2010	F 2011
Tiefbau	Erneuerungen Kantonsstrassen		10.25	9.00	15.00	15.00	15.00	15.00	15.00
	Ausbau Kantonsstrassen		6.63	5.65	9.00	9.00	9.00	9.00	9.00
	Erneuerungen kantonale Hochleistungsstrassen		1.58	2.70	12.30	13.50	9.00	11.00	12.00
	H2 Pratteln – Liestal *	248.00	1.95	15.00	31.00	45.00	40.00	40.00	16.00
	H18 Anschluss Aesch (Etappe 2)	20.00				10.00	10.00		
	Binningen Kronenplatz	9.10	0.09		0.30	4.00	4.20		
	Umfahrung Sissach (Chienbergtunnel)	274.17	27.20	29.00	15.00	1.00	3.00	3.00	2.00
	Allschwil Baselstrasse Erneuerung					3.00	3.00	3.00	3.00
	Salina Raurica Rheinstrasse					6.00	8.00	6.00	
	Radrouten Ausbauprogramm	47.00	0.72	0.50	0.50	2.00	2.00	2.00	2.00
	Allschwil Hochwasserschutz	7.09	0.15	2.20	3.00	2.80			
	Reigoldswil Hintere Frenke Hochwasserschutz				0.10	1.00	2.00	2.00	2.50
	Wasserbau Ausbau		0.82	2.50	2.00	2.10	1.70	1.70	2.00
Hochbau	Staatsarchiv Liestal Ausbau	15.40	3.02	6.30	5.40	0.20			
	KS Bruderholz KSB 2000 Plus *	342.00			2.50	6.20	19.00	55.00	60.00
	KS Bruderholz Sicherheitsmassnahmen Etappe 2	25.00		0.20	5.00	8.00	8.00	3.00	
	UKBB Basel Neubau (Anteil BL ^{1/2})*	74.65	0.35	5.00	15.00	25.00	27.00	2.00	
	Kantonsgericht Liestal Neubau	15.50				0.50	0.20	0.50	1.30
	Strafjustizzentrum Muttenz	44.50	0.03	0.50		1.50	3.00	8.00	16.00
	Übernahme Schulbauten Sekundarstufe 1	100.00				0.30	15.00	15.00	15.00
	HPSA-BB *	1.30		0.30	7.40	36.00	36.00	10.00	
	Um- und Ausbau von Gebäuden		2.18	4.00	4.20	5.00	5.00	10.00	11.00
	Spitäler Bauliche Investitionen (Sammelkonto)			8.00	6.50	20.40	27.00	20.70	5.90
Abwasser	ARA Birs 2 Ausbau	56.95	12.90	14.50	11.00	3.00			
	ARA F3 Ausbau Erhalt	31.00			0.10	0.50	1.00	10.00	10.00
	Mischwasserbehandlung Region Birstal	24.70	2.52	1.50	2.20		3.00		3.00
	Mischwasserbehandlung Vorderes Birsigtal	8.10						3.00	
JPMD	Polycom Sicherheitsfunknetz	13.37		3.50	6.50	3.37			
BKSD	Kantonales Sportzentrum	15.00					7.50	7.50	
	Sportstützpunkt St.Jakob	15.00				7.50			

* Spezialfinanzierte Projekte (Finanzierung über einen Fonds)

9. Landratsbeschluss

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, das Jahresprogramm 2007 des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 12. September 2006

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: **Urs Wüthrich-Pelloli**

Der Landschreiber: **Walter Mundschin**

Anhang 1: Überblick über die laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete)

Legende

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes Total- oder Teilrevision (bei Teilrevisionen mit Stichworten zum Bereich) <i>Stand der Bearbeitung des Gesetzes</i>	Federführende Stelle
--	--	----------------------

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

–	Gesetz über die Umsetzung der NFA und die Lastenverteilung auf Kanton und Gemeinden Neues Gesetz <i>In Erarbeitung</i>	FiV Roger Wenk
–	Finanzhaushaltsgesetz und Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz Totalrevision <i>In Erarbeitung</i>	FiV Yvonne Reichlin
105	Alt: Gesetz für Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten Neu: Gesetz über die Haftung des Kantons und der Gemeinden (Haftungsgesetz) Totalrevision <i>Vernehmlassung bis Mitte September 2006</i>	GS Christian Boppart
SGS 850 (GS 34.0143) vom 21. Juni 2001	Gesetz über die Sozial-, die Jugend- und die Behindertenhilfe (Sozialhilfegesetz, SHG) Die Diskussionen zu den Themen «Jugendliche Erwachsene» und «Missbrauch» könnten zu Änderungen bzw. Anpassungen führen. <i>In Diskussion in der vom Regierungsrat eingesetzten Konsultativkommission Sozialhilferecht</i>	KSA Ruedi Schaffner
SGS 331	Steuergesetz Teilrevision im Bereich Unternehmenssteuern <i>Kurz vor der Vernehmlassung</i>	STV
SGS 331	Steuergesetz Teilrevision im Bereich Quellensteuern (Umsetzung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit) <i>In Vorbereitung</i>	STV

SGS 331.1	Dekret zum Steuergesetz Totalrevision Redaktionelle Überarbeitung <i>In Vorbereitung</i>	STV
SGS 842	Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz Teilrevision «Wohnkosten-Entlastungs-Initiative» <i>In Vorbereitung Gegenvorschlag</i>	STV

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

SGS 501 und SGS 501.1	Wirtschaftsförderungsgesetz und Wirtschaftsförderungsdekret Totalrevision <i>Externe Vernehmlassung abgeschlossen, Verabschiedung durch RR zuhanden LR vor der Sommerpause 2006</i>	GS
SGS 520	Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz) Totalrevision <i>Externe Vernehmlassung bis 8. August 2006</i>	GS
SGS 902	Kinder- und Jugendzahnpflegegesetz Totalrevision <i>Externe Vernehmlassung abgeschlossen</i>	GS
SGS 901	Gesundheitsgesetz Totalrevision <i>Internes Mitberichtsverfahren Juli / August 2006, Verabschiedung zuhanden externer Vernehmlassung Anfang September 2006</i>	GS
SGS 342	Gesetz über das Halten von Hunden (Hundegesetz) Teilrevision <i>Verabschiedung durch RR zuhanden der externen Vernehmlassung vor der Sommerpause 2006</i>	GS
SGS 150.1	Personaldekret Teilrevision betr. Einführung 50-Stunden-Woche Assistenz- und Oberärzteschaft <i>In Vorbereitung für den Herbst 2006</i>	GS mit Personalamt FKD
Noch keine SGS-Nr. vorhanden	Kantonales Einführungsgesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit Neuschaffung, notwendig aufgrund des neuen Bundesgesetzes und der Bundesverordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit <i>Vorbereitungsarbeiten</i>	KIGA
SGS 570	Kantonales Waldgesetz (kWAG) Teilrevision; Anpassung an das Bundeswaldgesetz in fast allen Bereichen <i>Vorbereitungsarbeiten ab 2007, Enddatum offen</i>	Forstamt beider Basel
SGS 930 / SGS 310, SGS 150.1	Spitalgesetz / Finanzhaushaltsgesetz / Personaldekret Teilrevision bzw. Inkraftsetzung von diversen Bestimmungen im Zusammenhang mit der Einführung des Globalbudgets in den BL-Spitalern <i>Vorbereitungsarbeiten laufen (Projekt GLOBAL)</i>	GS

Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

955.51	Verordnung über Bewilligungsgebühren für den Verkehr mit Giften und für den Umgang mit umweltgefährdenden Stoffen Teilrevision Anpassung an neues eidgenössisches Chemikalienrecht <i>Noch nicht begonnen</i>	AUE, Fachstelle ASC
784.22	Verordnung über Bewilligungs- und Kontrollgebühren im Abfallwesen Teilrevision Anpassung der Gebührenordnung <i>In Diskussion</i>	AUE, Fachstelle ASC
SGS 480	Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs Teilrevision Behindertengerechter ÖV Grundlagen für die Videoüberwachung etc. <i>Grundlagenarbeit</i>	ARP / Abt. ÖV
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz Teilrevision Kommunale Richtplanung Genehmigungsverfahren <i>Grundlagenarbeit</i>	ARP / Abt. OP
SGS 790	Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz Teilrevision Überprüfung der Kommissionstätigkeit Natur- und Landschaftsschutzkommission <i>Mitbericht</i>	ARP / DL
SGS 791	Gesetz über den Denkmal- und Heimatschutz Teilrevision Überprüfung der Kommissionstätigkeit Denkmal- und Heimatschutzorganisation <i>Mitbericht</i>	ARP / DL
400.11	RBV Neu: § 87 Abs. 3 lit. h. «Erdbeben» <i>In Vorbereitung</i>	BIT / REA / SIT

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

-	Entwurf einer Vorlage an den Landrat über die neue Struktur der Bezirksgerichte (Änderung der Kantonsverfassung und des Gerichtsorganisationsgesetzes) <i>Vernehmlassungsfrist lief am 11. November 2005 ab; Auswertung des Vernehmlassungsverfahrens</i>	GS Peter Guggisberg
-	Erlass eines kantonalen Gesetzes betreffend öffentliche Filmvorführung und Handel mit elektronischen Trägermedien (FTG) / Partnerschaftliches Geschäft <i>Vernehmlassungsfrist lief am 3. März 2006 ab; Auswertung des Vernehmlassungsverfahrens</i>	GS Gerhard Mann

-	Änderung des Gesetzes über die Enteignung (Postulat von Eugen Tanner betreffend Verfahren vor Steuer- und Enteignungsgericht, Abteilung Enteignungsgericht) <i>Vernehmlassungsfrist bis 30. September 2006</i>	GS Wolfgang Meier
-	Entwurf einer Vorlage an den Landrat über das Strassenverkehrsgesetz Basel-Landschaft <i>Vernehmlassungsfrist lief am 12. Mai 2006 ab; Auswertung des Vernehmlassungsverfahrens</i>	GS Peter Guggisberg
-	Entwurf über die Revision des Gesetzes betreffend die Jugendstrafrechtspflege <i>Vernehmlassungsfrist bis 6. Juli 2006</i>	GS Gerhard Mann und Thomas Faust, Jugendanwalt
-	Änderung der Strafprozessordnung betreffend Meldewesen der Strafverfolgungsbehörden und der Gerichte <i>Vernehmlassungsfrist bis 30. August 2006</i>	GS Barbara Zimmerli
-	Änderung des Gesetzes über die Enteignung vom 19. Juni 1950 betr. effizientes Verfahren vor Steuer- und Enteignungsgericht, Abteilung Enteignungsgericht <i>Vernehmlassungsfrist bis 30. September 2006</i>	GS Wolfgang Meier
-	Einführung Öffentlichkeitsprinzip <i>Entwurf wird erstellt</i>	GS Peter Guggisberg
-	Ombudsmangesetz Teilrevision <i>Entwurf wird erstellt</i>	GS Peter Guggisberg
-	Datenschutzgesetz Teilrevision Anpassungen an die Assoziation von Schengen / Dublin <i>Entwurf wird erstellt</i>	GS Ursula Stucki, Datenschutzbeauftragte

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

640	Bildungsgesetz Verschiedene Teilrevisionen <i>Diverse Stände</i>	GS
366	Gesetz über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen Totalrevision (im Grunde genommen ein neues Gesetz) <i>Erster Entwurf auf den November 2006 vorgesehen</i>	Amt für Kultur
850	Gesetz über die Sozialhilfe, die Jugendhilfe und die Behindertenhilfe Teilrevision im Zusammenhang mit der NFA <i>Noch nicht begonnen</i>	Fachstelle Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe

Anhang 2 Übersicht über die sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen

Legende

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage <i>Stand der Bearbeitung der Vorlage</i>	Federführende Stelle
---	---	----------------------

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

–	Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse <i>Konzept in Erarbeitung</i>	FiV Yvonne Reichlin
–	Revision des Finanzhaushaltsgesetzes <i>In Erarbeitung</i>	FiV Yvonne Reichlin
–	Umsetzung der NFA <i>In Erarbeitung</i>	FiV Roger Wenk
Motion 1999 / 074 vom 15. April 1999 von Eric Nussbaumer: Kantonales Gesamtkonzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II	Fertigstellung des Gesetzesentwurfes «Familienergänzende Kinderbetreuung» (FEB) zur Behandlung im Parlament <i>In Bearbeitung; wird im ersten Quartal 2007 an das Parlament überwiesen werden</i>	FfF Ruedi Schaffner und Christina Leimbacher
–	Kantonale Namen- und Adressdatenbank (KANADA) <i>Verabschiedung der Vorlage zuhanden des Landrates</i>	STA

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

-	Fusion der Rheinhäfen BL und BS; Staatsvertrag <i>Vom RR BL am 13. 6. 2006, vom RR BS am 20. 6. 2006 zuhanden des Parlamentes verabschiedet</i>	Rheinhäfen BL für BL
-	Kantonsspital Laufen Erneuerung der Radiologie <i>In Vorbereitung</i>	KS Laufen
-	Genehmigung der Jahresrechnung UKBB / Änderung Staatsvertrag <i>Verabschiedung durch RR BL bzw. RR BS zuhanden des Parlamentes vor der Sommerpause 2006</i>	GS
-	Globalbudget UKBB für die Jahre 2007 und 2008 <i>In Vorbereitung für Herbst 2006</i>	GS
-	Pilotprojekt «Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung D / BS und BL» <i>In Vorbereitung für Herbst 2006</i>	GS
-	Kantonsspital Bruderholz Sanierungsmassnahmenpaket 2 (SM2) <i>In Vorbereitung auf 2. Jahreshälfte 2006</i>	BUD / HBA in Zusammenarbeit mit dem KS Bruderholz
-	Kantonsspital Liestal Sanierung von haustechnischen Anlagen; Behebung der betrieblichen Engpässe im Bereich der Notfallstation <i>Anmeldung des Bedarfs; Ziel: Planungskredit im 2007</i>	BUD / HBA in Zusammenarbeit mit dem KS Liestal
-	Kantonsspital Liestal Erarbeitung eines Parkplatzkonzeptes und Lösung des Parkproblems rund um das KSL <i>Anmeldung des Bedarfs; Ziel: rasche Lösung</i>	BUD in Zusammenarbeit mit dem KS Liestal
-	Kantonale Psychiatrische Dienste Schaffung eines Alterspsychiatrischen Dienstes mit damit verbundenen baulichen Massnahmen <i>Vorbereitungsarbeiten KPD-intern</i>	BUD in Zusammenarbeit mit den KPD
-	Kantonsspital Laufen Sanierung des Westtraktes und Erneuerung der Operationssäle <i>Vorgespräche KSLa mit BUD / HBA im Zusammenhang mit der Investitionsplanung</i>	BUD in Zusammenarbeit mit dem KS Laufen

Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

-	Bildung einer interkantonalen Trägerschaft Nationalstrassen Nordwestschweiz (NSW) im Zusammenhang mit der NEA <i>Noch nicht begonnen</i>	Noch nicht bestimmt, zur Zeit BUD (TBA)
-	Dornach / Arlesheim: Umgestaltung des Bahnhofs sowie der Gleisanlagen BLT L 10 und Doppelspurausbau bis Stollenrain <i>Vorprojekt vorhanden, Bauprojekt in Vorbereitung, Vorlage in Vorbereitung</i>	TBA
-	Allschwil: Erneuerung des Trasses der BVB L 6, Erneuerung der Baselstrasse und Umgestaltung von Haltestellen <i>Vorprojekt vorhanden, Vorlage noch nicht begonnen</i>	TBA
-	Muttenz / Pratteln: BVB L 14, Erneuerung der Tramgeleise, 2. Etappe <i>Instandsetzungskonzept BVB vorhanden, Vorlage noch nicht begonnen</i>	TBA
-	Muttenz: Sanierung / Umgestaltung der Rheinfelderstrasse <i>Bauprojekt in Vernehmlassung, Vorlage noch nicht begonnen</i>	TBA
-	Langenbruck: Korrektur / Umgestaltung der Hauensteinstrasse <i>Vorprojekt vorhanden, Vorlage noch nicht begonnen</i>	TBA
-	Augst: Sanierung / Umgestaltung der Ortsdurchfahrt <i>Konzept vorhanden, Vorlage noch nicht begonnen</i>	TBA
-	Kantonsspital Bruderholz: Sanierung und Erweiterung, Projektierungskredit <i>Grundsatzentscheid zur Lösungsstrategie mit Standortentscheid und Konzept liegt vor</i>	HBA
-	Muttenz, Strafjustizzentrum: Baukredit <i>Architekturwettbewerb mit Stand Vorprojekt in Bearbeitung</i>	HBA
-	Liestal, Kantonsgerichtsgebäude: Projektierungskredit <i>Entscheid Zusammenführung der Bezirksgerichte noch ausstehend</i>	HBA
-	Verpflichtungskredit nach dem Energiegesetz zur Förderung der rationellen Energienutzung und Nutzung von erneuerbaren Energien <i>Noch nicht in Bearbeitung</i>	AUE, Fachstelle Energie
-	Impuls 21, Förderprogramm für die nachhaltige Entwicklung der Baselbieter Gemeinden <i>In Bearbeitung</i>	AUE, Nachhaltige Entwicklung
-	Beitritt des Kantons BL zur Pilotregion Basel der 2000-Watt-Gesellschaft (Novatlantis) <i>In Bearbeitung</i>	AUE, Nachhaltige Entwicklung
-	Kantonaler Richtplan KRIP <i>2. Vernehmlassung</i>	ARP / KP
-	Abrechnung der grenzüberschreitenden ÖV-Linien BL – BS 2006	ARP / ÖV
-	Abrechnung Verpflichtungskredit Subvention Denkmalschutz 2003 – 2006	ARP / KD
-	Abrechnung 4. GLA (2001 – 2005)	ARP / ÖV

–	Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe <i>BUD hat dem BIT den Auftrag erteilt. Startsitzung ist erfolgt. Beitritt noch nicht erfolgt (RRB).</i>	BIT
–	Revision § 108 RBG <i>Noch kein Auftrag</i>	BIT und / oder BUD REA
–	Sicherheitsinspektorat Jahresbericht 2006 <i>In Bearbeitung</i>	SIT
–	Nachführung des Luftreinhalteplans beider Basel <i>In Bearbeitung</i>	LHA

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

–	Jugendvollzugszentrum Arxhof <i>Vorbereitungen für die Landratsvorlage</i>	Renato Rossi Direktor Massnahmenzentrum für junge Erwachsene, Arxhof
–	Strassenverkehrsamt beider Basel <i>Vorbereitungen für die Landratsvorlage</i>	Paritätische Betriebs- kommission der MfP beider Basel; Pascal Donati, Leiter MfK
–	Gemeinsame Aufsichtsstelle Datenschutz beider Basel <i>Vorbereitungen für die Landratsvorlage</i>	GS, Ursula Stucki, Stephan Mathis

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

–	Bildungsgesetz § 110, Gymnasium Laufen <i>Direktionsintern</i>	AVS / Schulleitungs- konferenz Gymnasium
–	Bildungsgesetz, Umwandlung DMS 3 in Fachmaturitätsschule / Änderung DMS 2 <i>Noch nicht begonnen</i>	AfBB / GS, Stabsstelle Bildung
–	Bildungsgesetz, Zuständigkeit Landrat und Bildungsrat <i>Zur Zeit in der Vernehmlassung</i>	GS, Stabsstelle Bildung
–	Fremdsprachen an der Primarschule <i>Direktionsintern</i>	GS, Stabsstelle Bildung
–	Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) an der Primarschule <i>Noch nicht begonnen</i>	GS, Stabsstelle Bildung

-	HarmoS, Konkordat <i>Gegenwärtig Vernehmlassung über die Vorlage, Vernehmlassung über den Beitritt folgt 2007</i>	GS, Stabsstelle Bildung
-	Angebote im sonderpädagogischen Bereich, Konkordat <i>Gegenwärtig Vernehmlassung über die Vorlage, Vernehmlassung über den Beitritt folgt 2007</i>	Fachstelle für Sonder- schulung, Jugend- und Behindertenhilfe
-	Angebote im Bereich der Speziellen Förderung, Pensenpool <i>Direktionsintern</i>	GS, Stabsstelle Bildung
-	Motion: Drogenfreie Schule <i>Direktionsintern</i>	AVS
-	Initiative keine Schulgebühren <i>Direktionsintern</i>	GS, Stabsstelle Bildung
-	Konzept Weiterbildung <i>Direktionsintern</i>	Fachstelle für Erwachsenenbildung
-	Bespielung des Römischen Theaters Augst <i>Direktionsintern</i>	Amt für Kultur, Kulturelles
-	Euro 2008 – Budget <i>Direktionsintern</i>	Sportamt

Landeskanzlei (LaKa)

-	Vorbereitung der Beteiligung an der Europäischen territorialen Kooperation 2007 – 2013 (Interreg)	Alex Achermann 2. Landschreiber
---	--	------------------------------------